



Neuer Wind in den Segeln der Socialdemokratie.

Von

Paul Kampffmeyer.

(Berlin.)

Schneller, so dünkt es uns, steuert jetzt das Schiff der Socialdemokratie durch die wogende Wahlbewegung. Sind doch erst in jüngster Zeit wieder einige Windschläuche von feindlicher und befreundeter Hand geöffnet worden, die weit, weit die Segel des Parteischiiffs blähen.

Von der linken Seite kam ein kräftiger und belebender Windstoss: das Buch des Professors Anton Menger *Neue Staatslehre*.¹⁾ Hu, wie fegte der frische Luftzug durch die Stockwerke des heutigen *individualistischen Machtstaats*! Der Kehrriht in den Staatszimmern wirbelte hoch auf, und die hochweisen Perrücken der absolutistischen Staatstheoretiker stäubten einmal gründlich aus. Und was war das für ein alter, muffiger Staub! Da flog die theokratische Staatstheorie eines Stahl auf, der in fast gotteslästerlicher Weise die Ansichten ostelbischer Grossgrundbesitzer mit den Gedanken Gottes identificierte. Es ist ja heute wieder modern geworden, selbst in den verkommensten Exemplaren der europäischen Herrscherhäuser dreifach geheiligte Werkzeuge Gottes und in dem Christentum einen derben Prügel zur Züchtigung ungehorsamer Untertanen zu sehen. Der alte Stahl kann die Katheder unserer Hochschulen wieder betreten und folgenden Satz seiner allerchristlichen Staatslehre verkünden: »Aber jene göttliche Institution [des Staates] bedeutet wieder nicht bloss, dass der Staat überhaupt Gottes Gebot ist, sondern auch, dass überall die bestimmte Verfassung und die bestimmten Personen der Obrigkeiten Gottes Sanction haben.« Der Missbrauch Gottes und des Christentums für ganz gewöhnliche egoistische Herrscherzwecke dürfte kurz über lang die denkbar schwerste Erschütterung in der religiösen Vorstellungswelt des Volkes hervorrufen. Bisher glaubten die Massen, die sittlich hochstehenden christlichen Lehren wären für ihren Kopf, zu ihrer inneren Erbauung und Erhebung bestimmt und nicht für ihr Hinterteil, zu ihrer schmerzhaften körperlichen Bestrafung! Die ausgehöhlten Volksvorstellungen brechen heute sehr schnell

¹⁾ Anton Menger: *Neue Staatslehre*. Jena, Gustav Fischer, 1903.

zusammen, die Toten reiten jetzt nicht mehr, nein, sie fahren auf den elektrischen Drähten dahin.

Durch den politischen Alltagslärm drang auf einmal ein hoher Feierklang: das glühende Bekenntnis eines deutschen Professors zur socialistischen Weltanschauung! Und wie hungern und dürsten zahlreiche Gebildete, die ohne Compass in dem wildbewegten Durcheinander unserer Tageskämpfe sind, nach einer Weltanschauung! Sie suchen nach einem Zusammenhang in der schnellen Flucht der politischen und socialen Ereignisse. Und diesen suchenden Seelen, die Stellung zu den socialen Fragen der Zeit nehmen wollen, ist Anton Menger ein treuer Führer. Er zeigt ihnen das Woher und das Wohin der socialen Entwicklung, er erschliesst ihnen das Wesen des bestehenden *individualistischen Machtstaats* und das Werden des *volkstümlichen Arbeitsstaats*. Allen schwankenden tieferen Geistern, die jetzt vor den Reichstagswahlen vor einer wichtigen Entscheidung stehen, ruft Menger gleichsam mahnend ins Gewissen: Lasst euch nicht durch das flittergoldige Schaugepränge des *individualistischen Machtstaats* blenden, schaut auf die grossen und ernsten Culturaufgaben des werdenden *Arbeitsstaats* und werdet Socialisten! Das Mengersche Buch, das kurz vor der grossen Wahlschlacht erscheint, sollte, um in der Sprache unserer Parteigenossen zu reden, als freiwilliger Parteibeitrag in der Abrechnung des Parteivorstandes gebucht werden. Unsere Tagespresse müsste im Interesse der socialistischen Wahlpropaganda die Aussprüche Mengers in die ganze Welt hinausschreien. Und diesem Ausschreien Mengerscher Gedanken für unsere Propaganda soll mein Artikel hier in erster Linie dienen.

»Hier [in dem *volkstümlichen Arbeitsstaat*] würde der furchtbare Glanz unseres heutigen *individualistischen Machtstaates* mit seinen Kriegen und Schlachten, seinen bürgerlichen und militairischen Schaustellungen gar bald verschwinden und einer dem bescheidenen Sinn der Volksmassen entsprechenden Staatsordnung Platz machen. Da in dem *volkstümlichen Arbeitsstaat* die herrschende und gebietende Tätigkeit von den wirtschaftlichen und culturellen Bestrebungen vollständig in den Hintergrund gedrängt würde, so müsste der Staat allmählich die Gestalt einer Culturunternehmung von vorherrschend wirtschaftlichem Charakter annehmen, für die schon heute die Eisenbahnen-, Post- und Telegraphenverwaltungen gute Vorbilder bieten... Aber auch die arbeitenden Volksclassen müssen lernen, dass jede Steigerung ihrer staatlichen Berechtigung durch eine Vermehrung ihrer socialen Macht verdient werden will... Freilich genügt zu diesem Zwecke nicht, einige von den älteren englischen und französischen Socialisten aufgefundenen ökonomische Lehrsätze in neuer Form zu wiederholen; vielmehr muss das ganze Gebiet des geistigen Lebens: die Philosophie, das Recht, die Moral, die Kunst und die Literatur mit socialistischem Geiste erfüllt werden. Das Bewusstsein dieser grossen, noch zu lösenden Aufgabe wird das Proletariat viel sicherer von unzeitiger Gewalttätigkeit zurückhalten, als der härteste Militair- und Polizeidruck... Erst wenn im *volkstümlichen Arbeitsstaate* die Machtfrage in den Hintergrund gedrängt und die Staatstätigkeit vorherrschend auf wirtschaftliche Ziele gelenkt sein wird, kann an die Gründung eines Weltstaates mit überwiegend wirtschaftlichen Aufgaben gedacht werden. Die Entstehung des ökonomischen Weltstaates hat man sich aber keineswegs als ein plötzliches, auf freier Willkür der Beteiligten beruhendes Ereignis, sondern als eine fortschreitende Ausbildung zahlreicher wirtschaftlicher Einrichtungen von internationalem Charakter zu denken. Hierzu können schon heute gar manche, die ganze Culturwelt umfassende Einrichtungen, zum Beispiel der internationale Telegraphenverein (gegründet 1865), der Weltpostverein (1874), die internationalen Staatengemeinschaften zum Schutze des gewerblichen, literarischen

und artistischen Eigentums (1883, 1886) u. s. w., ein gutes Vorbild gewähren... Die individuellen Lebenszwecke der breiten Volksmassen haben aber nicht, wie noch die bewegenden Persönlichkeiten der französischen Revolution angenommen haben, einen vorherrschend politischen Charakter; die Teilnahme an der Leitung des Staates kann für die besitzlosen Volksclassen nur als Mittel zum Zwecke in Betracht kommen. Die wahren und ursprünglichen Lebensziele jedes einzelnen sind vielmehr die Erhaltung und Förderung des individuellen Daseins, die Fortpflanzung der Gattung, endlich die Sicherheit von Leben und Gesundheit. Hinreichende Nahrung, Wohnung und Bekleidung, die Befriedigung der geistigen Bedürfnisse... — all das sind Zwecke, welche jeder von uns anstrebt und anstreben muss. Wenn irgendwo, so ist das öffentliche oder allgemeine Wohl in diesen wichtigsten Zielen eines jeden eingeschlossen...«

Wie gelangt nun Anton Menger zu dem *volkstümlichen Arbeitsstaat*? Durch die Fortbildung des Gemeindesocialismus, durch die Ablösung des Grossbesitzes — durch die Communalisierung oder Verstaatlichung desselben —, durch die Aushöhlung und Entleerung des Eigentumsinhaltes etc., durch die Veränderung der staatlichen Machtverhältnisse. Er legt die eingetretenen Veränderungen in den socialen Machtverhältnissen in folgende fünf Punkte hinein:

1. Die Festigkeit des gesamten Rechtszustandes ist in den letzten zwei Jahrhunderten auf dem europäischen Festlande durch eine lange Reihe von Revolutionen und Staatsstreichen stark erschüttert worden.

2. Die religiösen Ueberzeugungen der Volksmassen werden seit dem Beginne der Aufklärungsperiode durch die Erfahrungswissenschaften immer mehr zurückgedrängt, ohne dass die weltlichen und geistlichen Machthaber diese letzteren vernichten können, weil sie zur Erhaltung der dichtgedrängten Bevölkerung unentbehrlich sind.

3. Der internationale Charakter der socialen Bewegung verbürgt ihr auch im Falle von örtlichen Niederlagen eine ununterbrochene Entwicklung.

4. Die tatsächliche Macht der besitzlosen Volksclassen wird durch das Zusammenleben der Industrie- und zum Teil der Landarbeiter in grossen Massen erheblich gesteigert. Dazu kommen noch die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts und der noch weit wichtigeren allgemeinen Wehrpflicht, deren Bedeutung für die sociale Machtverteilung erst die Zukunft zeigen wird.

5. Die geistige Ausbildung der Volksmassen ist durch die allgemeine Schulpflicht und andere volkstümliche Bildungsmittel so gesteigert worden, dass sie die Fähigkeit zur Aneignung der socialen Theorieen erlangt haben.«

Menger versucht, wie der *Vorwärts* ganz richtig bemerkt, die Organisationsformen der neuen Gesellschaft voranzubestimmen und die Wege ihrer Entwicklung ausfindig zu machen. Mengers Streben wird deshalb vom *Vorwärts* eine *Renaissance des utopistischen Socialismus* genannt. Ich finde, das Mengersche Werk wurzelt ihm hohen Grade in den tatsächlichen Verhältnissen der Gegenwart. Menger tut allerdings einen Sprung in das Land der Zukunft. Nun, einen derartigen Sprung wagt auch der Marxismus, indem er aus der heutigen Wirtschaftsordnung bestimmte Entwicklungsgesetze ableitet, diese als in der Zukunft wirksam hinstellt und aus dieser ihrer unveränderten Wirksamkeit heraus den naturnotwendigen Eintritt des Socialismus verkündet. Damit gleitet der Marxismus auch in das Land Utopia, in das Land Nirgendheim hinüber. Er verlässt den festen Tatsachenboden der Gegenwart und begibt sich auf das schwankende Gebiet der Zukunft. In allen unseren Aussagen über die Zukunft steckt aber ein utopistisches Moment. Daher tritt an uns die Mahnung heran, nicht gar so freigebig mit der Austeilung des Prädicats

Utopist an wissenschaftlich arbeitende Männer zu verfahren. Ueber die Zukunft können wir nur mehr oder weniger wahrscheinliche Hypothesen aufstellen, heissen wir nun Marx, Kautsky oder Menger.

Einen sehr stichhaltigen Einwand erhebt allerdings der *Vorwärts* gegen Menger: Die politischen Machtverhältnisse, die Menger als gestaltende Mächte darstellt, schweben wie der Geist Gottes über den Wassern und rufen die sociale Welt der Zukunft ins Leben. Schöpfen diese politischen Mächte nun aus sich heraus ihre Kraft, stehen sie ganz selbstherrlich da? Diese hier aufgeworfene Frage ist von principieller Wichtigkeit. Es ist die alte, viel erörterte Frage: Ist der Staat ein selbständiger Factor gegenüber den socialen und ökonomischen Mächten, oder ist er erst ein Geschöpf des wirtschaftlichen und socialen Lebens? Es lässt sich nun der Nachweis erbringen, dass der Staat erst seine eigenen Aufgaben aus dem Wirtschaftsleben heraus erhält, mit der Entwicklung des Handwerkes, des Handels etc. dehnt der Staat seine Functionen aus. Den Gebräuchen und Satzungen, die bestimmte socialwirtschaftliche Gruppen — wie die mittelalterlichen Zünfte — entwickelt haben, formt der Staat seine Gewerbesetze nach. Der Staat erhält mit der Entwicklung seiner Functionen eine gewisse Selbständigkeit. Er gewinnt ein eigenes Leben, das sich mitunter grossen wirtschaftlichen und socialen Umwälzungen gegenüber — das beweisen die politischen Revolutionen — längere Zeit zu behaupten weiss. Schliesslich wird er aber doch den neuen herrschenden ökonomischen und socialen Gewalten angepasst. Er wird in eine Form gegossen, die dem veränderten Inhalt des wirtschaftlichen und socialen Lebens entspricht. Die Tatsache aber, dass er sich vielfach mit Erfolg gegen die Anforderungen einer neuen ökonomischen und socialen Ordnung aufgelehnt hat, verpflichtet uns, sehr eingehend das Wesen der staatlichen Machtorganisationen zu studieren. Die Hauptresultate dieses Studiums werden wir später in den *Socialistischen Monatsheften* vortragen.

Man mag nun eine ganze Reihe wohlberechtigter Einwendungen gegen die *Neue Staatslehre* Mengers erheben, des einen Gefühls wird man sich aber nimmer erwehren können: diese Lehre stösst die Socialdemokratie in ihren Kämpfen ein gutes Stück vorwärts, und gerade dieser Stoss kommt uns in den aufgeregten Tagen der Wahlbewegung sehr zu statten. Also, schöpfen wir den Inhalt des Mengerschen Werkes zu gunsten der socialdemokratischen Wahlbewegung nach Möglichkeit aus!

Aber nicht nur eine Freundes-, nein auch eine Feindeshand schenkte der Socialdemokratie frischen Segelwind. Wichtige Zugeständnisse von Seiten der Gegner, gewisse Achtungserfolge, die diesen die Socialdemokratie abgewonnen hat, müssen den Curs des socialdemokratischen Parteischiiffes beschleunigen. Vor uns liegen zwei Schriften eines Herrn Herrmann Köhler²⁾, die unter dem Gesamttitel *Landwirtschaft und Socialdemokratie* erschienen sind: *Die Wandlungen des wissenschaftlichen*

²⁾ Hermann Köhler: *Landwirtschaft und Socialdemokratie in sittlicher Beleuchtung*. Ein Beitrag zur Abwehr socialdemokratischer Landagitacion. 1. Heft: *Die Wandlungen des wissenschaftlichen Socialismus und ihre Einwirkung auf die socialdemokratische Partei*. 2. Heft: *Die socialdemokratische Landagitacion und ihr sittlich anstössiger Charakter*. Leipzig, J. C. Hinrichs, 1903.

Socialismus und ihre Einwirkungen auf die socialdemokratische Partei und Die socialdemokratische Landagitation und ihr sittlich anstössiger Charakter. Die letzte Schrift würde vielleicht eine allgemeine Bedeutung erhalten haben, wenn sie ihre Spitze nicht gegen die Socialdemokratie, sondern gegen alle Parteien überhaupt kehren würde. Eine Veredelung der politischen Kampfformen wäre in der Tat ein grosser Gewinn für das politische Leben Deutschlands. Genug *sittlich Anstössiges* steckt vom Standpunct des Ethikers aus in der Agitation aller Parteien, und daher gehe man nicht, wenn man sich nicht mit dem Vorwurf der Splitterrichterei belasten will, besonders mit der Socialdemokratie scharf ins Gericht, wenn diese einmal in einen erbitterten Kampf um das Wohl und Wehe einer politisch und wirtschaftlich geknechteten, millionenköpfigen Arbeiterschaft die Sprache der Leidenschaft redet und nicht kalt und fischblütig erst jedes Wort auf die Goldwage legt, bevor es gegen die politischen Feinde gesandt wird. Die wohlherzogen Herren *von Bildung und Besitz* mögen ihre politischen Umgangsformen erst in die Reinigung schicken, ehe sie von dem armen, derb und rücksichtslos vom Leben herumgestossenen Proletarier ein völlig tadelloses und tactvolles politisches Auftreten verlangen. Mit dieser allgemeinen Bemerkung können wir die Ausführungen des Herrn Köhler über die *sittlich anstössige* Landagitation der Socialdemokratie abtun und brauchen uns nicht erst auf die Einzelheiten seiner vielfach unberechtigten und stark aufgetragenen Vorwürfe einzulassen. Herr Köhler ist ein kluger, von keinem Parteifanatismus geblendeter Mann, und deshalb macht er der Socialdemokratie eine solche Fülle von Zugeständnissen, dass er damit seiner Schrift jede socialistentötende Schärfe nimmt. Er gesteht rückhaltslos ein, dass sich

»... Leute, die nicht von vornherein für die Interessen des Grossgrundbesitzes cingekommen und ihnen zuliebe Bedürfnisse und Rechte des arbeitenden Standes zu unterschätzen geneigt sind, der Erkenntnis nicht verschliessen, dass selbst in den gesegneten Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Sachsen, wie in Braunschweig Anhalt u. s. w. die Landarbeiter zu nicht geringem Teil ein klägliches Dasein fristen.... Nicht einmal bei den Arbeitern der unter Verwaltung der königlichen Ansiedlungscommission in Posen stehenden Guter, wo laut Kuchenzettel vom 25. März 1900 für die Tagesnahrung eines Mannes ganze 40 Pfennig angesetzt sind, während das Voit-Pettenkofersche Menu, dem das kaiserliche Gesundheitsamt im *Gesundheitsbüchlein* ausdrücklich zustimmt, unter 60 Pfennig nicht zu beschaffen ist. Welche Tagelöhnerfamilie aber, die nur von der Hände Arbeit lebt, kann solche Summen für die Ernährung aufwenden?... Von allen Nöten auf dem Lande die schwerste ist die Wohnungsnot. Die Zustände, wie sie zum Beispiel durch die sogenannte *Pastorenenquete* aufgedeckt sind, spotten aller Anforderungen der Hygiene und Sittlichkeit, von Comfort und Aesthetik ganz abgesehen, in empörendster Weise. Mit Vorliebe nimmt die socialdemokratische Agitation ihre Waffen aus dieser Abteilung ihrer grossen Rüstkammer. Und unter dem Gesichtspunct der Kritik nicht ohne Berechtigung... Unermüdlich bringen die Blätter Beispiele von auffallender Milde und übertriebener Strenge je nach der socialen und politischen Stellung der Betroffenen, ja der *Märkische Landbote*, Volkskalender für 1901, präsentiert unter der Rubrik *Gleichheit vor dem Gesetze*, Seite 15 bis 18, auf einmal eine ganze Reihe, nicht weniger als 14 Fälle, zum Nachweis, dass es »bei uns keine Gerechtigkeit gibt, sondern Classenjustiz herrscht«. Man muss gestehen, dass eine solche Sammlung einen peinlichen Eindruck macht, da im Falle lügenhafter Berichterstattung die Beschlagnahme des Kalenders hätte erfolgen müssen... Der moderne Socialismus umschliesst einen reichen Schatz neuer Ideen und Anregungen, die sich nicht ungestraft ignorieren lassen. Und da die socialdemo-

kratische Agitation nun einmal von ihnen befruchtet und belebt wird, so muss ein jeder, der es für seine Pflicht hält, dieser Agitation entgegenzutreten, ausreichend mit ihnen bekannt sein, wenn er Erfolg haben und sich nicht lächerlich machen will. Er muss auch wissen, welche Wandlungen jene Ideen im Laufe der Zeit durchgemacht haben, damit er nicht seine Kraft auf die heroische Erstürmung von Positionen verschwendet, aus denen der Feind längst abgezogen ist.«

Und nun schreitet Herr Köhler zu der Verwerfung des grössten Theiles der antisocialdemokratischen Broschürenliteratur; so von Hans Wittenbergs Schrift *Was bietet die Socialdemokratie den Landarbeitern?*

»Selbst das Broschürengenre, wie es zum Beispiel durch die in demselben Verlage, wie Hans Wittenbergs Schrift, erschienene von August Trümpelmann *Was hat der Landmann von der Socialdemokratie zu erwarten?* repräsentiert wird, kann ich auf dem Lande nicht für zweckmässig und wirksam halten.«

Die andere Schrift des Herrn Köhler *Die Wandlungen des wissenschaftlichen Socialismus* eröffnet uns einen Einblick in das ernste Ringen der Partei nach theoretischer Klarheit. Mit seiner leidenschaftslosen, schriftstellerisch gewandten Darstellung der Geisteskämpfe in der Socialdemokratie wird Herr Köhler nur das weitgehendste Interesse für eine Partei erwecken, die so urgründlich die tiefsten socialen Probleme discutiert. Eine grosse Literatur, zahlreiche Leitartikel, eine Reihe von Broschüren und mehrere starke wissenschaftliche Bücher sind über die Frage der Revision einiger socialdemokratischer Programmpuncte emporgeschossen. Keiner in der Partei wird diese Literatur für ein dürres Gestrüpp halten, das heute lieber wie morgen durch einen alleszermalmenden *Rollwagen* in Grund und Boden gefahren werden müsste. Herr Köhler kann nicht begreifen, dass die Socialdemokratie die Schwerter, die im ehrlichen Meinungskampf funkensprühend aufeinanderschlugen, ruhig wieder in die Scheide steckte und nicht selbstmörderisch in die eigene Brust senkte. Herr Köhler überschätzt den Wert bestimmter programmatischer Anschauungen. Längst war das alte Gothaer Programm theoretisch überwunden — und dennoch war die Socialdemokratie damit als socialpolitische Partei nicht überwunden. Programmwang ist nach Herrn Köhler Glaubenszwang, und die ökonomische Geschichtsauffassung ist ein Dogma, von dessen Anerkennung die Zugehörigkeit zur Partei abhängt. Das Programm hat für die Partei »so ziemlich dieselbe Bedeutung, wie das apostolische Symbolum für die christliche Kirche«. Eine derartige Auffassung des socialdemokratischen Programms muss natürlich dem Herrn Köhler sehr das Verständnis für die theoretischen Meinungskämpfe in der Partei erschweren. Das Programm einer Partei, das sich durchweg nur langsam ändert, spiegelt nie vollständig das sehr bewegliche Wesen der Partei wieder. Eine Partei steht immer unter den starken veränderlichen Strömungen der Tagespolitik. Zu einer Partei springen ferner ständig bestimmte sociale Gruppen zu und ab. Die sociale Zusammensetzung einer Partei gestaltet sich gleichsam täglich um, ein Parteiprogramm häutet sich aber alle zehn oder zwanzig Jahre. Eine Partei ist ferner nicht zum Theoretisieren, sondern zum Handeln da. Grundlegend für eine Partei ist die Uebereinstimmung ihrer Anhängerschaft in den Hauptactionen. An einer falschen Action kann eine Partei sofort in die Brüche gehen, aber an einem Dutzend falscher theoretischer Programmpuncte stirbt sie unter Umständen nicht. Nach ihrem Wirken, ihrem Handeln, muss vor allem

eine politische Partei beurteilt werden, nicht nach den Meinungen, die sich vielleicht eine Gruppe ihrer Anhängerschaft über die Grundsätze ihres Wirkens gebildet hat. Schaut Herr Köhler auf die politischen Actionen der Socialdemokratie in dem letzten Decennium. so wird er eine fast völlige Uebereinstimmung der Partei in allen politischen Handlungen beobachten. Und einig und geschlossen marschirt die Partei vor allem jetzt in die Wahlschlacht. In ihrer Hand liegt bereits mit dem Absterben der liberalen Parteien die freiheitliche Entwicklung Deutschlands, und sie weiss, welche schwere Verantwortung für die Geschieke der Nation auf ihr liegt. Sie hat die Politik Deutschlands kraftvoll und zielbewusst nach der demokratischen Seite hin zu steuern, damit die arbeitenden Massen mehr und mehr den Staat zusammensetzen und ihm mit dem Geist der Arbeit und Cultur beseelen. Sie strebt ja schliesslich, um mit Menger zu reden, den *volkstümlichen Arbeitsstaat* an, dessen Ideal kein anderes ist, »als die Vollkommenheit des Denkens, Handelns und des Empfindens der breiten Volksmassen, ihre intellectuelle und ästhetische Erziehung«.

Der neueste Jahresbericht des englischen Maschinenbauerverbandes und seine Moral.

Mit einer Nutzenanwendung auf unsern gegenwärtigen Wahlkampf.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Fünf Jahre sind es jetzt her, seit der Verband der englischen Maschinenbauer nach dreissigwöchentlichem Kampf mit dem Verband der Maschinenbauunternehmer die Waffen strecken musste. Die gewerkschaftsfeindliche Presse aller Länder jubelte, und selbst in der Arbeiterpresse wurden hier und da sehr pessimistische Ansichten über die Aussichten oder Möglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung laut.

Schreiber dieses ist damals jenem Pessimismus entschieden entgegengetreten. Er wies darauf hin, dass der Kampf in Wirklichkeit zu keiner Zeit jenen Charakter getragen hatte, der ihn unter anderm von wohlmeinenden, aber schlecht unterrichteten oder übel beratenden Freunden der Arbeiter zugeschrieben worden war, nämlich den eines Kampfes um das Existenzrecht der Gewerkschaften; dass vielmehr im Gegenteil die verbündeten Unternehmer zwar die Einnischung Dritter in den Kampf stets entschieden abgelehnt, dagegen immer wieder ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, mit den Vorständen der Gewerkschaften über Beilegung des Conflicts zu conferieren, diese also ohne weiteres als die zuständigen Vertreter der Arbeiter anerkannt hatten; und dass der wahre Grund der Niederlage der Arbeiter, von taktischen Fehlern abgesehen, in dem Umstand zu suchen sei, dass neben der modernen Forderung der Verkürzung des Arbeitstages Forderungen liefen, die praktisch Erschwerung technischer Vervollkommnungen, dieser unter den gegenwärtigen Verhältnissen unumgänglichen Voraussetzung von Verkürzungen der Arbeitszeit, bedeutet hätten.

Es ist nicht meine Absicht, auf diesen letzteren Punct hier eingehender zurückzukommen. Den verdächtigen Angriffen gegenüber, die damals von einer nichtgewerkschaftlichen Seite in Deutschland meinen betreffenden Aus-

führungen entgegengesetzt wurden, kann ich darauf verweisen, dass die berufensten Richter in der Sache, nämlich die Vertreter der englischen Maschinenbauer selbst, sich seitdem wiederholt sehr energisch in gleichem Sinne ausgesprochen haben und dass auch die anerkanntesten Theoretiker der englischen Gewerkschaftsbewegung, S. und B. Webb, im Vorwort zur Neuauflage ihrer *Geschichte des Trade-Unionismus* als den Hauptgrund der Niederlage der Arbeiter die Tatsache bezeichneten, dass diese es nicht fertig bekamen, einen Vorschlag auszuarbeiten, der den Ansprüchen des Gewerbes auf Gewährleistung der Möglichkeit des Erzielens der höchsten Technik gerecht wurde. Es heisst bei ihnen darüber:

»Andere Gewerbe hatten auf Grund schmerzlicher Erfahrungen gelernt, den höchstmöglichen Antrieb zu Raschheit und Productivität [der Arbeit] mit starkem Gewerkschaftswesen und wirksamer Aufrechterhaltung des Massstabs der Lebensbedingungen zu verbinden. Die Baumwollarbeiter Lancashires hätten ihnen [den Maschinenbauern] ein solches Mittel aufzeigen können und die Messingarbeiter Birminghams ein anderes. Selbst in einigen ihrer Maschinenwerkstätten hätten sie ein drittes in Uebung finden können. Aber die Maschinenbauarbeiter hatten keine Lust, von ihren Gewohnheiten abzugehen. Sie machten kein Anerbieten, im Licht der Erfahrungen der Baumwollspinner oder der Messingarbeiter diejenigen ihrer Gebräuche und Collectivverträge zu revidieren, die der Erzielung der höchsten Leistungsfähigkeit der Industrie entgegenwirkten. Sie beschlossen einfach, den Vorschlägen der Principale einen hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen. Die Londoner Zweigvereine beschleunigten den Ausbruch des Conflicts durch Erhebung der Forderung des Achtstundentages. Die Principale in den grossen Maschinenbaucentren des Nordens und Mittelenglands antworteten mit einer allgemeinen Arbeitssperre. In der nunmehr erfolgenden langen Betriebseinstellung zeigten sich die Principale als besser organisiert, tüchtiger geleitet und fester in ihren Forderungen, als bei irgend einer früheren Gelegenheit. Die Arbeiter hatten sich vor der öffentlichen Meinung dadurch in verhängnisvoller Weise ins Unrecht gesetzt, dass sie die Notwendigkeit der Erzielung der höchsten Productivität nicht anerkannten und keinen eigenen Vorschlag zur Erreichung dieses Ziels machten. Daher erwiesen sich die Unterstützungen, die ihr Eintreten für das Recht auf collective Abmachungen anzogen, und die Sympathie, welche die Londoner Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit erweckte, als nicht ausreichend, eine Niederlage zu verhindern.«¹⁾

Die Arbeiter liessen die Achtstundenforderung fallen und erklärten sich damit einverstanden, dass die Unternehmer in Bezug auf die technischen Arbeitseinrichtungen, Festsetzung der Lohnmethode *Herren im eigenen Hause* sein sollten. Im übrigen wurde weder von ihnen verlangt, noch wären sie darauf eingegangen, bedingungslos an die Arbeit zurückzukehren. Vielmehr machte ihnen der Principalverband das Zugeständnis, dass er selbst vorschlug, ständige Comités für die Schlichtung von Streitigkeiten über Lohn- etc. Bedingungen einzusetzen, in denen die organisierten Arbeiter und die organisierten Principale die gleiche Vertreterzahl haben sollten, und zwar sollte jeder District oder Gau ein solches Comité erhalten und als zweite oder höchste Instanz ein in gleicher Weise aus den Centralvorständen beider Verbände gebildetes Comité fungieren, vor das alle Fragen zu bringen wären, über welche sich die Districtcomités oder die *gemischten Districtconferenzen*, wie der officielle Titel lautet, nicht würden einigen können.

Es muss anerkannt werden, dass der Fabrikantenbund sein damals abgegebenes Versprechen bis jetzt ebenso genau innegehalten hat, wie die organisierten Arbeiter ihrerseits die Abmachungen unangetastet liessen. Bald nach beendetem Kampf traten die neuen Schlichtungsinstanzen ins Dasein und haben

¹⁾ Vergl. Sidney and Beatrice Webb: *The history of trade unionism*. London, Longmans, Green & Co, 1902. Neue Ausgabe, pag. XVIII-XIX.

sich, wie es scheint, als solche ziemlich gut bewährt. Insbesondere hat die Centralinstanz wiederholt mit Erfolg eingegriffen, wenn die Unternehmer einzelner Districte durch Auslegungskünste an den Abmachungen bezüglich der Lohnbestimmungen drehen und deuteln wollten. Bald nach beendetem Kampf ward durchgängig eine Lohnerhöhung im Maschinenbaugewerbe durchgeführt, zu der sich die Fabrikanten schon während des Kampfes principiell bereit erklärt hatten, und in Bezug auf die Zusammensetzung der Schlichtungscomités ward den Arbeitern das weitere Zugeständnis gemacht, dass die Districtsorganisatoren des Maschinenbauerverbandes zu deren Beratungen, wo gewünscht, hinzugezogen werden sollten.

Einflechtend sei hierbei auf einen Umstand hingewiesen, der in Deutschland wenig bekannt ist und der doch berücksichtigt sein will, wenn es die englische Gewerkschaftsbewegung und ihre Kämpfe zu beurteilen gilt. Es betrifft dies die Zahl der Organisationen der Arbeiter. Weit entfernt, ein einheitliches Bild darzubieten, wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ist der englische Trade-Unionismus vielmehr zur Zeit sehr viel zersplitterter. So wurden allein im englischen Metallgewerbe 1898 noch nicht weniger als 276 selbständige Gewerkvereine verschiedener Grösse gezählt, von denen 32 auf das Maschinenbau- und Mechanikergewerbe entfielen. Die meisten davon sind allerdings reine Localvereine, bei denen der gesellige oder Hilscassencharakter überwiegt; es gibt jedoch neben dem grossen Maschinenbauerverband — richtiger *Verein der zusammenschweissten Maschinenbauer* — immerhin auch noch verschiedene Organisationen der Maschinenbaubranche, die einen wesentlich gewerkschaftlichen Charakter tragen und von denen die drei grössten zusammen etwa 16000 Mitglieder zählen. Im ganzen waren im Jahre 1900 von 1370000 Metallarbeitern Englands etwa 340000 oder 25% gewerkschaftlich organisiert; davon entfielen gegen 115000 auf den Maschinenbau, was noch ein Drittel der dem Maschinenbau angehörenden Arbeiter ausmacht. Aber trotz dieses Umstandes und obgleich der Verband, wie wir gesehen haben, nicht die einzige Organisation im Berufe ist, wird er doch in der Regel stillschweigend als die massgebende Vertretung aller in Frage kommenden Arbeiter betrachtet, und was mit ihm vereinbart wird oder von ihm erkämpft ist, erhält nach und nach im ganzen Gewerbe (Geltung.²⁾)

Nachdem nun die vorerwähnte Abmachung gegen fünf Jahre ihrer Geltungskraft hinter sich hat, muss sich einigermassen übersehen lassen, wie sie sich vom Standpunct beider Parteien aus bewährt hat. Das Folgende beansprucht nicht, die Frage irgendwie erschöpfend zu beantworten. Dazu würde ein sehr eingehendes Studium der Lage des englischen Maschinenbaus, seiner Möglichkeiten und der Einzelheiten des Functionierens der Schlichtungscomités und ihrer Centralinstanz gehören, zu dem mir leider die Zeit fehlt; vielleicht geben diese Zeilen Anlass dazu, dass sich jemand der Mühe unterzieht. Hier ist ein Untersuchungsgebiet vorhanden, das fast noch unbearbeitet ist und dessen Erforschung doch von grösstem Wert für die Theorie und Praxis der modernen Gewerbepolitik wäre. Man weiss bis jetzt von den gemischten Comités in der englischen Industrie wenig mehr, als die Tatsache ihrer Existenz und eine Anzahl ihrer Beschlüsse. Ueber das Wie ihres Arbeitens dringt nur wenig in die Oeffentlichkeit. Und doch wird es kaum schwer halten, Einsicht in die betreffenden Protokolle zu erlangen, die schon darum von unschätzbarem In-

²⁾ Aehnlich wie im Maschinenbau steht es in den meisten übrigen Zweigen der englischen Metallindustrie. Ueberall findet man eine grosse Vielheit von Organisationen, in der Eisengiesserei und Formerei 18, bei den Schiffsplatten- und Kesselschmieden 25, bei den Messing- und Kupferarbeitern 29 u. s. w. — aber überall ragen neben allerhand Zwergen ein oder zwei Riesen hervor, die in Berufsfragen den Ton angeben.

formationswert sind, weil es sich da um contradictorische Verhandlungen im kleinen Kreisen von Leuten handelt, von denen jeder einzelne weiss, dass der andere das Gewerbe so gut kennt, wie er selbst.

Dass die Abmachungen von 1898 vom Standpunkt der Arbeiter keineswegs ideal sind, braucht kaum bemerkt zu werden; schon die einfache Tatsache, dass sie ihnen nach einer Niederlage aufgenötigt wurden, lässt dies voraussehen. Die Arbeiter haben sich mit ihnen zunächst wichtiger Rechte begeben; sie sind zwar im allgemeinen davor geschützt, durch Stücklohnsysteme um die Erzielung der vereinbarten Normalzeitlöhne gebracht zu werden, aber sie haben keine Bürgschaft dagegen, dass ihnen nicht hier und da für den Normallohn eine Mehrleistung auferlegt wird. Von einer wirklichen Tarifgemeinschaft sind sie weit entfernt. Und von der Achtstundenbewegung ist kaum noch ein Hauch zu verspüren. Indes sind auch die Unternehmer mit den Abmachungen in ihrer jetzigen Fassung unzufrieden. Sie haben Ende 1901 eine Abänderung vorgeschlagen, die indes von den Arbeitern in Urabstimmung bei schwacher Beteiligung mit 14 879 gegen 7379 Stimmen abgelehnt wurde. So läuft die alte Abmachung einstweilen noch unabgeändert und ohne bestimmten Termin fort.

Wie sich unter ihr die Lohnsätze gestaltet haben, ersieht man aus dem letzten Jahresbericht des britischen Arbeitsamts (1902). Danach berechneten sich in 41 massgebenden Centren des Maschinenbaus die Normalzeitlöhne für Dreher im Durchschnitt genau auf 34,66 Shilling die Woche, also bei Berücksichtigung der Währungsdivergenz rund 35 Mark. Die Normalstundenzahl pro Arbeitswoche schwankt zu gleichen Teilen zwischen 53 und 54 Stunden; die erstere Zahl überwiegt in den Maschinenbau Centren Nordenglands³⁾. In den königlichen Marinearsenalen und bei einigen Privatfirmen besteht die 48 Stunden-Arbeitswoche. Ueberstundenarbeit wird durchgängig mit einem Aufschlag von 25 bis 50 % extra bezahlt. Die Löhne der anderen Kategorien von berufsmässig geschulten Arbeitern des Maschinenbaus weichen nur wenig von denen der Dreher ab, die gut und gern den Durchschnitt repräsentieren. Die Kaufkraft des Geldes ist im allgemeinen etwas höher, als in Deutschland⁴⁾.

Was den Stand der Organisation betrifft, so haben die fünf Jahre Frieden sich ihm besonders wohlthätig erwiesen. Der allgemeine Maschinenbauerverband zählte am Jahresschluss 1902 93 252 zahlende Mitglieder, die bis April 1903 sich auf 94 303 vermehrt haben. Damit ist der höchste Mitgliederstand, der vor dem grossen Ausstand verzeichnet werden konnte, endgiltig überschritten; wobei noch zu bemerken ist, dass die damals höchste Zahl dem Zustrom zuzuschreiben war, den die anfangs sich so günstig anlassende Achtstundenbewegung in die Organisation geleitet hatte, während jetzt das Wachstum ein langsames, aber stetiges ist. So war der Nettozuwachs für 1902 nur 2 309 Mitglieder. Es liessen sich im ganzen 8462 Personen als Mitglieder neu einschreiben, aber dem gegenüber stehen 1165 Todesfälle und 4988 Streichungen und Ausschlüsse. Die letztere verhältnismässig grosse Zahl hat damit zu tun, dass das Jahr 1902 ein Jahr ziemlich starken Geschäftsdrukkes war.

Der letzte Umstand beeinflusste auch die Finanzen der Gewerkschaft. Sie zahlte im ganzen nicht weniger als 87 029 Pfund Sterling (oder 1 740 000 Mark!) Arbeitslosenunterstützung — 30 000 Pfund mehr,

³⁾ In seiner Antwort auf die Fragen des Mr. Mosely, der die Informationsreise englischer Gewerkschaftsführer nach den Vereinigten Staaten veranstaltete, gibt G. Barnes, der Generalsecretair des Verbandes der Maschinenbauer, die Normalarbeitszeit des englischen Maschinenbauers auf durchschnittlich 52 Stunden die Woche an!

⁴⁾ In London wird sie durch höhere Mieten und höhere Ausgaben für Fahrten etc. beeinträchtigt. Dort ist der Normalwochenlohn für Dreher 39 Shilling oder 39,50 Mark.

als im Jahre 1901. Auch die Ausgaben für Krankenunterstützung und Alterspensionen nahmen zu. Für letztere zahlte diese eine Gewerkschaft im Jahre 1902 nicht weniger als 95 000 Pfund, das heisst nahezu zwei Millionen Mark. Und dies ohne jeden Staatszuschuss!

Aber trotz der erhöhten Ausgaben schliesst das Jahr 1902 doch noch mit dem ansehnlichen Ueberschuss von 54 000 Pfund ab, so dass mit Hinzurechnung der Vortrages von 1901 sich der Vermögensbestand am Jahreswechsel 1902 bis 1903 auf 546 367 Pfund Sterling stellte, fast an doppelt so viel, als am Vorabend des grossen Ausstandes! In Bezug auf die Gesundung der Finanzen der Organisation haben sich die Friedensjahre am besten bewährt. Ein Umstand, der nicht allein massgebend sein darf, der aber sicher schwer in die Wagschale fällt, wenn das Pro und Contra der Abmachung von 1898 gegenübergestellt wird.⁵⁾

Soweit die Bilanz des Vertragszustandes für die Arbeiter. Wenden wir uns den Unternehmern zu, so ist es von vornherein klar, dass ein Zustand, der ihnen auf längere Zeit hinaus die denkbar grösste Sicherheit gegen Conflict mit der Arbeiterschaft darbot, sich für sie in erheblichen materiellen Vorteil umgesetzt haben muss. Und in der Tat kann der englische Maschinenbau auf eine Reihe für die Fabrikanten sehr erfolgreicher Jahre zurückblicken. Allerdings ist der Geschäftsdruck, der in den Jahren 1901 und 1902 das östliche Festland Europas so stark heimsuchte, nicht ohne jede Rückwirkung auf England geblieben. Es ist aber bezeichnend, dass in der ganzen Zeit die Arbeitslosenziffern Englands bisher bei weitem nicht die Höhe erreicht haben, wie in Deutschland. Speciell der Maschinenbau Englands hat sich in dieser Zeit viel besser gestanden, als der Maschinenbau des zollumwallten Deutschland.

Folgende Ausführzahlen sind in dieser Hinsicht zunächst von Interesse. Das Vereinigte Königreich (England, Schottland, Irland und Wales) führte Maschinen aus im Werte von Pfund Sterling:

I. Dampfmaschinen.

	1899	1900	1901	1902
Locomotiven	1 467 389	1 496 849	1 949 910	2 284 094
Landw. Masch.	761 529	755 505	612 680	633 971
Andere Masch.	1 646 625	1 842 987	1 711 098	1 859 648
	<u>3 875 543</u>	<u>4 095 341</u>	<u>4 273 688</u>	<u>4 777 713</u>

II. Andere als Dampfmaschinen.

Landw. Masch.	945 019	872 636	732 732	814 831
Nähmaschinen	1 280 932	1 452 000	1 552 248	1 839 373
Bergbaumaschinen	730 818	561 557	509 562	549 742
Textilmaschinen	6 803 948	6 214 245	4 732 545	4 509 992
Andere Masch.	6 016 856	6 424 005	6 054 560	6 260 161
	<u>15 777 573</u>	<u>15 524 443</u>	<u>13 581 647</u>	<u>13 974 099</u>

Beide Kategorien

zusammen	19 653 116	19 619 784	17 855 335	18 751 812
----------	------------	------------	------------	------------

⁵⁾ Zum Thema der Sanierung der Finanzen gehört auch die bessere Sicherstellung des Reservefonds für die Alterspensionskasse. Es war 1898 eines der schwerwiegendsten Momente bei der Einwilligung in die Bedingungen der Unternehmer, dass es einen Augenblick so aussah, als werde die Gewerkschaft ihren Hilfskassenverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Jetzt beträgt der Reservefond für die Alterspensionskasse 174 800 Pfund, die hypothekarisch sichergestellt sind. Die Gewerkschaft schlägt da zwei Fliegen mit einer Klappe, indem sie ihren Mitgliedern aus diesem Fonds gegen hypothekarische Sicherheit Mittel zum Bau oder Erwerb von kleinen Wohnhäusern vorschiesst. Der Bericht weist gegen 500 solcher Hypotheken auf, deren Zinsen sehr pünktlich eingehen.

Des Vergleichs halber mögen hier noch die Zahlen der Totalausfuhr von Maschinen für die vier vorhergehenden Jahre folgen. Sie lauten:

1895	1896	1897	1898
14 236 735	16 058 830	15 181 157	18 372 184

Die Jahre 1899 und 1900 waren sogenannte *Recordjahre*, das heisst Jahre des höchsten Aufschwungs. Gegen sie weist das Jahr 1901 freilich einen beträchtlichen Rückgang auf. Aber schon das Jahr 1902 zeigt einen ansehnlichen neuen Aufschwung.

Die Hauptabnahme in der Ausfuhr entfällt auf die Gruppe der Maschinen für die Textilindustrie. Und hier ist es vor allen Dingen Russland, das als Abnehmer englischer Maschinen reissend schnell zurückging. 1899 betrug die Ausfuhr von Textilmaschinen nach Russland noch 1 682 599 Pfund Sterling, 1900 nur noch 1 103 370, 1901 war sie auf 498 245 und 1902 gar auf 404 881 zusammengeschnitten, erheblich unter dem Stand der Ausfuhr nach den in der Technik so entwickelten Vereinigten Staaten.

Einen ununterbrochenen Aufschwung weist dagegen die Ausfuhr von Locomotiven auf. Dies ist um so interessanter, als der Umstand, dass eine englische Eisenbahngesellschaft vor etlichen Jahren einige americanische Locomotiven bestellte, innerhalb und ausserhalb Englands mit grossem Lärm als ein Beweis vom Zurückbleiben der englischen Technik aufgenommen und der englischen Locomotivenindustrie die schwärzeste Zukunft prophezeit wurde. Die tatsächliche Entwicklung kann als Warnung für wirtschaftspolitische Propheten dienen. Von 842 660 Pfund im Jahre 1893 und 1 006 136 Pfund im Jahre 1897 hat sich die Ausfuhr von englischen Locomotiven auf 2 284 094 Pfund Sterling im Jahre 1902 gehoben.

Ausfuhrzahlen an sich sind jedoch ein ungenügender Anzeiger für den Stand der Industrie eines Landes. Wir haben es in Deutschland zur Genüge erfahren, wie tiefer Geschäftsdruck im Innern mit erhöhter Ausfuhr Hand in Hand gehen kann. Eine Tabelle, der im englischen Locomotivbau beschäftigten Arbeiter, die der vorliegende Jahresbericht auf Seite X erbringt, zeigt indes, dass wenigstens in diesem Geschäftszweig derartiges in den betreffenden Jahren nicht stattfand.

Bei den 11 grossen Privatfirmen der Locomotivbranche Englands waren Arbeiter beschäftigt:

1898	1899	1900	1901	1902
12 431	13 597	13 875	14 183	14 853

Eine unausgesetzte Zunahme. Leider fehlen hier die Zahlen der grossen Locomotivwerkstätten der englischen Eisenbahngesellschaften, aber sie würden schwerlich das Bild ungünstiger gestalten. Es ist vielmehr bekannt, dass diese Werkstätten die ganze Zeit über vollauf beschäftigt waren.

Im Gegensatz zum Locomotivenbau wies der Schiffsbau Englands 1902 einen Rückgang gegenüber 1901 auf. Es wurden 1902 etwa 215 000 Tonnen Gewicht weniger vom Stapel gelassen als 1901, nämlich 1 521 698 Tonnen gegen 1 736 708 Tonnen. Die grössere Hälfte dieses Fehlbetrages, nämlich 118 000 Tonnen, ist durch mindere Fertigstellung von Kriegsschiffen verursacht, deren Bau im Jahre 1901 besonders forciert wurde. Lässt man dies eine Jahr fort, so weist die bis dahin stets in Hebung gewesene Curve des englischen Schiffbaues 1902 nur eine sehr geringe Senkung auf.

Alles in allem ist, wie schon bemerkt, auch England nicht von dem Geschäftsdruck verschont geblieben, der von 1900 bis 1902 Deutschland, Russland und Oesterreich so schwer heimgesucht hat. Aber um wie viel geringer ist er in England aufgetreten! Noch im Jahre 1901, wo in Deutschlands Maschinenindustrie schon intensive Arbeitslosigkeit herrschte, weist die Arbeitslosen-

liste des Verbandes der englischen Maschinenbauer noch so niedrige Zahlen auf, wie sonst kaum zur Zeit der grössten Prosperität.⁹⁾ Das Verhältnis der arbeitslosen Mitglieder des Vereins erreichte in dieser Zeit noch selten den Satz von 3 %. Erst gegen Ende 1901 setzt wirkliche Arbeitslosigkeit ein und halt das ganze Jahr 1902 vor. Vom 1. Januar 1902 bis 1. Mai 1903 entwickelte sich das Verhältnis von Mitgliedern und Arbeitslosen des Vereins wie folgt:

Zeitpunct	Mitgliederzahl	Zahl der Empfänger von Beschäftigungslosenunterstützung	Verhältnis in %
Anfang Januar 1902	91 000	4171	4.58
„ Februar „	90 873	3446	3.79
„ März „	91 453	3369	3.68
„ April „	91 863	3553	3.88
„ Mai „	91 966	3404	3.70
„ Juni „	92 312	3563	3.86
„ Juli „	92 434	3908	4.23
„ August „	92 380	3455	3.74
„ September „	92 426	3506	3.79
„ October „	92 629	3930	4.25
„ November „	92 650	4151	4.48
„ December „	93 252	4173	4.47
„ Januar 1903	93 228	5369	5.76
„ Februar „	93 155	4155	4.46
„ März „	93 693	3871	4.13
„ April „	94 157	3642	3.87
„ Mai „	94 303	3296	3.49

Abgesehen von den beiden Jahreswenden, für die Ausnahmeverhältnisse gelten, übersteigt der Procentsatz der Arbeitslosengegeld Empfangenden zu keiner Zeit $4\frac{1}{2}\%$! In 9 von diesen 17 Monaten bleibt er unter 4%. Wenn man in Betracht zieht, dass in früheren Perioden des Geschäftsdrucks — in der Mitte der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts — die Arbeitslosigkeit des Vereins auf über 10% der Mitglieder stieg, dann muss man die obigen Zahlen, so hoch einzelne davon an sich sind, als geradezu überraschend niedrig bezeichnen. Die englische Maschinenindustrie hat unter dem Geschäftsdruck weit weniger zu leiden gehabt, als ihre festländischen Concurrenten.

Nach alledem ist die Moral kaum abzuweisen, dass der Vertrag von 1898 sich im ganzen für beide Parteien, Arbeiter wie Fabrikanten, vorteilhaft erwiesen hat. Die Arbeiter haben zwar ihre ursprüngliche Forderung hinsichtlich der Arbeitszeit nicht verwirklicht und noch nicht dasjenige Einspruchsrecht hinsichtlich der Tarifierung ihrer Arbeit verlangt, das sie erstreben und brauchen, aber sie sind in beiden Beziehungen doch ihrem Ziel näher gerückt und haben ihre gewerkschaftlichen Position erheblich verstärkt. Für die Fabrikanten hat es sich reichlich bezahlt gemacht, dass sie ihren Sieg seinerzeit nicht dazu ausnutzten, den Arbeitern lediglich den starken Mann zu zeigen, sondern dass sie deren Organisation nach wie vor als die berechnete Sachwalterin der Interessen ihrer Mitglieder anerkannten, ja, ihr sogar darin

⁹⁾ *Arbeitslosenliste* ist nicht ganz richtig ausgedrückt, denn die *Unterstützung für Beschäftigungslosigkeit* wird nicht nur an Mitglieder gegeben, die zur Zeit keine Arbeit finden können, sondern an alle, die zeitweise ausser Arbeit sind, welches immer die Gründe dieser Beschäftigungslosigkeit sind. Daher das Anschwellen der Ziffer um die Jahreswende, wo viele Fabriken zwischen Weihnachten und Neujahr die Arbeit aussetzen.

noch ein gutes Stück weiter entgegenkamen, als vorher der Fall gewesen. Obgleich sie damit ein Stück ihres Fabrikherrnabsolutismus preisgegeben haben, stehen sie auf dem internationalen Markt nicht schlechter, sondern eher besser da, als ihre streng absolutistisch regierenden Concurrenten. Es zeigt sich immer wieder, dass starke Gewerkschaften zu den wirksamsten Mitteln gehören, eine Industrie auf der Höhe zu halten.⁷⁾

Indes kommt hier noch ein anderer Gesichtspunct in Betracht. Aus den weiter oben gegebenen Zahlen ersieht man, dass die Arbeitszeit im englischen Maschinenbau niedriger, die Arbeitslöhne nicht unwesentlich höher sind, als in Deutschland und fast allen anderen Concurrnzländern. Und doch hielt er auf dem Weltmarkt die Concurrenz mit ihnen aus. Englands Ausfuhr von Maschinen aller Art ist noch jetzt nahezu doppelt so stark, wie die Deutschlands. Wie ist das möglich, wo doch Deutschland den *Schutz der nationalen Arbeit* genießt und England jeglichen Industriezoll entbehrt, die *Abladestätte des Productionsüberschusses der ganzen Welt* ist, wie das Schlagwort englischer Schutzzollapostel lautet?

Nun, so falsch es wäre, in einem einzelnen Umstand die Ursache dieser Lebenskraft der englischen Maschinenindustrie zu suchen, so ist man doch berechtigt, als eine der gewichtigsten Ursachen gerade die Tatsache zu bezeichnen, dass England keine Industriezölle hat. Mit dem Moment, wo es sie einführt, würde die Totenglocke seiner Verarbeitungsindustrien ertönen. Es kann bessere Löhne zahlen und sich dadurch die leistungsfähigsten Arbeiter erhalten, weil es alle Vorproducte seiner Industrien zu den billigsten Weltmarktpreisen erhält, und wie rührend unsere deutsche Eisen- und Halbzeugcartelle darauf bedacht sind, den englischen Markt mit Eisen- Stahl- etc. Materialien womöglich unter den Selbstkostenpreis auszustatten, ist bekannt. Die Concurrenz gerade der Schutzzollländer sorgt dafür, dass die englischen Maschinenfabrikanten von den englischen Hütten- und Walzwerken etc. nicht überteuert werden. Hier ist ein schlagendes Beispiel dafür, dass die verkehrsfreundliche Handelspolitik die der Arbeiterklasse günstigste ist. Wenn bei den Reichstagswahlen die Gegner der Socialdemokratie von Preisgabe des *Schutzes der nationalen Arbeit* und einseitiger Vertretung der Consumenteninteressen sprechen, wird man gut tun, sie auf dieses Beispiel zu verweisen, dem noch andere, gleich bemerkenswerte, an die Seite zu stellen wären.

* * *

Es gibt nur ein Land von Bedeutung für die Maschinenindustrie, das höhere Löhne zahlt, als England, und das sind die Vereinigten Staaten. Sie können das trotz ihrer Schutzzöllnerie, weil sie einen so reichen inneren Markt haben, wie kein zweites Land der Welt. Bei alledem haben sich die von dem vielgenannten Mr. Mosely in America herumgeführten Vertreter englischer Gewerkschaften keineswegs von den americanischen Arbeitsverhältnissen sehr angeheimelt gefühlt. In einem hervorragendem deutschen Parteiorgane ist dies Urteil der englischen Gewerkschaftsführer als Resultat bornierten Nationaldünkels hingestellt worden. Indes habe ich in dem Bericht, den Georg Barnes, der Secretair des Maschinenbauerverbandes, abgegeben hat, nichts von natio-

⁷⁾ Das Obige war gerade geschrieben, als die Lohnbewegung in den grossen Schiffsbauwerften am Clyde ausbrach, wo der Vorstand des Verbands der Maschinenbauer mit seinen eigenen Mitgliedern in Conflict geriet, weil er in eine von den Unternehmern für notwendig erklärte Lohnherabsetzung eingewilligt hatte, die auf 5 % normiert wurde. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr und traten gegen den Beschluss der Centralleitung in Ausstand. Schliesslich aber wurde ein Compromiss geschlossen, wonach die Arbeiter in eine vorläufige Lohnherabsetzung von 2 1/2 % willigten.

naler Voreingenommenheit gefunden, sondern ein sehr gewissenhaftes Abwägen aller für und gegen America sprechenden Gründe, und Barnes hat seinerzeit in seinen Reisebriefen über Deutschland gezeigt, dass er keineswegs geneigt ist, das Ausland schwarz zu malen. Sein in Separatausgabe erschienenenes Gutachten ist vielmehr sehr interessant und wohl der Uebersetzung wert. In dem vorliegenden Jahresbericht äussert er sich zusammenfassend über die Eindrücke seiner Reise wie folgt:

»Ich habe im Laufe des Jahres Gelegenheit gehabt, meine Ansichten über Menschen und Dinge auf einer Reise nach America als Mitglied der Mosely-Commission zu erweitern. Der von mir und meinen Collegen erstattete Bericht wird bald erscheinen, und so braucht hier nicht viel über das Ergebnis gesagt zu werden. So viel mag mir jedoch erlaubt sein, zu bemerken, dass, während es vieles in America gibt, was wir meines Erachtens gut tun würden nachzuahmen, doch auf der anderen Seite sehr viel mehr da ist, das wir sehr gut entbehren können.«

Es folgt nun ein Lob des *sehr schönen Unterrichtswesens* in den Vereinigten Staaten, ihrer der englischen *bedeutend überlegenen* Patentgesetzgebung und der grösseren Leichtigkeit, mit der die Americaner zu den neuesten Maschinen und besten Einrichtungen in der Industrie übergehen. Dann heisst es aber weiter:

»Andererseits wird allgemein Schluderarbeit getrieben, mangelt es an cameradschaftlichem Geist und machen die americanischen Städte den Eindruck aufgeputzter Schundware. Die Zustände in den Werkstätten des Maschinenbaus sind, was Sanitätseinrichtungen und Vorkehrungen für Annehmlichkeit des Werkstattlebens betrifft, so ziemlich die gleichen, wie hier — sicherlich nicht besser, und ich bezweifle, ob im ganzen ebenso gut. Die Bezahlung ist für allseitig geschulte Maschinenbauer etwa 50% höher; aber dies wird zum Teil durch höhere Preise aufgesogen. Alles in allem ist America durchaus nicht das industrielle Arkadien, als das es zuweilen hingemalt worden ist.«

Hierzu sei noch erwähnt, dass Barnes in dem Gutachten unter Nr. 28 den Reallohn des americanischen Maschinenbauers für Mindestleistungen auf 15 bis 20% höher schätzt, als den des englischen Maschinenbauers; und auf die Frage 38: »Halten Sie die allgemeinen Lebensbedingungen des Arbeiters in America für besser, als in England?« lautet die Antwort: »Nein. Ich halte die allgemeinen Lebensbedingungen des Arbeiters in America, vom Geld und den Fortbildungsschulen für seine Kinder abgesehen, für in jeder Beziehung schlechter, als hier in England.«

Die Wurmkrankheit, eine ernste Gefahr für unsere Bergarbeiterschaft.

Von

Wilhelm Düwell.

(Dortmund.)

In einer 1897 vom Oberarzt des *Allgemeinen Knappschaftsvereins* in Bochum, Regierungs- und Medicinalrat a. D. Dr. Tenholt, herausgegebenen Abhandlung über den Gesundheitszustand im Bereiche des genannten Vereins liest man: »Seit 1885 sind auf den Zeehen des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers vereinzelt, stellenweise aber auch zahlreiche Erkrankungsfälle infolge der Einwanderung des unter dem Namen *Ankylostoma duodenale* bekannten Eingewidewurms vorgekommen. Noch im Jahre 1869 durfte Leuckart, der bedeutendste Forscher auf dem Gebiete der Lehre von den menschlichen Parasiten, in seinem Handbuch sich der Worte bedienen: »Diesseits der Alpen dürfte dieser Wurm völlig fehlen.« Man sollte meinen, die vorstehende von dem Arzte aus den Untersuchungen im Jahre 1896 constatierte Tatsache von der Weiterverbreitung der Seuche hätte genügt, energische Massnahmen zur Bekämpfung derselben in die Wege zu leiten;

denn es war nicht unbekannt, dass es sich um eine sehr ernste, gefährdrohende Krankheit handelte, die zum Beispiel in Ungarn zur Ausserbetriebsetzung einer Anzahl Gruben geführt hatte.

Nach Forschungen des Herrn Dr. Tenholt, der zur Zeit wohl als der beste Kenner der Wurmkrankheit in Deutschland gelten kann — hat er diese doch seit acht Jahren zu seinem Specialstudium gemacht —, kommt der Krankheitserreger nur beim Menschen vor. Es ist ein Wurm von 6 bis 8 Millimeter — das Weibchen von 10 bis 12 Millimeter — Länge und gehört zum Geschlecht der *Dochmius*. Die Copulation findet im menschlichen Körper statt, jedoch ohne dass sie dort zu einer Vermehrung führt. Das Weibchen setzt überaus zahlreiche Eier ab, die dann mit dem Kot ins Freie gelangen. Hier müssen sich die Eier erst weiter entwickeln, zu Larven. Dieser Process vollzieht sich in zwei bis vier Tagen. Die Larven, deren Keimfähigkeit bei günstigen Verhältnissen selbsts dem Wasser Widerstand leistet, gelangen auf vielfache Weise durch den Mund in den Magen der Bergleute. Dort wachsen sie schnell zu Würmern aus, die im Darm sich festsaugen, dem Körper fortgesetzt Blut entziehen und durch Giftabsonderung das Blut des Wirtes verseuchen. Ausser der den menschlichen Organismus zerstörenden Tätigkeit fröhnen die Parasiten einer ausserordentlich fruchtbaren Copulation. Darin liegt die Hauptgefahr. In einem Kotpartikelchen von Stecknadelkopfgrosse können mehr als 100 Eier enthalten sein. Die Winzigkeit der Eier resp. Larven fördert die Einwanderung in den menschlichen Körper. Die bis in die jüngste Zeit hinein fast auf allen Gruben unzulänglichen Abortverhältnisse zwangen die Arbeiter vielfach dazu, ihre Bedürfnisse in den Strecken, Wassersaigen etc. zu verrichten. Die Eier und Larven haften an den Schuhsohlen, werden überall hingetragen, und, da der Bergmann eine Berührung der Hände mit dem Boden gar nicht vermeiden kann, die Krankheitserreger zum Beispiel auch in die Fahrten verschleppt werden, so kann jede directe oder indirecte Berührung des Mundes dem Körper die Larven gleich zu Dutzenden zuführen. Es ist erwiesen, dass 300 bis 400 Würmer einen Körper bewohnen. Ausser der geschilderten Uebertragbarkeit der Krankheit ist die Infection auch noch möglich durch Wassergenuss in der Grube, wie auch durch die Benutzung unsauberer und mit Grubenwasser gespeister Waschkauen. Da vielfach in den Gruben kein anderes Trinkwasser vorhanden ist, muss das Berieselungswasser als Ersatz dienen, welches vorwiegend den in den Gruben befindlichen Saigen entnommen wird. Bemerkt sei hierzu noch, dass fast ausschliesslich die Grube als Seuchenherd in Betracht kommt. Die Eier entwickeln sich zu Larven nur auf dem hier specifisch günstigen Boden, dem feucht warmen Schlamm bei abgehaltenem Licht und ungehindertem Luftzutritt; diese Verhältnisse schützen die Larven auch vor dem Eintrocknen. Auf trockenem Boden entwickeln sich die Eier nicht, die Larven verlieren bei einer Temperatur von unter 22 und über 28° Celsius die Lebensfähigkeit.

Aus den angeführten Tatsachen geht hervor, dass auf einer einmal verseuchten Grube der Bergmann nur bei äusserster Vorsicht und bei entsprechenden Einrichtungen vor der Gefahr der Einwanderung des Wurmes gesichert ist. Die erste Bedingung zur Ausrottung des Parasiten wäre gewesen, nachdem durch Dr. Tenholt das stärkere Auftreten desselben constatirt war, unter allen Umständen die Einstellung von mit dem Wurm behafteten Arbeitern zu verhindern und die Ausheilung der Erkrankten energisch in die Hand zu nehmen. Nach beiden Richtungen hin ist schwer gesündigt worden.

Nach wissenschaftlichen Forschungen ist die Wurmkrankheit aus den Tropen nach Italien und Oesterreich-Ungarn verschleppt, von da in das Ruhrrevier übertragen worden. Das wurde durch die bereits erwähnte Publication Dr. Tenholts bekannt, woraufhin in der Arbeiterpresse verlangt wurde, bei Anlegung der seit 1896-97 massenhaft aus Oesterreich-Ungarn herübergehenden Bergarbeiter die äusserste Vorsicht zu beachten, keine dieser Leute anzulegen ohne vorherige ein-

gehende ärztliche Untersuchung. Die Mahnungen waren fruchtlos: wurde doch constatirt, dass manche Leute vielfach eingestellt wurden, ohne überhaupt ärztlich untersucht worden zu sein. Die Folge war eine stärkere Verbreitung der Seuche. Im Jahresbericht des *Allgemeinen Knappschaftsvereins* für 1897 hiess es dann: „Leider hat aber der grosse Arbeitermangel manche Zeche veranlasst, österreichisch-ungarische Bergarbeiter in grösserer Zahl heranzuziehen, wodurch die Gefahren der Weiterverbreitung der Krankheit unberechenbar vermehrt sind. Auf einer Zeche, welche aus Anlass dieses Zuzugs revidirt wurde, fanden sich sieben mit der Wurmkrankheit behaftete aus Oesterreich-Ungarn zugezogene Arbeiter...“

Wer aber glaubt, dieser Mahnruf hätte die gewünschte und notwendige Wirkung gehabt, der schätzt die *Sorglosigkeit* der verantwortlichen Organe falsch ein. Das energische Treiben des Knappschaftsoberarztes und die erschreckende Ausbreitung der Krankheit haben es zuwege gebracht, dass Ende 1902 ein Sonderausschuss zur Bekämpfung der Seuche gebildet wurde. In einer Sitzung dieses Ausschusses am 23. September 1902 constatirte und bestätigte Herr Bergassessor Lüthen, dass die Untersuchung vor Anlegung der Bergleute durch die Herren Knappschaftsärzte teilweise eine mangelhafte und oberflächliche sei.(!) So sieht es mit der gebotenen Vorsicht aus, nachdem schon vor fünf Jahren auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht worden war und Dr. Tenholt, wie er in der Sitzung hervorhob, seit 1897 keine Gelegenheit versäumt hatte, durch Vorträge in Aerzterversammlungen und bei Untersuchungen der Zechenbelegschaften in Gegenwart der Grubenbeamten die Bedeutung der bösartigen Krankheit zu erörtern.

Der Arzt fand nicht nur passiven, sondern auch offenen Widerstand gegenüber seinen Forderungen. In der Abhandlung über das Gesundheitswesen im *Allgemeinen Knappschaftsverein* forderte er zur Bekämpfung der Seuche die Aufstellung von zweckentsprechenden Abortkübeln in der Grube. Da nach dieser Richtung grosse Mängel beständen, müssten scharfe polizeiliche Anordnungen gegen die inficirten Zechen getroffen werden... Das war Anfang 1897, und mit gewohnter Schnelligkeit erlässt die Bergbehörde am — 12. März 1900 eine Verordnung, welche die Aufstellung von Abortkübeln in genügender Zahl, sowie deren ständige Desinfection und ordnungsmässige Entleerung vorschreibt. So spät die Verordnung nun auch kam, sie hätte immerhin noch heilsam wirken können — wenn sie auch befolgt worden wäre. Sie wurde aber meist nicht befolgt, und dafür muss man in erster Linie die Bergbehörde verantwortlich machen. Herr Bergmeister Engel hat in einer Zuschrift an die *Frankfurter Zeitung* Anfang December 1902 behauptet, die Bergbehörde habe auf Grund einer diesbezüglichen Ausstellung in der *Bergarbeiterzeitung* im October eine eingehende Untersuchung veranstaltet. Diese habe ergeben, dass die sehr weitgehenden Vorschriften zum Schutze der Arbeiter in vollem Umfange durchgeführt worden seien. Einzelne Zechenverwaltungen treffe daher keine Schuld an der Ausbreitung der Wurmkrankheit. Natürlich fand der Herr Bergmeister in dem Arbeiter den Schuldigen; das weitere Umsichgreifen der Seuche sei wesentlich auf die Nichtbenutzung der Abortkübel zurückzuführen, meinte der Verteidiger der Bergbehörde und der Zechenverwaltungen. Dass Unwissenheit und in einzelnen Fällen auch Leichtfertigkeit seitens der Arbeiter die Ausbreitung der Seuche gefördert haben mag, soll gar nicht bestritten werden. Aber wer anklagen will, sollte selbst schuldlos sein. Wie sieht es nun damit aus? Die von Herrn Bergmeister Engel aufgestellte Behauptung veranlasste den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, im December 1902 und Januar 1903 eine Erhebung zu veranstalten. Dieselbe erstreckte sich über ein Drittel von den 289 in Betracht kommenden Schächelanlagen. Und das Resultat? Nur von wenigen Schächten wurde gemeldet, dass Abortkübel in genügender Zahl und in ordnungsmässigem Zustande vorhanden seien; teilweise war die Zahl der Kübel nicht ausreichend, überwiegend lauteten die Berichte dahin, dass Desinfection nicht erfolge, die Sauberkeit der Kübel viel, sehr viel

zu wünschen übrig lasse. Verschiedene Vertrauensleute berichteten, die Kübel seien erst kurz vor der erwähnten Revision — also $1\frac{1}{2}$ Jahr nach Erlass der Bergpolizeiverordnung — aufgestellt worden, und gleichzeitig habe dann dort ein grosses Reinmachen stattgefunden. Die Revision war den Zechenverwaltungen lange genug vorher bekannt, es konnte, wenn noch etwas guter Glaube hinzukam, nicht fehlen, dass alles, was man sah, in bester Ordnung befunden wurde. Jedenfalls hat man auch die Waschkäuten in sauberem Zustande vorgefunden, sie bleiben aber nach einmaligem, gelegentlichen Säubern nicht so. Ein grosser Teil der Vertrauensleute berichtet: »Waschkäue unsauber, in schlechtem Zustande, strotzt von Dreck u. s. w. Und eins scheint die Bergbehörde vollständig übersehen zu haben. Fast übereinstimmend lautet die Auskunft: »Trinkwasser fehlt« oder: »nur mangelhaft vorhanden«. — Dass ordentliches Trinkwasser eins der allerwichtigsten sanitären Bedürfnisse und Bedingungen ist, sollte doch auch die Bergbehörde wissen; ganz besonders müsste sie unter den obwaltenden Umständen, wo die Uebertragung der Wurmkrankheit durch Genuss von Berieselungswasser ganz bedenklich erhöht wird, den Verwaltungen die Beschaffung von reinem Trinkwasser nicht nur stricte zur Pflicht machen, sondern auch die strenge Beobachtung der Vorschrift überwachen. Der Widerstand, den Dr. Tenholt bei verschiedenen Verwaltungen gegenüber den von ihm geforderten Massnahmen gefunden hatte, führte in der Ausschusssitzung am 23. September 1902 zu sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen ihm und den Werkvertretern. Der schriftliche Bericht lässt die geführten Kämpfe allerdings nur ahnen. Es heisst darin an einer Stelle über die Ausführungen des genannten Arztes: »Die Zeche *Shamrock* komme aus dem Experimentieren und Theoretisieren nicht heraus. In ihrem letzten bezüglichlichen Schreiben an den Vorstand des *Allgemeinen Knappschaftsvereins* und an ihn würde ersucht, das hygienische Institut [im vorigen Jahre aus Anlass der grossen Typhusepidemie eingerichtet] anzugehen, einen *Specialarzt* zu *detachieren*, welcher die Lebensbedingungen und die Uebertragbarkeit des Wurmes feststellen soll. Er habe diesen Antrag nicht unterstützt, erstens, weil die fraglichen Lebensbedingungen längst klipp und klar festgestellt seien, zweitens, weil das Institut nicht in der Lage sei, einen *Specialarzt* zu *detachieren*; man müsse dort erst studieren und experimentieren, da anfangen, wo er vor acht Jahren angefangen habe. Anscheinend habe man auf Zeche *Shamrock* seinen erwähnten Generalbericht vom Jahre 1897 nicht gelesen, habe von den von ihm angestellten Cultur- und Fütterungsversuchen mit Hunden, den Untersuchungen von Grubenpferden etc. wohl keine Kenntnis. Auf den Hochschulen sei erst in den letzten Jahren die Krankheit Gegenstand des Unterrichts geworden; die Docenten hätten sich vielfach an ihn gewandt, um Material zu erlangen.«

Allerdings, was Herr Dr. Tenholt verlangt, kostet Geld; das erklärt den Widerstand. Der Sachverständige hat vorgeschlagen, Kalkmilch für die Berieselung zu verwenden. Obwohl die sichere Wirkung solcher Berieselung auf einzelnen Zechen erprobt ist und gar nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann, hat man sich doch noch nicht zu einer generellen Bekämpfung der Seuche durch diese Massregel aufschwingen können. Pflicht der Unternehmer, deren Sorglosigkeit in der Anlegung fremder Arbeiter die Ausbreitung der Seuche verschuldete, war es, beim Erkennen der geschaffenen Gefahr, ohne Rücksicht auf den Kostenpunct, energisch die Ausrottung des Wurmes zu betreiben. Die Arbeitervertreter im *Allgemeinen Knappschaftsverein* erklärten zu weitgehenden finanziellen Bewilligungen sich bereit, man wollte das Geld der armen Bergarbeiter nicht schonen, um zu helfen bei Bekämpfung des schweren Uebels, das die Unternehmer verschuldeten. Aber es blieb bei halben und unzulänglichen Massregeln. Es ist kaum zu verkennen, dass die Berieselung der Gruben der Ausbreitung des Wurmes förderlich gewesen ist. Vereinzelt ist ja auch eine Austrocknung der Grube als das sicherste Mittel zur Entseuchung des Herdes gefordert worden. Solcher Forderung trat zunächst aber

selbst die Bergbehörde und auch der Bergwerksunternehmer entgegen. Es ist auch ausgeschlossen, dass man nach den günstigen Erfahrungen, die man in Bezug auf Beschränkung der Schlagwetterexplosionen durch Berieselung machte, wirklich an eine allgemeine Einstellung dieser Vorbeugungsmassnahme denkt. Die Verantwortung für die eventuellen Massenunglücke wird man doch nicht tragen wollen, dazu können solche Unglücke den betroffenen Zechen grosse Verluste und Einbusse einbringen. Da die Berieselung aber die Lebensbedingungen des Wurmes resp. die Keimfähigkeit der Larven erhöht, wäre eine Paralysisierung der durch die Berieselung geförderten Entwicklungsfähigkeit unbedingt notwendig. Das wäre möglich, wenn zur Berieselung nur absolut keimfreies Wasser, das mit Kalkmilch durchsetzt ist, benutzt werden würde. Statt dessen begnügt man sich in der Hauptsache mit der Heilung der Wurmbefallenen. Nicht einmal zur Einstellung von *Arbeitercontroleuren* zwecks Durchführung der von der Bergbehörde erlassenen Vorschriften, die auf Ausrottung der Seuche hinzielen, kann man sich verstehen. Man befürchtet durch Einwilligung in diese schon so lange erhobene Forderung eine Schädigung des *Herrn im Hause-Princips*. Wie kleinlich sich die Unternehmer gegenüber vernünftigen Forderungen verhalten, ist auch darin zu erkennen, dass sie sich weigern, die bezüglichen Vorschriften in polnischer Sprache auszuhängen. Dabei muss man bedenken, dass auf einzelnen Gruben, und zwar gerade in den verseuchten Bezirken, die Polen 50 bis 80 % der Belegschaften ausmachen.

Und obwohl mittlerweile die Seuche immer weitere Ausbreitung nahm, es verschiedentlich sogar zu Betriebsstörungen kam, bleibt es bei den mangelhaften Massnahmen. Darin haben die Verhandlungen im Reichstag und die der mit so grossen Erwartungen entgegengesehenen Conferenz, die seitens des Ministers Möller nach Berlin einberufen wurde, nichts geändert. Im Reichstag erklärten die Vertreter der Unternehmer, diese hätten das Menschenmögliche zur Ausrottung der Seuche getan; Bergtrat Schulz erklärte sogar unter Beifall der Mehrheit des Hauses und ohne von dem Minister desavouiert zu werden, dem Herrn Dr. Tenholt sei ein Unglück widerfahren, weil er in die *Bergarbeiterzeitung* gekommen sei!....

Man weiss wirklich nicht, wo man gegenüber solchen Aeusserungen die sachliche und ernste Beurteilung der schwerwiegenden Frage der Wurmkrankheit suchen soll. In der Arbeiterpresse waren die eifrigen Bestrebungen des genannten Arztes lobend anerkannt worden. Das dem Arzte als ein besonders zu constatierendes Verbrechen anzurechnen, drängt fast zu der Annahme: Weil die sachgemässen Vorschläge des Arztes bei den Arbeitern Anerkennung und Würdigung fanden, der Arzt schon seit Jahren seine warnende Stimme hat vernahmen lassen, gerade darum dürfen seine Vorschläge nicht acceptiert werden. Der Art der Behandlung der Wurmfrage im Reichstag entsprach es denn auch, dass die Forderung, Staatsmittel zur Bekämpfung der Seuche bereit zu stellen, abgelehnt wurde; nur die socialdemokratische Fraction versäumte es nicht, sich für die Forderung zu erklären.

Die Conferenz, die am 6. April dieses Jahres stattgefunden hat, ist verlaufen wie das Hornberger Schiessen. Schon die Zusammensetzung derselben konnte das erwarten lassen. Wohl waren Vertreter der Unternehmerorganisation dazu eingeladen, aber einen Vertreter der Arbeiterorganisation zuzuziehen, hielt man nicht für notwendig. Die einzige praktische Massnahme, für die man sich erklärte, belastet nur die Knappschaftscasse, der Geldbeutel der Unternehmer ist geschont worden. Man erklärte sich für Erlass einer Bergpolizeiverordnung, welche den Werkbesitzern verbietet, Bergleute auf ihren Gruben anzulegen, bevor sich diese durch eine eingehende und zuverlässige Untersuchung als wurmfrei erwiesen haben. Gegenüber der Forderung, die die Krankheit betreffenden Bekanntmachungen auch in polnischer Sprache herauszugeben, verhielt man sich ablehnend. Der Minister stellte dafür in Aussicht, durch die Bergbehörden die Frage prüfen zu lassen, ob

es nicht angängig sei, die Beschäftigung fremdsprachiger Arbeiter, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen, dieselbe nicht in Schrift und Druck lesen können, für den unterirdischen Betrieb überhaupt zu verbieten. Bis die Frage beantwortet ist, können sämtliche Gruben infiziert sein!

Die Hauptfrage war die der Einstellung von *Arbeitercontroleuren*. Die Vertreter der Unternehmer, wie die des Oberbergamts in Dortmund erklärten, zur Zeit entsprächen die Verhältnisse auf den Gruben vollauf den Vorschriften der bezüglichen Bergpolizeiverordnungen. Von den anwesenden Knappschaftsältesten wurde dem widersprochen und damit auch die vorstehende Forderung begründet; die gegnerische Mehrheit lehnte die Forderung aber ab.

Die Frage der Berieselung mit Sumpfwasser und Beseitigung der Schlammansammlungen soll das Oberbergamt in Dortmund erst noch näher prüfen. Das ist die bekannte, schon oft als unheilvoll erwiesene Praxis, aus den Erwägungen und Prüfungen nicht herauszukommen, wenn die vorgeschlagenen Mittel nicht die Zustimmung der Vertreter des Capitals finden.

Einen ausreichenden Erfolg durch Desinfection der Grubenräume mit Kalkmilch, Kochsalz-, Carbol- und anderen Lösungen versprach die Conferenz sich nicht, es sollen auf diesem Gebiete noch weitere Versuche angestellt werden. Dagegen erklärte man sich für zeitweilige Einstellung der Berieselung einzelner Strecken. Das Oberbergamt hat auch bereits für eine Grube die Berieselungseinstellung zugelassen; erwogen werden soll die Frage, ob beim Versagen der sonstigen Mittel nicht eventuell bei einzelnen Grubenabteilungen der Betrieb vollständig einzustellen ist. Von der Erörterung der Frage, ob erkrankt gewesene Arbeiter für längere Zeit von der unterirdischen Beschäftigung fernzuhalten sind, nahm man Abstand — es soll erst noch abgewartet werden, welchen Verlauf die Seuche nimmt.

Das Facit der Conferenz ist also dies: Die wirklich Erfolg versprechenden Massnahmen wurden abgelehnt; im übrigen kam man aus dem Stadium der Erwägungen und Prüfungsanordnungen so gut wie gar nicht heraus! Die Spuren haben nicht geschreckt. Trotz der gefahrdrohenden Ausbreitung der Seuche konnte man zu umfassenden, energischen Massregeln sich nicht aufschwingen. Die Früchte solcher Passivität werden nicht ausbleiben. Zum Schlusse der Conferenz gab der Herr Minister seiner Ueberzeugung Ausdruck, es sei wohl selten in so *zielbewusster* und *energischer* Weise die Bekämpfung einer neuen Krankheit in Angriff genommen worden, als gegenüber der in Westfalen ausgebrochenen Wurmseuche... Seit fünf Jahren hat der Oberarzt des *Allgemeinen Knappschaftsvereins* durch Wort und Schrift auf die Gefahren der Wurmkrankheit aufmerksam gemacht; in der Arbeiterpresse ist ebensolange darauf hingewiesen worden, die Behörden wurden aufgefordert, der Gleichgültigkeit der Unternehmer entgegenzutreten. Es hat das alles nichts genützt, und der Herr Minister spricht von einer *neuen* Krankheit!

Die *energische* Bekämpfung, die von den Werkvertretern und der Bergbehörde gerühmten Massnahmen und günstigen Verhältnisse auf den Gruben haben nicht verhindert, dass die Seuche in der letzten Zeit in Besorgnis erregender Weise sich ausbreitete. Nach einem dem Ausschuss zur Bekämpfung der Wurmkrankheit im September 1902 unterbreiteten Bericht wurden als wurmkrank behandelt 1897: 125, 1898: 103, 1899: 91, 1900: 286 und 1901: 1029 Personen. Bis October 1902 waren circa 1200 Wurmranke ermittelt. Wie nun aber der Chefarzt des oberschlesischen Knappschaftsvereins, Herr Dr. Hartmann, dem Vorstand genannten Vereins unterm 7. März 1903 mitteilte, sind nach sachverständigem Urteil zur Zeit im Ruhrrevier circa 20000 Bergleute von der Wurmkrankheit befallen! Herr Dr. Hartmann hat sich an Ort und Stelle informiert und auch einer Sitzung des erwähnten Ausschusses am 2. und 3. März dieses Jahres beigewohnt. Auf einer Grube, *Graf Schwerin*, sind zum Beispiel 90%, auf *Lothringen* 80%, auf *Lirin* 70% u. s. w. der Belegschaftsmitglieder wurmkrank.

Wie wenig ausreichend die getroffenen Massnahmen sind, geht unter andern auch daraus hervor, dass zahlreiche Rückfälle zu constatieren sind. In einem Falle wurden von 135 als gesund entlassenen Kranken nach kurzer Zeit 60 als noch krank oder wiederum erkrankt ermittelt. Ein Steiger teilte Herrn Dr. Hartmann mit, er sei schon dreimal trotz grosser Vorsicht vom Wurm infiziert worden. Das alles genügt noch nicht, es wird noch weiter *geprüft* und *erwogen*!

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.

Von

Robert Schmidt.

(Berlin.)

Die Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren immer bestimmter eine Trennung von den politischen Aufgaben der Arbeiterbewegung vollzogen. Mit der grossen Mitgliederzahl, der Leistungsfähigkeit der Organisationen macht sich auch ein gewisses Selbstständigkeitsgefühl der Gewerkschaften bemerkbar, die Tätigkeit der Gewerkschaften wird eine von der politischen Partei fest abgegrenzte. Die Gewerkschaft ist die Organisation zur Selbsthilfe, in dem Streben nach besseren Arbeitsverhältnissen ist ihr Weg gezeichnet; die Politik will die Bahn frei halten für die Arbeiterbewegung und die wirtschaftlichen Vorteile vermittelst der Gesetzgebung erlangen. Aus dieser Teilung hat man gefolgert, die Gewerkschaft könne sich von aller Politik fernhalten, sie bedürfe keiner bestimmten politischen Richtung als Stütze.

Sicherlich gebietet es die ganze Tätigkeit der Gewerkschaft, da sie bestrebt ist, alle Kräfte in der Arbeiterschaft zusammenzufassen, auf politischem und religiösem Gebiete die grösste Toleranz walten zu lassen; kein Arbeiter darf bei seinem Eintritt in die Organisation, nach seiner politischen oder religiösen Gesinnung gefragt werden. Aber ganz sind die politischen Fragen auch aus der Gewerkschaft nicht auszuschalten. Und wenn die Erörterung solcher Fragen mehr in die öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen verlegt wird, so geschieht es in den Staaten, in welchen den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen untersagt ist, mehr in Rücksicht auf die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, als in der Sorge, die Mitglieder vor der Berührung mit politischen Gegenständen zu bewahren. Bei wichtigen politischen Fragen zeigt sich auch, dass die Arbeiter in den Gewerkschaften, die den Anhang irgend einer bürgerlichen Partei bilden, den bürgerlichen Politikern die Gefolgschaft auftragen. Die Centrunspartei hat diese Erfahrung beim Zolltarif machen müssen.

So streng lässt sich Politik und Gewerkschaft nicht trennen, als dass nicht immer noch der Zusammenhang einer geistigen Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft vorhanden wäre. Dieser Zusammenhang besteht bei den freien Gewerkschaften mit der Socialdemokratie, bei den Gewerkvereinen mit der freisinnigen Partei und bei den christlichen Gewerkschaften mit dem Centrum.

Gerade die Zollfrage, die in der letzten Session des Reichstages und auch gegenwärtig noch, im Wahlkampf eine so bedeutende Rolle spielte, beweist es, dass die Gewerkschaft sich der Erörterung solcher politischen Fragen garnicht entziehen kann; der Zolltarif hatte für die Gewerkschaften eine Bedeutung gewonnen, dass ein achtloses Vorübergehen an dieser Frage einer groben Pflichtverletzung gegen die Arbeiterbewegung gleich käme. Höhere Lebensmittelpreise bedeuten für die Arbeiterschaft eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung, und damit wird den Gewerkschaften die Aufgabe zu teil, im Kampf um höheren Lohn den Ausgleich wieder herzustellen. Wie schwierig aber die Lösung

dieser Frage gerade gegenwärtig, zu einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, ist, das braucht nicht des näheren dargetan zu werden. Ohne politische Betätigung hätte die Arbeiterschaft auch alle politischen Rechte preisgegeben; und wie die Gewerkschaft des Rechts der Coalition, der Vereins- und Versammlungsfreiheit bedarf, wird uns täglich durch behördliche Chicane auf diesem Gebiete vor Augen geführt,

Schematisch die Neutralität in der Gewerkschaft durchgeführt, das hiesse zur politischen Indolenz führen. Das kann weder direct noch indirect die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung sein.

Von der activen Teilnahme an der Agitation zu den Reichstagswahlen wird sich die Gewerkschaft fernhalten. Diese ist Aufgabe der politischen Partei. Aber in der Gewerkschaftsbewegung kann darüber kein Zweifel bestehen, dass die Socialdemokratie die Partei ist, die der Unterstützung der Gewerkschaft würdig ist; denn sie vertritt in wirtschaftlicher und politischer Beziehung die Interessen der Arbeiter und damit auch der Gewerkschaften.

Allerdings zum Wahlkampf wollen vielfach auch die bürgerlichen Parteien die Förderung der Gewerkschaftsbewegung begünstigen; jedoch mit dem Halten solcher Versprechungen sieht es anders aus. Die Conservativen, die Vertreter des Grossgrundbesitzes, lassen schon an der von ihnen verteidigten Rechtslage der ländlichen Arbeiter erkennen, wie sie zur Coalitionsfreiheit, Freizügigkeit und Versammlungsfreiheit stehen; die begeisterte Aufnahme der sogenannten *Zuchthausvorlage* bot den Beweis, welche Rechtsstellung man dem Industriearbeiter zumuten könnte, wenn die Herren ihren Grundsätzen Geltung verschafften. Nicht anders sieht es mit dem Anhang dieser Partei, den Antisemiten, aus, die zum Stimmenfang noch ein wenig Mittelstandspolitik treiben.

Die Nationalliberalen, die dem *Centralverband deutscher Industrieller* ihr wirtschaftliches Programm anvertraut haben, bekunden in Bezug auf das Coalitionsrecht zum grossen Teil dieselbe Gesinnung, wie die conservativen Junker, und dürften — von wenigen Ausnahmen abgesehen — als directe, teilweise als die enragiertesten Feinde der Gewerkschaftsbewegung gelten.

Im Centrum sind die Meinungen der Vertreter sehr geteilt: im Osten junkerfromm, im Westen capitalergeben, im Süden bauern-demagogisch; dabei leisten sich einige Herren ein wenig Socialpolitik und bemühen sich, die christlichen Gewerkschaften von Lohnkämpfen abzuhalten. Die Neigung einiger christlicher Gewerkschaftsführer, den Gewerkschaften in religiösen Fragen einen neutralen Standpunkt zu geben, musste bald aufgegeben werden, nachdem der Fuldaer Hirtenbrief im August 1900 seine Warnung hiergegen aussprach. Noch weiter ging der Centrumsabgeordnete von Savigny, der eine besondere Gewerkschaftsbewegung der katholischen Arbeiter überhaupt verurteilte. Berufsfragen der Arbeiter sollten nur in Fachsectionen der katholischen Vereine besprochen werden. Damit kam man sicher den Fabrikanten im Rheinland entgegen, denen die christliche Gewerkschaftsbewegung schon so unangenehm wurde, dass sie als gute Centrumsanhänger diese Organisationen mit derselben Rücksichtslosigkeit bekämpften, Arbeiter ebenso massregelten und aussperrten, wie es gegenüber den freien Gewerkschaften geschah. Die christlichen Gewerkschaften sollten die katholischen Arbeiter von dem Eintritt in die freien Gewerkschaften abhalten, man wollte die katholischen Arbeiter in dem Heerhau des Centrums festhalten. Das war der Zweck der ganzen Gewerkschaftsgründungen.

Aber die Interessen des Capitals und der Arbeiter sind so widersprechende, dass hier immer neue Conflictte entstehen müssen, die die Arbeiterfreundlichkeit

des Centrums fortgesetzt auf die Probe stellen; die Stellung zum Zolltarif hat manchen katholischen Arbeitern schon die Augen darüber geöffnet, wie die Arbeiterfürsorge ihrer angeblichen Freunde aussieht. Die Witwen- und Waisenunterstützung der Arbeiter, die dem Zolltarif auf Drängen des Centrums angehängt wurde, ist ein Versprechen, berechnet zur Beruhigung und Täuschung der katholischen Arbeiter. Denn die Erfüllung des Versprechens steht in weitem Felde, und der Art der Aufwendung der Mittel für diese Zwecke wird damit nichts von ihrer Ungerechtigkeit und Schädlichkeit genommen. Von den erhöhten Preisen für agrarische Erzeugnisse, wie sie als Folge des Zolltarifs, falls er in Kraft tritt, eintreten müssen, erhalten die Grossgrundbesitzer den Löwenanteil, denen, die die Lasten tragen müssen, den Arbeitern, will man grossmütig ein paar Bettelpfennige für Witwen und Waisen hinwerfen. Fraglich ist dabei, ob es überhaupt geschieht. Das ist die *Arbeiterfürsorge* des Centrums, aufgebaut auf Unehrllichkeit und jesuitischer Täuschung der Arbeiter.

Die Freisinnigen und Demokraten, die einen alten Stamm gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in den Gewerkvereinen haben, müssten eigentlich recht eifrige Anwälte der Gewerkschaften sein; nur verspürt man davon nichts. Ein bisschen demokratisch in politischen Dingen, sind sie socialpolitisch noch immer gute Manchestermänner, die der alten, liberalen Wirtschaftspolitik vom freien Spiel der Kräfte treu bleiben und in jeder Einmischung des Staates auf diesem Gebiete das grösste Uebel sehen; sie schwanken bei den Interessenconflicten zwischen Grossindustrie und Handwerk, zwischen Grosshandel und Krämern hin und her und möchten es mit keinem verderben. Diese Unentschlossenheit ist die Ursache ihrer Schwäche und ihres rapiden Verfalls.

Wie unverständlich Herr Eugen Richter, der Führer der freisinnigen Volkspartei, den gewerkschaftlichen Kämpfen gegenübersteht, dafür ein Beispiel. In einem Artikel der *Freisinnigen Zeitung* vom 15. April 1903 wird dargestellt, wie durch Anregung des Privatcapitals der Wohnungsmangel, der seinerzeit bestanden, schnell beseitigt wurde, die geforderte staatliche oder communale Hilfe also garnicht nötig sei. Es heisst dann weiter: »In der Beschaffenheit von Wohnungen, insbesondere auch für die Arbeiterklasse, würde seitdem noch viel mehr geschehen sein, wenn nicht die Bauarbeiter dies erschwert durch häufiges Striken. In dem letzten Quartal des Jahres 1902 haben nach der amtlichen Statistik nicht weniger als 53 Strikes unter den Bauarbeitern stattgefunden, und das trotz der allgemeinen Abmachungen, die über Lohnverhältnisse gerade in diesem Gewerbe zwischen Arbeitgeberern und Arbeitern vielfach getroffen worden sind.« Diese Anschauung zeugt von einer ganz oberflächlichen, durch Sachkenntnis nicht getriebenen Beurteilung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Arbeiter haben Vereinbarungen mit den Unternehmern nicht gebrochen, sondern immer loyal gehalten, nur mussten sie einen monatelangen Kampf in Halle gegen die vertragsbrüchigen Unternehmer führen. Die Kämpfe fanden dort statt, wo keine Verträge bestanden, und hatten in den meisten Fällen den Zweck, einen Tarifvertrag mit dem Unternehmer herbeizuführen. Also ungefähr das Entgegengesetzte von dem ist wahr, was die *Freisinnige Zeitung* sagt; abgesehen davon, dass die Arbeiter, wie ganz selbstverständlich, keine Neigung haben, dann zu recht niederen Löhnen zu arbeiten, wenn die Geschäftslage im Beruf eine gute ist. Einen nicht minder feindseligen Standpunct gegen die Arbeiter nahm das selbe Blatt in dem Kampf der holländischen Arbeiter um ihr Coalitionsrecht ein. Man kann den Generalstrike der holländischen Arbeiter zur Abwehr der reactionären Regierungsmassnahmen als verfehlt betrachten, ohne dass ein wirklicher Arbeiterfreund seine Genugthuung darüber aussprechen wird, dass die Arbeiter unterlegen sind. Die *Freisinnige Zeitung* brachte das fertig, indem sie am

10. April schrieb: »Die grossen Strikebewegungen in Belgien, im Frühjahr vorigen Jahres, hatte den Zweck, die gesetzgebenden Factoren zu zwingen, das Wahlrecht zu ändern. Die jetzige Bewegung in den Niederlanden richtet sich ebenfalls gegen die gesetzgebenden Factoren, um dieselben zu zwingen, Abstand zu nehmen von einem Gesetzentwurf zur Einschränkung des Missbrauchs der Coalitionsfreiheit . . . Die Behörden und auch die bürgerlichen Kreise waren aber nicht im Zweifel darüber, dass diese Nachgiebigkeit nur weitere Forderungen alsbald hervorrufen würde, und trafen zur Abwehr derselben planmässig ihre Vorkehrungen. Dazu gehörten auch Gesetzesvorschläge zur Beschränkung des Missbrauchs der Coalitionsfreiheit. Die Socialdemokraten drohten im Falle der Annahme mit dem Generalstrike. Die bürgerlichen Parteien aber liessen sich in der Kammer nicht einschüchtern und nahmen einstimmig die Gesetzentwürfe mit einigen Milderungen gegen die Stimmen der Socialdemokraten an. Auch die Demokraten stimmten dafür . . . Es handelt sich in den holländischen Gesetzentwürfen auch nicht darum, die Coalitionsfreiheit einzuschränken, sondern in ähnlicher Weise, wie dies § 153 der deutschen Gewerbeordnung bestimmt, die Freiheit des Arbeiters zu schützen gegen den Zwang, sich an Coalitionen zu beteiligen.« Zur Entschuldigung der *Freisinnigen Zeitung* muss gesagt werden, dass auch die andere liberale Presse das gleiche Urteil fällte. Auch hier bekundete diese Partei eine durchaus reactionäre Auffassung. Der § 153 der Gewerbeordnung hat in Deutschland eine überaus arbeiterfeindliche Auslegung erfahren, die kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gutheissen kann. Aber das holländische Gesetz gleicht nicht dem § 153 der deutschen Gewerbeordnung, sondern der *Zuchthausvorlage*; unter anderem verbietet es sogar für die Eisenbahnangestellten nahezu jede Ausübung des Strikes, wobei Strafen vorgesehen sind, die bis zu 4 Jahren Gefängnis lauten. Einer solchen Einschränkung des Coalitionsrechtes redet der angesehenste Vertreter des Freisinn das Wort. Man muss sich dabei unwillkürlich die Frage vorlegen: Ist unter solchen Umständen das Coalitionsrecht der Arbeiter in diesen Händen noch sicher? Auch der Kampf um das allgemeine und directe Wahlrecht der belgischen Arbeiter wird dort von oben herunter abgetan; eine Forderung, für die ehemals der Liberalismus begeistert eintrat, ist ihm heute gleichgiltig, weil die Arbeiter sich immer mehr aus der Gefolgschaft der liberalen Parteien zurückziehen. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht hat für den Liberalismus den Reiz verloren. Verfolgt man nun gar in der liberalen Presse die Berichte über Lohnkämpfe der Arbeiter, so wird man finden, dass dort von einer wohlwollenden Beurteilung der Arbeiterbestrebungen nie die Rede ist. Die Verbrüderung der Freisinnigen mit den Gewerkvereinen wäre etwas ganz Unsinniges und Widerspruchsvolles, wenn die Gewerkvereine wirklich ernstlich bestrebt wären, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu heben; so aber beschränkte man sich dort, angepasst der Gesinnung seiner politischen Freunde, auf die Pflege des Unterstützungswesens, und sucht einmal ein Gewerkverein seine eigenen Wege zu gehen, oder wagt er sich auf ein anderes Gebiet, dann wird ihm dieselbe Behandlung zu teil, wie den freien Gewerkschaften.

Die Stellung der bürgerlichen Parteien erklärt sich aus den grossen Interessenconflicten zwischen Capital und Arbeit: dort die Vertreter des Capitals in den buntschillerndsten Schattierungen ihrer Interessen, hier die Arbeiter, ihre Antipoden. Deshalb kann es für den, der der Gewerkschaft wohl will, keine andere Entscheidung geben, als die, dass er am 16. Juni der Socialdemokratie seine Stimme gibt. Viele Leiter der Gewerkschaften gehören der Socialdemokratie an, und die Partei hat aus diesen Kreisen immer Vertreter ins Parlament entsandt, die mit Unterstützung der Gesamtpartei die Interessen der gewerk-

schaftlichen Organisationen vertreten. Für eine politisch parteilose parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften ist in Deutschland kein Boden vorhanden; wo vereinzelt solche Wünsche auftraten, fanden sie nicht den geringsten Anklang. Wie haben in Deutschland eine kräftige Arbeiterpartei in der Socialdemokratie, von der Gefolgschaft bürgerlicher Parteien wird sich auch der übrige Teil der gewerkschaftlichen Arbeiter noch lossagen, je mehr die politische Aufklärung an Boden gewinnt.

Die grossen Gegensätze zwischen Capital und Arbeit treten immer schroffer hervor, mit rücksichtsloser Schärfe setzt die Taktik der Unternehmerorganisationen ein, die die Arbeiter eines ganzen Berufs aussperren, um die Organisationen der Arbeiter zu sprengen. Der künftige Reichstag kann neue Versuche bringen, der Unternehmerclass die Machtmittel der Staatsgewalt zu leihen, wie es in der *Zuchthausvorlage* beabsichtigt war. Daher gilt es jetzt, die Sache der Arbeiter mit Entschiedenheit zu vertreten.

Die Grossindustriellen haben sich beim Zolltarif auf der *mittleren Linie* mit den Junkern geeinigt, in der stillen Voraussetzung, dass, wenn die Schlotbarone nicht die Macht haben, die Arbeiter in ihrem Verlangen nach einem Ausgleich der Löhne mit den erhöhten Lebensmittelpreisen niederzuhalten, sie die Unterstützung der Junker zur Knebelung der Arbeiterclass anrufen werden. Ernste Gefahren drohen hier der Arbeiterschaft in Bezug auf das Coalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, Institutionen, die zu Nutzen der Arbeiterschaft errichtet sind, können zertrümmert werden. Da kann es keinem Zweifel unterliegen, dass alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welcher Anschauungsweise sie im übrigen auch huldigen, als Vertreter ihrer politischen Interessen nur Anhänger der socialdemokratischen Partei in den Reichstag wählen können.

Die Genossenschaften und die Reichstagswahlen.

Von

Heinrich Peus.

(Dessau.)

Die Genossenschaften sind politisch neutral und müssen es sein, einfach deshalb, weil jedes das Seine tun muss, um sachlichen Erfolg zu haben. Insbesondere die Käufergenossenschaften, die Consumvereine, von denen wir hier in erster Linie sprechen, müssen sich zum Ziele setzen, alle Käufer ohne Unterschied der sonstigen politischen Ueberzeugung zu umfassen.

Und doch müssen auch die Genossenschaften Politik treiben, nämlich Genossenschaftspolitik. Sie stehen nicht nur unter den allgemeinen Gesetzen, sondern noch unter dem speciellen Genossenschaftsgesetz, sie sind der Besteuerung unterworfen und werden auch sonst in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen durch die allgemeine politische Entwicklung in hohem Grade beeinflusst. Sie müssen sich also insoweit um die Gesetzgebung, das ist die Politik, kümmern, als sie selber von ihr betroffen werden. Eine politische Neutralität, eine Gleichgültigkeit, die so weit ginge, dass sie sich gar nicht darum kümmerte, wie die Gesetzgebung und die verschiedenen politischen Parteien sich zur Genossenschaftsbewegung stellen, wäre total unverständlich. Das hiesse den Genossenschaften die Meinung zumuten, dass es für ihr Gedeihen ganz gleichgültig wäre, wo und unter welchen Umständen sie existieren, ob in Deutschland oder Sibirien, ob in einer Welt des wirtschaftlichen Egoismus oder des Socialismus, ob Freunde oder Feinde sie umgeben.

Es ist deshalb begreiflich, dass jetzt vor den Reichstagswahlen auch die Genossenschaften sich unter den politischen Parteien umschaauen, um die Stimmen

ihrer Mitglieder nur den Parteien und Candidaten zuzuführen, die die Genossenschaften zu fördern geneigt sind. Nun denke ich natürlich nicht daran, die Wähler dazu aufzufordern, ihre Stimmabgabe für einen Reichstagscandidaten von seiner Stellung zu Specialfragen abhängig zu machen. Es gibt Impfgegner, die keinen Abgeordneten zu wählen gewillt sind, der nicht auch Impfgegner ist. Mancher Wähler verlangt in ähnlicher Weise von seinem Candidaten, dass er Anhänger der Naturheilkunde oder auch Vegetarianer, Gegner der Vivisection etc. sei. Aller solchen, jede Perspective für das Grosse und Kleine verneinenden Auffassung will ich nicht das Wort reden. Jeder Reichstagswähler hat sich selbstverständlich zu fragen, wie der betreffende Candidat zu den vitalsten Hauptinteressen des einzelnen Wählers nicht nur, sondern des ganzen Volkes steht.

Damit soll andererseits nicht gesagt sein, dass die Genossenschaftsbewegung mit derjenigen der Impfgegner etc. auf gleiche Stufe zu stellen sei. Nur soll mit den folgenden Ausführungen nicht gleichsam eine neue *Genossenschaftspartei* für die Reichstagswahl gebildet werden. Nur Tatsachen sollen zur Feststellung gelangen, damit der Wähler, der zugleich Genossenschafter ist und in Hinsicht auf seine Hauptinteressen zu den verschiedenen politischen Parteien und ihren Candidaten schon Stellung genommen hat, sich auch Antwort auf die Frage geben könne, wie sein Candidat sich speciell zur Genossenschaftsbewegung stelle.

Während der ganzen Legislaturperiode des letzten Reichstags hat es den Anschein gehabt, als seien die Consumgenossenschaften socialdemokratische Vereine. Besonders der agrarisch-conservative Abgeordnete Dr. Oertel-Freiberg hat fast in jedem Jahre bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern eine Consumvereinsdebatte heraufbeschworen. Dabei verfolgte er stets zwei Ziele: einmal der Socialdemokratie wegen der Zustände in angeblich socialdemokratischen Consumvereinen etwas am Zeuge zu flicken und sodann sich in Mittelstandsretterei zu versuchen, wobei er aber während der ganzen fünf Jahre nicht über die allgemeinsten Redewendungen hinauskam. Die Debatte spielte sich regelmässig zwischen den Socialdemokraten auf der einen und den Conservativen auf der andern Seite ab. Die Freisinnigen, die Nationalliberalen und das Centrum hüteten sich mit einer einzigen Ausnahme peinlich, auch nur ein Wort über die Consumvereine zu sagen. Besonders bemerkenswert ist auch, dass der freisinnige Genossenschaftsanwalt und Abgeordnete Dr. Crüger sich niemals zur Verteidigung der Consumvereine veranlasst sah. Diese blieb vielmehr ganz allein der Socialdemokratie überlassen, derselben Socialdemokratie, die bisher officiell immer noch nicht mehr als eine bloss wohlwollende Stellung zu den Consumvereinen eingenommen hat. Uebrigens liessen die Freisinnigen, die Nationalliberalen und das Centrum die Conservativen auch hinsichtlich ihrer Mittelstandsretterei allein, offenbar im Gefühl, dass da doch nichts zu wollen sei. Jetzt bei den Wahlen freilich ertönen die Phrasen von der Mittelstandsretterei um so lauter. Fünf Jahre lang hat man die Zeit und die Macht gehabt, den Mittelstand zu retten, und es doch bleiben lassen. Man vermochte eben nicht zu retten.

Der Abgeordnete Dr. Oertel bezeichnete am 26. Januar 1899 den selbständigen Mittelstand als *die allein tragfähige Stütze unserer Cultur, unseres Reiches und unserer deutschen Fürstenthronen*. Diesen Faden hat er fünf Jahre lang consequent weiter gesponnen und noch im letzten Jahre mit dem Grafen Posadowsky eine längere Discussion über den wirtschaftlich selbständigen und den sogenannten *neuen Mittelstand* der Angestellten gepflogen. Am 26. Januar 1899 hat dem Abgeordneten Oertel der Abgeordnete Bebel geantwortet. Er wies hin auf die Verkäufergenossenschaften conservativer Landwirte, durch die der selbständige Mittelstand nicht minder ausgeschaltet werde, wie durch die Consumvereine der Arbeiter. Socialdemokratische Consumvereine gebe es nicht, die socialdemokratische

Partei gründe keine Consumvereine. Wo aber Socialdemokraten die Verwaltung in Händen hätten, würden noch am ehesten die besten Arbeitsverhältnisse geschaffen. Sonntagsruhe, Achtuhrladenschluss, ein freier Nachmittag in der Woche und eine in der Regel 10 bis 11 Stunden nicht überschreitende Arbeitszeit seien Einrichtungen, durch die sich die Consumvereine vor den privaten Concurrenzunternehmungen auszeichneten. In gleicher Weise trat der Abgeordnete Seifert-Zwickau durch den Hinweis auf die Verhältnisse in den grösseren sächsischen Consumvereinen energisch gegen die Klagen über die angeblich schlechten Verhältnisse in den sogenannten *socialdemokratischen Consumvereinen* auf. Gleichwohl musste der Antisemit Raab seinem Hasse gegen die Consumvereine die Zügel schiessen lassen, indem er einfach die widerlegten Behauptungen kühnlich noch einmal aufstellte.

Am 27. November 1899 übernahm die Rolle des Abgeordneten Dr. Oertel einmal zur Abwechselung der nationalliberale Abgeordnete Franken-Bochum. Bebel antwortete ihm durch den Nachweis der Verhältnisse der Dresdener Consumvereine.

Eine grosse Consumvereinsdebatte ward dann am 27. Februar 1900 durch die Beschlussfassung über die Petition Seifert-Schedewitz, betreffend die sächsische Umsatzsteuer, heraufbeschwoien. Schon am 26. November 1896 hatte die socialdemokratische Fraction in dieser Sache interpelliert. In der Commission hatte Oberregierungsrat Werner die Berechtigung der Umsatzsteuer als Gewerbesteuer im Sinne § 7, Ziffer 6, der Gewerbeordnung vertreten. Es sei nicht auf eine Unterdrückung und Vernichtung der Consumvereine abgesehen, es sei nur ein Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Grossbetriebe und der Unterlegenheit der Kleinbetriebe geplant. Gegen die Umsatzsteuer sprach eingehend der Abgeordnete Wurm. Er konnte darauf hinweisen, dass der ultramontane Abgeordnete Roeren am Tage zuvor, am 26. Februar 1900, im preussischen Abgeordnetenhaus eine Erdrosselungssteuer für Warenhäuser und Consumvereine verlangt habe. Die sächsischen Consumvereine zahlten im Jahre 1899 bei 179 843 Mitgliedern und 4½ Millionen Mark Umsatz sowie 5,4 Millionen Mark Ersparnissen ohne die Umsatzsteuer schon an Steuern 350 929 Mark. Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Fischer gestand zu, dass durch die Umsatzsteuer die kleinen Geschäftsleute geschützt werden sollten. Herr Dr. Oertel aber erklärte, sie, die Conservativen, seien nur für Productivgenossenschaften. Dann nahm am 28. Februar 1900 Bebel das Wort zu einer glänzenden Rede gegen die Consumvereinsumsatzsteuer, die er als die schreiendste Ungerechtigkeit bezeichnete, weil sie bei 2 % der Aermsten der Armen circa 25 % ihres durch den Consumverein erzielten Spareinkommens confisciere. Für das ländliche Genossenschaftswesen habe dieselbe sächsische Regierung 2 Millionen als Unterstützung übrig. Der Hinweis Bebels auf die Consumvereine der Officiere und Beuten gab Herrn Dr. Oertel Anlass, folgendes zu erklären: Ich wünschte grundsätzlich, unsere Staats- und Reichsbehörden möchten ihren Beamten die Teilnahme an diesem grossen Consumvereine verbieten. Auch der Antisemit Raab erging sich in ähnlicher Mittelstandsretterei.

Die selben Debatten, wie 1899, gab es dann wieder 1901, 1902 und 1903. Die Angreifer waren die Abgeordneten von Kardorff, Dr. Oertel, Stöcker und Gamp, als Verteidiger der Consumvereine sprachen die Socialdemokraten Rosenow, Sachse, Albrecht, Ledebour, Singer, Wurm und der Schreiber dieser Zeilen. Und der Abgeordnete Stolle führte am 21. März 1901 Klage über die Behinderung des Genossenschaftsrechts der Eisenbahnangestellten.

Einen Monat vorher, am 21. Februar 1901, kam die Petition des *Centralverbandes deutscher Kaufleute* zur Verhandlung, welche nicht mehr und nicht weniger verlangte, als dass die Consumvereine von der *Bedürfnisfrage* abhängig gemacht werden sollten. Der Referent, der conservative Abgeordnete Jacobskötter, er-

innerte daran, dass die Eingabe des Senators Schulze-Gifhorn schon am 21. Februar 1900 in der Petitionscommission zur Sprache gekommen sei. Dabei seien die Bedenken gegen die Beamten- und Officiervereine auch geteilt worden, aber man habe keine Möglichkeit gesehen, auf Grund der Reichsgesetzgebung gegen die Consumvereine einzuschreiten. (!) Man ging deshalb zur Tagesordnung über.

Nachdem im Jahre 1902 die alte Oertel-Melodie noch einmal abgespielt worden und darauf von Wurm und mir erwidert worden war, brachte dann das letzte Jahr 1903 noch recht lebhaftes Consumvereinsdebatten. Wieder war es der Abgeordnete Dr. Oertel, der den Anfang machte. Sonderbarerweise trat der Verbandsanwalt Dr. Crüger, der doch in Kreuznach so tapfer den Mittelstandsretter gespielt hatte, im Reichstage der Oertelschen Mittelstandsretterei entgegen, indem er einer Wertschätzung des *neuen Mittelstandes* der Angestellten Ausdruck verlieh. Im übrigen aber verlor er kein Wort zu gunsten der Consumvereine. Auf erneute, in ihrer Eintönigkeit aber schon recht langweilig gewordene Angriffe der Abgeordneten Gamp und Stöcker antworteten am 13. und 14. Februar der Abgeordnete Albrecht und der Schreiber dieser Zeilen, der auch auf die Beschränkung oder richtiger Behinderung des Genossenschaftsrechtes der Dresdener städtischen Arbeiter zu sprechen kam, die dann kurz darauf wieder aufgehoben wurde. Hiuterher tadelte auch der Genossenschaftsanwalt die Dresdener Stadtverwaltung, zugleich aber gab er ihr einen Wink mit dem Zaunpfahl, wie man den *socialdemokratischen Consumvereinen* vielleicht mit dem Nachweis von *Ungesetzlichkeiten* beikommen könne.

In dieselben Tage fiel eine Abfertigung des Genossenschaftsanwalts Dr. Crüger wegen seines Kreuznacher Gewaltactes durch die Abgeordneten Hoch und Wurm. Der Abgeordnete Stolle brachte nochmals die Behinderung des Genossenschaftsrechtes der Eisenbahngestellten zur Sprache, die vom Abgeordneten Dr. Barth gleichzeitig im preussischen Abgeordnetenhaus kritisiert wurde.

Den Abschluss der Consumvereinsdebatten im Reichstage bildete eine Jeremiade des Antisemiten Werner, dessen Weisheit sich darin erschöpfte, dass *etwas* gegen das Consumvereinswesen geschehen müsse. Ein Echo fand sie nicht. Aber erinnert sei doch daran, dass das Centrum am 23. November 1900 einen Antrag gestellt hatte, der 1. eine Enquête über die Wirkungen der gewerblichen Cartelle, Syndikate und Ringe verlangte, sodann aber 2. einen Gesetzentwurf forderte, durch den neben anderem die Vereinigung von Beamten des Reiches, des Heeres, der Marine und des Staates, sowie von Officieren zum Betriebe von Warenhäusern untersagt werden sollte, und dass der Führer des Centrums, der Abgeordnete Spahn, jetzt kurz vor den Wahlen an diesen Antrag erinnerte.

Diese kurze Uebersicht über die Rolle, die die Consumvereine in den Debatten des Reichstages gespielt haben, zeigt deutlich Freunde und Feinde der Consumgenossenschaftsbewegung. Nur die Socialdemokratie ist ihr rückhaltloser Freund. Gefahren und Aufwindungen werden die Genossenschaften noch lange ausgesetzt sein, wenn auch die Ohnmacht ihrer Gegner immer deutlicher hervortritt. Immerhin wären doch höchst lästige Chicanen für die Consumvereine wohl denkbar, wenn die Reactionäre im Reichstage noch mächtig genug würden. Einen Schutz dagegen bietet nur eine starke socialdemokratische Partei.

Aber die Genossenschaftsbewegung darf nicht nur nicht belästigt, nicht chicaniert, sie muss positiv gefördert werden. Ueber das Genossenschaftsgesetz von 1889 ist sie mit ihren Riesenvereinen längst hinausgewachsen. Ein neues Gesetz tut der gross und mächtig gewordenen Bewegung dringend not. Auch dies wird ihr nur von der Socialdemokratie dem Bedürfnis einer unbehinderten Fortentwicklung entsprechend entworfen werden können. Consumgenossenschaftler, die das Wesen und die Bedürfnisse ihrer Bewegung richtig erkannt haben, werden daher nur Candidaten der socialdemokratischen Partei ihre Stimme geben können.

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Von

Henriette Fürth.

(Frankfurt a. M.)

Die Frauenbewegung hat Sitz und Stimme im Rate der Geister erlangt. Auch die nicht geringe Zahl jener, die sich immer noch nicht dazu entschliessen können, sie für voll zu nehmen, ist mindestens weit davon entfernt, sie so, wie früher, als *quantité négligeable* zu betrachten. Sie verdankt diesen Umschwung ebenso sehr sich selbst, als der Gunst der Zeitverhältnisse. Die Vertreterinnen der Frauenbewegung haben gelernt, sich geistige Waffen zu schmieden und sich ihrer mit Sachkenntnis und Treffsicherheit zugleich zu bedienen.

Das geht zur Evidenz aus den vielen Tagungen hervor, an denen Frauen leitend oder beratend mitgewirkt haben. Zuerst die Frauentage im Herbst des vorigen Jahres: der socialdemokratische in München, der der bürgerlichen Frauen im Wiesbaden. Der letztgenannte litt beträchtlich an Stoffüberladung — eine Erscheinung, der man übrigens nicht nur auf Frauentagen begegnet und der neben manchem Uebel mindestens der Vorzug eignet, dass der Congressort und seine nähere Umgebung in alseitiger Weise interessiert und gewonnen werden kann. Aber es besteht begründete Hoffnung, dass dies Zuviel im Laufe der Zeit auf ein vernünftiges Mass zurückgeführt werden könne; haben doch im übrigen die Frauen bei den mannigfachsten Gelegenheiten gezeigt, dass sie es verstehen, zugleich knapp und erschöpfend zu discutieren. So beim Congress der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, der im März dieses Jahres in Frankfurt am Main stattfand, so bei den Verhandlungen des internationalen Antialkoholcongresses in Bremen. Das Gleiche ist von der propagandistischen Tätigkeit der Frauen zu sagen. Im Kampf gegen den Alkohol hat eine einzelne Frau, Alli Trigg-Helenius, mehr erreicht, als ein ganzes Aufgebot agitatorischer Kräfte. Sie hat in einem Jahre 700 Versammlungen abgehalten, mit Hilfe von Staat und Gemeinde, die sie zu gewinnen wusste, in Finland Schenken aufgekauft und reformiert und im ganzen Land hygienischen Unterricht zur Aufklärung über die Schädigungen des Alkohols eingeführt.

In der Frage des Mutterschaftsschutzes ist von Frauenseite — und dies ohne Unterschied der Partei — eine rührige Tätigkeit entfaltet worden. Nachdem die *Gleichheit* schon seit Jahren einen an den verschiedensten Punkten einsetzenden Kampf für das heilige Recht der Frau, als Mutter geschützt zu werden, geführt hatte, kam die Frage im Laufe des Jahres 1902, gleichzeitig mit der Schrift des Belgiers Frank, aber unabhängig von ihr, allorts in Fluss. Seither ist eine Reihe beachtenswerter Publicationen zu dem Gegenstand erschienen, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, eine erweiterte Fürsorge für die Mutter vor und nach der Geburt in Gestalt von Krankengeld, Hauspflege etc. den Krankencassen auf die eine oder andere Weise anzugliedern.

Ebenso verheissungsvoll hat Frauenarbeit auf dem Gebiet der sittlichen Erziehung und in allem, was damit zusammenhängt, eingesetzt. Als das wertvollste Ergebnis dieser Agitation sind nicht positive Leistungen und Erfolge zu verzeichnen, sondern die aufklärenden Wirkungen, die hier mehr bedeuten, als ein noch so gewichtiger Einzelerfolg. Die öffentliche Meinung und die Erziehungsgrundsätze sind entscheidend beeinflusst worden und werden es immer mehr. Man wagt es, Dinge zu durchdenken und von Dingen zu reden, an denen man früher scheu und abgewandten Gesichtes vorüberging, und das ist das Bedeutsame. Die Einzeltat gleicht dem Berg, der weithinragend alle Blicke auf sich zieht, die Aufklärungsarbeit aber, die Umwälzung der öffent-

lichen Meinung der durch den zukunftssicheren Strom der Erkenntnis und Wahrhaftigkeit befruchteten Ackerkrume. Es wird stets ein Ruhmestitel für die Frau bleiben, hier von Anbeginn mit dabei gewesen zu sein und die gerade ihr durch Erziehung und Tradition gegebenen inneren Hemmungen so früh und mutig überwunden zu haben.

Nun bleibt noch die Frau in ihrem Verhältnis zur Politik. Der 16. Juni ruft die Wahlberechtigten an die Urne. Für fünf lange Jahre wird an diesem Tage über das Schicksal Deutschlands, soweit es vom Parlament abhängig ist, entschieden werden. Da ist es nicht nur gut — nein, es ist notwendig, die Reihen jener zu mustern, die ehemals *zu schweigen hatten in der Gemeinde*. Sie haben es in der Hauptsache ja auch heute noch. Ihren steuerlichen und sonstigen Bürgerpflichten, ihrer civil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit entsprechen die ihnen zugebilligten winzigen Rechte in keinem Sinn. Und doch fronen $6\frac{1}{2}$ Millionen deutscher Frauen im Dienste des Capitals, und doch erliegen weitere Millionen den gedoppelten Anforderungen, die die Aufrechterhaltung des Hauswesens mit ungenügenden Mitteln, die die von keiner Statistik erfasste Erwerbsnebetätigkeit an sie stellt. Und doch zahlen Millionen mit ihrer Gesundheit und mit ihrem Leben für die Auflagen und Zölle, die zu gunsten einer Minderheit das Volk belasten! Gibt ihnen das ein Recht, in den entscheidungsschweren Tagen der Wahl ihre Stimme zu erheben, und gibt ihnen das die Pflicht, also zu tun?

Was ist in den letzten Jahren für die Frauen geschehen?

Wohl: man hat ihnen einige Gymnasien gestattet und einige Hochschulen geöffnet, man hat auch einige Assistentinnen der Gewerbeaufsicht angestellt. Aber $6\frac{1}{2}$ Millionen Frauen, denen niemand das Recht bestreitet, sich je nachdem zu Tode zu arbeiten, haben nicht auch das Recht, über die Bedingungen ihrer Arbeit zu befinden. Sie sind von der Teilnahme an den Gewerbeberichten, den Arbeits- und Einigungsämtern ausgeschlossen. Das Gesetz knebelt und hindert sie von allen Seiten, wenn sie sich zu Berufsorganisationen zusammenschließen wollen, ja, es nimmt sich selbst das Recht, die Bildungsvereine polizeilich zu überwachen. Und zu der politischen und gewerkschaftlichen Knebelung tritt die ökonomische Gefahr: Steuern und Zölle. Zölle, die, wenn sie Wahrheit werden, nicht nur das Brot verteuern und den Fleischverbrauch vermindern oder für Millionen selbst aufheben müssen, sondern die auch in unabwendbarer Wechselwirkung die Ausfuhrindustrie lähmen und damit der hier in Frage kommenden Arbeiterschaft das Brot nicht schmälern, sondern es ihr einfach überhaupt nehmen wollen.

Den Regierungen ist selbst nicht wohl bei dieser Aussicht, die ihr die Agrarier in treuem Bunde mit dem Centrum aufgenötigt haben. Darum ist den Junkern zu Schmerz und Leid von jener Seite keine Wahlparole ausgegeben worden, und sommerliche Stille brütet über den sonst in solchem Falle so bienenfleißigen landrätlichen Bureaux. Aber diese Augenblicksconstellation darf uns nicht irren. Sie wird in der *mittleren Linie* des Grafen Bülow enden, und wer ausserhalb dieser Linie bleibt, der wird die Zeche zu zahlen haben bei den Handelsverträgen, wie bei allen übrigen Fragen der Staats- und Wirtschaftspolitik. Die Mehrzahl des Volkes wird draussen bleiben, und die Frauen werden es erst recht. Und zwar die bürgerlichen Frauen ebenso, wie die proletarischen. Man erinnere sich nur der schmählichen, aber in gewissem Sinne auch erheiternden Verhandlung im preussischen Landtag, in der Minister und Abgeordnete um die Weite sich beeciferten, darzutun, dass sie sich zur Frage der höheren Frauenbildung *principiell ablehnend* verhalten, man erinnere sich der *Herrenmoral* und des *Herrenstandpunctes*, den man in anderen Fragen hervorkehrt, der Tatsache, dass der Frau im Schulleben eine untergeordnete

Stellung zugewiesen ist, des wirtschaftlichen Drucks wie der politischen Rechtlosigkeit, unter denen sie zu leiden hat. Und man erinnere sich der Vorgänge in der Domäne des *heiligen Rocks*. Wie stark muss sich das bildungsfeindliche und die Gewissen knebelnde Centrum fühlen, wenn es im Angesicht der Wahlen eine *Korumiade* wagen durfte! Man erinnere sich! Dann aber heisst es, sich aufraffen und mit all dem Eifer und all der Hingabe, aber auch mit der Einsicht und Besonnenheit, die auf anderen Gebieten zu so schönen Erfolgen geführt haben, in den Wahlkampf eintreten.

Vom Ausgang des Wahlkampfes wird es abhängen, ob und welche Handelsverträge wir bekommen werden, das heisst, ob in Zukunft Millionen, um nur das nackte Leben zu fristen, auf alle Culturgenüsse und Errungenschaften verzichten müssen. Von ihm, ob Volksbildung, Arbeitsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht sich frei entfalten können oder nicht. Sollen oder müssen wir da nochmals gesondert nachweisen, dass und warum die Frauen im höchsten Grade am Ausgang dieser Wahlen interessiert sind?

Nein, da kann nicht die Frage sein, ob wir uns überhaupt, sondern nur, für wen wir uns einsetzen sollen und müssen. Hier bietet sich nun ein eigentümliches Schauspiel dar, das man passend durch einen Vergleich aus der Pflanzenwelt illustrieren kann. Die bürgerliche Frauenbewegung ist diesmal mit ihrem radicalen Flügel in den Wahlkampf eingetreten. Es besteht ein *Verein für Frauenstimmrecht* mit dem Sitze in Hamburg. Dort hat man einen Wahlfeldzug unter frauenrechtlicher Führung arrangiert. Eine Tatsache kennzeichnet das Ganze als Treibhauscultur, als etwas, das nicht organisch aus den Verhältnissen und deren Verständnis hervorgewachsen ist, sondern einem fremden Stamm künstlich aufgefropft wurde. Denn wie wäre es sonst möglich, dass denkende, verständige Frauen ihren wahren Vorteil so sehr verkennen, ihr Fraueninteresse so schnöde verraten konnten, dass sie sich als erstes Object ihrer Tätigkeit den Kampf gegen die Socialdemokratie erkoren? Von der Aussichtslosigkeit dieses Kampfes, besonders im gegebenen Falle, soll nicht weiter die Rede sein, sondern es soll nur gefragt werden, wie es denkbar ist, dass Frauen — gleichviel welchen Standes sie seien — sich entschliessen konnten, jener Partei feindselig gegenüberzutreten, die die einzige ist, die seit Jahrzehnten und ohne Ansehen der parteipolitischen Färbung für die Rechte aller Frauen eintritt! Die socialdemokratische Reichstagsfraction hat schon 1877 und seither bei jeder Gelegenheit wieder Anträge zum Schutz der Frauenarbeit eingebracht. Sie war es, die zuerst und immer wieder für das Vereins- und Versammlungsrecht, für die Berufs- und Bildungsfreiheit aller Frauen eingetreten ist, die für die Herabsetzung der Arbeitszeit und für die Arbeitsbefreiung des Kindes gekämpft hat. Und das alles sind Güter, an denen nicht nur die arbeitenden, sondern alle Frauen beteiligt sind, ja, die Gesamtheit des Volkes. Wenn gleichwohl die frauenrechtlerische Wahl-agitation in Hamburg mit einem Kampf gegen die Socialdemokratie einsetzt, so kennzeichnet sie sich dadurch als eine Mache, als etwas, was nicht aus dem Fühlen und den Bedürfnissen der Frauenwelt erwachsen ist, sondern aus *Opportunitätsgründen* oberflächlichster Art in Scene gesetzt wurde.

Ganz anders bei den proletarischen Frauen. Bei ihnen wurzelt die politische Mitkämpferschaft nicht in flüchtigen Gegenwartserwägungen, sondern jene tapferen Frauen, die seit vielen Jahren in der an Opfern und Entbehrungen so überreichen Agitationsarbeit stehen, sind untrennbar eins mit dem kämpfenden Proletariat und tief durchdrungen von der Ueberzeugung, dass nur die politische Vormacht des arbeitenden Volkes die Krönung und Erfüllung der wirtschaftlichen Bestrebungen und die Befreiung der Frau vom Joche einer doppelten Knechtschaft bringen kann. Und proletarische Frauen sind es, die

in flammenden Worten die Wahlfreudigkeit zu spornen und ihr Ziel und Richtung zu geben wissen; so wie sie es sind, die durch das Festhalten an der gewerkschaftlichen Organisation auch in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs ihre politische Reife bekundet und es ermöglicht haben, dass die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen kaum abgenommen hat.

Aber: das ganze Deutschland soll es sein! Darum noch ein Wort an alle Frauen ohne Unterschied der Partei und der gesellschaftlichen Zugehörigkeit. Im bürgerlichen Lager gibt es Tausende, die, durch Geburt, Erziehung und Gewöhnung drüben festgehalten, dennoch tief durchdrungen sind von der Ueberzeugung, dass nur mit dem arbeitenden Volk, aber niemals ohne oder gegen dasselbe die Befreiung der Frau errungen werden kann. An sie alle ergeht der Ruf, ihrer eigenen Sache und der der Gerechtigkeit zu dienen, indem sie mit allen Mitteln und Kräften unmittelbar und, wo dies nicht geht, mittelbar sich in den Dienst der Volkssache stellen und so den Tag vorbereiten helfen, an dem es in der Welt nicht Hoch und Niedrig, Reich und Arm, Männer und Frauen, sondern nur Menschen gibt.

Zur Theorie der Krisen.

Von

Leonhard Levison.

(Stuttgart.)

Obleich über die Ursachen der Krisen relativ viel geschrieben worden ist, so ist eine einwandfreie Erklärung dieses wirtschaftlichen Phänomens doch nicht gelungen. Es herrscht auf diesem Gebiete vielmehr ein überaus heftiger Widerstreit der Meinungen. Als unbestritten darf man nur die Tatsache voraussetzen, dass die Krise in der Regel plötzlich und unvermittelt auf eine Periode der Hochconjunctur folgt. Jede Hochconjunctur ist gekennzeichnet durch steigende Warenpreise, und diese können ihren Grund nur in einer gewissen Warenknappheit haben. Die Speculation für dies Steigen der Warenpreise verantwortlich zu machen, ist ein Trugschluss, eine Verwechselung von Ursache und Wirkung. Die steigenden Warenpreise sind die Ursachen der Speculation, nicht umgekehrt. In der Krise aber sinken die Preise, es ist mithin ein Ueberschuss an Waren vorhanden. Ein schier unlösbarer Widerspruch. Heute noch müssen die Unternehmer fast Tag und Nacht arbeiten lassen, ohne im stande zu sein, der Nachfrage zu genügen, und morgen schon, ohne dass das Warenquantum auf dem Markte sich verringert hätte, stehen sie vor der Unmöglichkeit, ihr Product abzusetzen. Um die Krisen zu erklären, müssen wir nachweisen, dass das wirtschaftliche Leben diesen Widerspruch einschliesst.

Die verbreitetste Annahme zur Erklärung der Krisen scheint mir zu sein, dass sie aus der Ueberproduction entstehen. Ueberproduction als Ursache der Krisen aber lässt sich nur so auffassen, dass ein Teil der Waren, der nicht zur individuellen oder productiven Consumption Verwendung findet, sich in den Händen der Unternehmer so lange ansammelt, bis er durch seine eigene Masse die Krisen hervorruft. So glaube ich Marx' *Capital* verstehen zu müssen, und so hat es auch Engels in seiner *Entwicklung des Socialismus* aufgefasst.

Nun ist diese Ansicht aber unvereinbar mit der Tatsache, dass die Krise auf eine Periode der Hochconjunctur, also der Warenknappheit, folgt; denn wenn die

Ueberproduction die Ursache der Krise wäre, so müsste der Warenüberfluss, also die wirtschaftliche Depression, am grössten sein unmittelbar vor der Krise. Ferner glaube ich, beurteilt man unsere Industriellen nicht richtig, wenn man unterstellt, dass sie unentwegt fortfahren, Waren zu producieren und anzuhäufen, so lange, bis dieselben durch ihre eigene Masse die Krise hervorrufen. Allerdings geht der einzelne Capitalist und mithin das Gesamtcapital im eigenen Interesse in der Production so weit, wie sich nur irgend eine entfernte Chance des Absatzes zeigt, und so mag ein Warenquantum vorhanden sein, das den Bedarf auf längere Zeit hinaus deckt; aber eine Erzeugung von Waren über den momentanen Bedarf hinaus, jedoch nur bis zu dem Punct, den das Capital im eigenen Interesse selbst bestimmt, ist nicht das, was als Ursache der Krisen betrachtet werden kann.

Sobald der Markt so weit gedeckt ist, wie es den Capitalisten im eigenen Interesse ratsam erscheint — und das ist ja in einem reichen Gemeinwesen die Regel —, beschränkt sich die Production, wenn nicht aus irgend einem Grunde anderweitige Ansprüche an sie gestellt werden, auf das Quantum, das zum Ersatz verbrauchter Waren notwendig ist. Wenn auch die Productionsfähigkeit grösser ist, als die Möglichkeit des Verbrauchs auf Grund der vorhandenen Absatzbedingungen, so äussert sich das doch nicht in der Weise, dass absolut unverkäufliche Waren erzeugt werden; es wird vielmehr das erforderliche Quantum mittels eines Theiles der vorhandenen Arbeitskraft erzeugt, der Rest aber ausser Activität gesetzt.

Die Folge ist notwendig Arbeitslosigkeit, die aber von diesem Standpunct aus als ein Schutzmittel gegen die Krise erscheint, gleichsam als ein Ventil, durch das die Industrie die allerdings durch sie selbst überflüssig gemachte, nichtsdestoweniger aber für sie überflüssige Arbeitskraft verpuffen lässt und sie verhindert, sich als Ueberproduction zu verkörpern.

Damit erscheinen Arbeitslosigkeit und Ueberproduction als unvereinbare Gegensätze, die einander ausschliessen. Die Krise kann also ihren Grund nur darin haben, dass die Production Bedingungen einschliesst, infolge deren die Unternehmer zeitweise dieses Ventil nicht rechtzeitig oder nicht in genügendem Masse öffnen. Da aber, wie gesagt, keine wirklich überflüssigen Producte erzeugt werden, kann das nur geschehen, wenn die Nachfrage nach Waren aus irgend einem Grunde zeitweilig steigt, und die darauf folgende Krise kann ihren Grund nur in einem rapiden Nachlassen des Bedarfs haben.

Von diesem Standpunct erscheinen nun die Krisen in einem ganz anderen Licht. Statt eine Folge der Ueberproduction, scheinen sie gerade ein Beweis dafür zu sein, dass der wirtschaftliche Organismus keine Ueberproduction duldet. Zur Zeit des steigenden Verlangens nach Waren dehnt sich die Production aus und steigt demzufolge das Quantum der vorhandenen Productionsmittel, während mit dem Nachlassen des Bedarfs ein Teil überflüssig wird. Aber zur Zeit, wo dieser Teil hergestellt wurde, war er nicht überflüssig, und in dem Moment, wo er überflüssig wird, entledigt sich der Organismus seiner mit Vehemenz, bei genügendem Umfang mittels einer Krise.

Das ist aber das Gegentheil der Darstellung, dass die Ueberproduction Ursache der Krisen sei. Von diesem Standpunct erscheinen die Schwankungen des Warenmarktes als das Ursächliche, als das, was zu erklären ist.

Um die Ursachen dieser Schwankungen zu finden, müssen wir kurz die Production selbst betrachten — im knappen Rahmen dieser Skizze lässt sich dieser Gegenstand natürlich nicht eingehend behandeln.

In erster Linie betrachte ich den Profit der Unternehmer als einen Teil des Products ihrer Arbeiter. Wie Marx nachweist, entsteht dieser Profit in der Weise, dass die Arbeiter einen Teil ihrer Arbeitszeit dazu verwenden müssen, zu arbeiten, ohne dafür Bezahlung zu erhalten. Das Product dieser unbezahlten Arbeitszeit, so weit es nicht zum individuellen Consum der Unternehmer dient, pflegt man als *Capital* zu bezeichnen. Klar ist aber wohl, dass der Arbeiter in der unbezahlten Arbeitszeit keine anderen Waren herstellt, als in der bezahlten, und dass so der Profit jedes Unternehmers in erster Instanz nichts ist, als ein Teil des Products seiner Arbeiter. Gerade darin, in dem Verfolgen des Weges, auf dem sich dieser Profit in *Capital* verwandelt, liegt meines Erachtens die Schwierigkeit, und in dem wechselnden Verhältnis dieses Profits zu dem, was davon als *Capital* Verwendung finden kann, erblicke ich die Ursache der unerklärten Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet.

Zunächst lasse ich *C*, das zu Beginn der Production vorhandene *Capital*, ganz ausser Betracht. Wie gross oder wie klein es gewesen, ist ganz nebensächlich, da es bei der einfachen *Reproduction* am Schluss genau im gleichen Quantum vorhanden sein muss, wie zu Anfang, während es bei Voraussetzung der *Accumulation* um diese gewachsen sein muss. In beiden Fällen aber interessiert uns sein ursprüngliches Quantum nicht.

Ferner sehe ich von den Schwankungen des Arbeitsmarktes ab. Meiner Ansicht nach ist die Höhe des Arbeitslohns, wenn wir ihn als Durchschnitt des Weltarbeitslohns auffassen — was in sich schliesst, dass in den einzelnen Ländern der Arbeitslohn allgemein um so viel über oder unter dem Durchschnitt steht, als in ihnen die technische Entwicklung den Durchschnitt übersteigt oder hinter ihm zurückbleibt — ganz unabhängig von den Vorgängen auf dem Warenmarkt und nur bedingt von der Productivität bei Gewinnung des Geldmetalls, also von der Kaufkraft des Geldes. Schon das Ricardosche Wertgesetz, das nachweist, wie der Wert jeder Ware einem Geldquantum entspricht, in dem gleichviel Factoren der Production, also Arbeitslohn und Profit, enthalten sind, gibt einen meiner Ansicht nach unwiderleglichen Beweis dafür, weil Arbeitskraft dem Gelde gegenüber nur eine Ware ist. Die steigende Productivität bei Gewinnung des Geldmetalls, also dessen sich als fallende Kaufkraft im steigenden Preis der zu kaufenden Waren zeigender fallender Preis, beeinflusst in gleicher Weise den Preis des Arbeitsproducts, wie der Arbeitskraft, verändert also deren Verhältnis zu einander nicht. Die steigende Productivität bei der Warenerzeugung kann sich meiner Ansicht nach nur im fallenden Preis der Waren ausdrücken; ich kann aber in diesem Vorgang absolut kein Moment erblicken, das in irgend einer Weise zur Steigerung der Arbeitslöhne führen könnte, eher noch das Gegenteil.

Betrachten wir nun unter diesen Voraussetzungen die Production. Das Product einer Gesellschaft, gleichgiltig, welche Formen es habe, kann nur aus zwei Theilen bestehen, und zwar aus einem Theil, der während der *Production*periode, sagen wir eines Jahres, in die individuelle Consumption der ganzen Bevölkerung eingeht, und aus einem weiteren Theil, der als zusätzliches *Capital*, als *Accumulation* zurückbleibt. Nennen wir die beiden Abteilungen *Consumwerthe* und *Reichtumswerthe*.

Betrachten wir vorläufig die erste Abteilung, da ihr Product allein unter die ganze Bevölkerung verteilt wird. Die Producte der zweiten Abteilung bleiben als Reichtum zurück, als Eigentum bestimmter Classen, zu denen ja die Arbeiterklasse, die Hervorbringerin aller Werte, im allgemeinen nicht gehört. Nur indem wir die

Vorgänge in der ersten Abteilung aufmerksam verfolgen, kann es uns klar werden, wie die zweite Abteilung entsteht und wie das Eigentumsrecht an ihrem Product von den Producenten auf nicht producierende Classen übertragen wird.

Von dem Profit der ersten Abteilung kann nur ein verhältnismässig geringer Teil als Accumulation zurückbleiben: der weitaus grösste Teil ist in seiner Naturalform — und in dieser Form bildet er in erster Instanz den Profit der hierher gehörigen Unternehmer — zur Accumulation ungeeignet. Umgekehrt ist das ganze Product der zweiten Abteilung Accumulation, und sowohl Unternehmer wie Arbeiter dieser zweiten Abteilung sind zu ihrer individuellen Consumption auf die Ueberschüsse der ersten angewiesen.

So vollzieht sich ununterbrochen ein Austausch zwischen diesen beiden Abteilungen. Die Unternehmer der ersten Abteilung verkaufen einen Teil ihres Products, der in seinem Verkaufspreis ihrem ausgelegten Arbeitslohn entspricht, an ihre Arbeiter, wofür ihnen dieses Geld wieder zufliesst; einen weiteren Teil consumieren sie selbst im gegenseitigen Austausch. Der Rest ist ihr Reinprofit, und ihn verkaufen sie an Arbeiter und Unternehmer der zweiten Abteilung. Mit dem Erlös kaufen sie Producte der zweiten Abteilung und haben damit ihren Profit glücklich in die Accumulationsform gebracht.

Die zweite Abteilung verkauft der ersten einen Teil ihres Products und kauft für den Erlös bei ihr Consumwerte. Im Grunde genommen können wir also von dem Hin- und Zurückwandern des Geldes ganz absehen und sagen: Die erste Abteilung vertauscht ihren in Consumwerten bestehenden Reinprofit gegen Accumulationswerte der zweiten, womit nicht nur der Ueberschuss der ersten in die Accumulationsform gebracht, sondern auch das Consumbedürfnis der zweiten Abteilung gedeckt ist. Der Profit der zweiten Abteilung besteht in dem, was sie mehr erzeugt, als sie zum Austausch mit der ersten bedarf. Dieses Mehr hat aber die Accumulationsform und kann so *in natura* zurückbleiben.

Versuchen wir nun, das Verhältnis zwischen diesen beiden Abteilungen schematisch darzustellen. Die Zahlen sollen die Production eines Gemeinwesens veranschaulichen und mögen also Millionen Mark, Francs oder was immer bezeichnen. *V* bedeutet Arbeitslohn, *M* Mehrwert, *c* individuelle Consumption, *A* Accumulation.

Abteilung I *Consumwerte*.

$$3000 V + 3000 M \dots \dots \dots = 6000$$

$$3000 V = 3000 c$$

$$3000 M \text{ zerlegt in } 1500 c + 1500 A$$

Wir sehen nun klar, dass Abteilung II in ihrem Umfang specie!! von dem *A* der Abteilung I bedingt ist, es ist die Voraussetzung der Production in Abteilung II überhaupt und bildet zugleich deren Grenze.

Abteilung II *Reichtumswerte* könnte und müsste also sein:

$$1000 V + 1000 M \dots \dots \dots = 2000$$

$$1000 V = 1000 c$$

$$1000 M \text{ zerlegt in } 500 c + 500 A$$

Auf dieser Grundlage ist das Gleichgewicht vorhanden, aber wie wir sehen, ist die Voraussetzung hierfür, dass das *A* der Abteilung I gleich ist dem *c* der Abteilung II. Es scheint mir das die Grundlage zu sein, auf der sich, wenn auch unbewusst, unsere gesellschaftliche Organisation aufbaut, und auf der allein sich eine Gesellschaft bewusst organisieren liesse.

Die capitalistische Gesellschaft ist nicht im stande, das Gleichgewicht dauernd aufrechtzuerhalten, weil das Streben jedes einzelnen Unternehmers nach einer möglichst hohen Profitrate von einem gewissen Punkte der Entwicklung an dem stets hindernd in den Weg tritt, denn der Umfang der Abteilung II wächst oder fällt nicht mit den wachsenden oder fallenden Ueberschüssen, die Abteilung I abzugeben hat, wie auch Marx im 15. Capitel des dritten Bandes *Capital* sagt: »Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander.« Die Ueberschüsse der Abteilung I sind abhängig vom Verhältnis des in ihr verausgabten Arbeitslohnes zum Verkaufspreis des Productes, die Production in Abteilung II aber ist abhängig in erster Linie von der Zunahme der Bevölkerung, sodann von den Fortschritten der Productionstechnik, kurz von Umständen, die ganz unabhängig sind von den Ueberschüssen der Abteilung I.

Das Streben der Unternehmer nach einer möglichst hohen Profitrate äussert sich in doppelter Richtung: erstens dahin, die Verkaufspreise der Waren nicht in dem Verhältnis zu ermässigen, in dem die in ihnen enthaltene Summe Arbeitskraft abnimmt, zweitens dahin, die Arbeitslöhne nicht in dem Verhältnis zu erhöhen, in dem die Kaufkraft des Geldes sinkt. Soweit ihnen dies Streben gelingt, wird dadurch die Profitrate über das Niveau hinausgehoben, bei dem ihr ganzer Profit, also das A der Abteilung I, als c in Abteilung II Verwendung finden könnte.

Während so die Fortschritte der Productionstechnik stetig die Tendenz haben, die Ueberschüsse der Abteilung I über das von Abteilung II verlangte Niveau hinauszutreiben, haben diese Fortschritte in Abteilung II die Wirkung, deren Nachfrage nach Ueberschüssen der Abteilung I zu verringern, weil sie es ermöglichen, das erforderliche Quantum Producte der Abteilung II mittels geringerer menschlicher Arbeitskraft, also mittels weniger c herzustellen. Allerdings ist dies nur zutreffend von einer gewissen Stufe der Entwicklung an. Solange der Bedarf an c in Abteilung II grösser ist, als das A der Abteilung I, ist ein Zwang notwendig, weil der einzelne nicht freiwillig auf einen Teil seines ohnehin so kargen Productes zum Zweck der Accumulation verzichten würde. Das Bewegungsgesetz lässt sich so lange etwa folgendermassen formulieren: Je höher die Profitrate, desto rascher die Accumulation. Sobald aber bei Beschäftigung aller das A der Abteilung I mehr betragen würde, als zu c in Abteilung II Verwendung finden könnte, wird das, was vorher Bedingung des Fortschrittes war, zum Hemmnis der culturellen Entwicklung. An diesem Punkte schlägt das Bewegungsgesetz in sein Gegenteil um und wäre etwa folgendermassen zu formulieren: Je höher die Profitrate, desto kleiner das Gesamtproduct, an dem das erforderliche Quantum Reinprofit verdient wird. Daher von diesem Punkte an die Arbeitslosigkeit bei allgemeinem Reichtum als Folge der das Notwendige übersteigenden Profitrate. Wann dieser Punkt erreicht ist, ist leicht zu bestimmen. Solange ein Volk zum Zweck der Accumulation, zum Beispiel zum Bau von Eisenbahnen oder dergleichen, auf Anleihen im Ausland angewiesen ist, beweist das, dass das A der Abteilung I, das es besitzt, nicht genügt, um das c seiner Abteilung II zu befriedigen, wie umgekehrt ein Land, das Capitalien zur Accumulation in fremden Ländern abzugeben vermag, damit beweist, dass sein A der Abteilung I mehr beträgt, als im eigenen Lande zum c der Abteilung II verwandt werden kann.

Von diesem Standpunkte aus ergeben sich interessante Einblicke in das Gebiet der hohen Politik, in die Zollgesetzgebung, die Art der Besteuerung, das Verhalten des Staats gegenüber den Trusts und Cartellen etc. Denn es ist klar, dass von

diesem Punkte an die Staatsverwaltung ihre Aufgabe, das Wohlergehen der Bevölkerung zu heben, von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus zu erfassen hat; während sie vorher ihrer Aufgabe gerecht wurde, indem sie versuchte, die Profitrate möglichst hoch zu halten, ist nachher das Gegenteil der Fall.

Nun findet das Streben der Unternehmer nach einer möglichst hohen Profitrate seine Grenze nur an ihrer eigenen Concurrenz unter einander. Wäre die Production ein fester unwandelbarer Körper, so würden die Warenpreise bald das Niveau erreichen, auf dem das Gleichgewicht vorhanden ist, womit einerseits dauernde Beschäftigung für alle gesichert, andererseits aber jede Verbesserung ausgeschlossen wäre. Die Production ist nun ein wandelbarer Körper und im steten Process der Umwandlung begriffen. Die geschickte Benutzung dieser Wandlungen ist es, wie uns die Erfahrung täglich zeigt, allein, die einem Unternehmer die Möglichkeit gibt, Capital zu einer höheren, als der allgemein üblichen Rate zu verwerten. Diese Wandlungen sind im allgemeinen als Fortschritte der Technik aufzufassen. Dass ein solcher Fortschritt nur eingeführt wird, wenn er ermöglicht, das gleiche Quantum Producte mittels geringerer menschlicher Arbeitskraft herzustellen, ist klar, denn die Bedingung, die seitens der Industrie an die Einführung einer Maschine gestellt wird, ist die, dass sie mehr Arbeitslohn erspart, als ihre Einführung und Amortisation kostet, was ja mit anderen Worten dasselbe ist. Aber es fällt den Untenehmern, die zuerst eine Verbesserung einführen, nicht ein, die Verkaufspreise sofort entsprechend zu reducieren, sie ermässigen sie vielmehr nur um so viel, dass sie die noch nach der älteren Methode arbeitenden Concurrenten eben unterbieten. Marx schildert diesen Zustand mit folgenden Worten: »Der Capitalist, der verbesserte aber noch nicht verallgemeinerte Productionsweisen anwendet, verkauft unter dem Marktpreis, aber über seinem individuellen Produktionspreis.« Nach und nach, in dem Masse, wie die verbesserte Arbeitsmethode sich verallgemeinert, wird die Concurrenz der nach der neuen Methode arbeitenden Unternehmer unter einander die Preise herabdrücken, bis sie schliesslich den neuen Bedingungen entsprechend stehen. Darüber vergeht aber eine geraume Weile, und da die Verbesserungen der Technik ununterbrochen erfolgen, steht dadurch der Durchschnitt der Profitrate dauernd über dem Niveau, auf dem das Gleichgewicht vorhanden wäre.

Es tritt aber noch ein anderes hinzu. Verbesserte Productionsmittel sind im allgemeinen teurer, erfordern demnach die Anwendung einer grösseren Capitalsumme, die zu verzinsen ist. Selbst wenn also die Profitrate wieder auf das frühere Niveau gesunken ist, steht der Anteil der besitzenden Classen noch um die höhere Zinssumme über dem Zulässigen. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, muss also die Profitrate selbst sinken.

Nehmen wir an, ein Unternehmer verwende Arbeitsmittel, die 10 Jahre arbeitsfähig sind und einen Wert von 100 000 Mark besitzen. Mittels ihrer beschäftige er 100 Arbeiter und zahle einen Durchschnittslohn von 1000 Mark. Vom Rohmaterial, sowie von allen anderen Hilfsmitteln sehen wir ab, denn da sie in gleicher Höhe dem Herstellungs- wie dem Verkaufspreis hinzugefügt werden müssen, ändern sie an der Sache nichts, und durch ihre Weglassung erreichen wir das, dass wir V und M rein erhalten. Die Ausgaben unseres Unternehmers wären also:

1. Arbeitslohn	100 000 Mark
2. Amortisation, also auch Arbeitslohn, 10% von 100 000 Mark	10 000 „
3. Verzinsung 5 % von 100 000 Mark	5 000 „
	insgesamt 115 000 Mark

Den Verkauf unterstellen wir mit einem Aufschlag von 20% zu 138 000 Mark.

Jetzt wollen wir sagen, es werden neue Arbeitsmittel eingeführt, die 200 000 Mark kosten, ebenfalls 10 Jahre dienen und es gestatten, das gleiche Quantum Waren mittels 70 Arbeiter herzustellen. Die Calculation wäre dann die folgende:

1. Arbeitslohn	70 000 Mark
2. Amortisation, 10% von 200 000 Mark	20 000 „
3. Verzinsung, 5% von 200 000 Mark	10 000 „
	insgesamt 100 000 Mark

Man begreift, dass selbst, nachdem diese Verbesserung allgemein eingeführt und im Kampf der Unternehmer unter einander der Verkaufspreis so weit heruntergedrückt ist, dass er wieder einen Aufschlag von 20% auf die Herstellungspreise darstellt, der frühere Zustand doch noch nicht wiederhergestellt ist. Ursprünglich waren im Preise von 138 000 Mark enthalten: an Arbeitslohn 100 000 Mark, die Amortisation betrug 10 000 Mark, der totale Arbeitslohn also 110 000 Mark, oder rund 80% des Preises. Dagegen betrug der Anteil des Unternehmers 23 000 Mark, der des Zinsempfängers 5 000 Mark; beide erhielten also insgesamt 28 000 Mark oder 20% des Preises.

Der zweite Verkaufspreis von 120 000 Mark verteilte sich dagegen wie folgt: Arbeitslohn 70 000 Mark, Amortisation 20 000 Mark; der totale Arbeitslohn beträgt also 90 000 Mark oder 75% des Preises. Der Anteil des Unternehmers ist 20 000 Mark, der des Zinsempfängers 10 000 Mark; total 30 000 Mark oder 25% des Preises.

Der Anteil der besitzenden Classen ist von 20 auf 25% gestiegen, der Anteil des Arbeiters von 80 auf 75% gefallen, obwohl der Aufschlag auf den Herstellungspreis der gleiche geblieben ist. Das Gleichgewicht kann erst wieder hergestellt sein, wenn der Preis des Products auf 112 500 Mark gefallen ist, an welchem Punkt der Anteil der Arbeiter wieder 80%, der Anteil der besitzenden Classen wieder 20% beträgt. Dazu musste aber, obwohl jetzt Arbeitsmittel im doppelten Werte zur Anwendung gelangen, der Anteil der besitzenden Classen an einem gleich grossen Product von 28 000 auf 22 500 Mark, der Aufschlag, den der Unternehmer auf den Herstellungspreis machen kann, von 20 auf 12½% gefallen sein.

Allerdings trägt der Unternehmer nicht den ganzen Schaden, denn nachdem sein Aufschlag wieder auf 20% gesunken ist, participiert auch der Zinsempfänger infolge des Falls der Zinsrate einigermaßen an der ferner eintretenden Preisermässigung, immerhin vollzieht sich aber in der capitalistischen Entwicklung ununterbrochen der Vorgang, dass ein stets fallender Procentsatz des Anteils der besitzenden Classen aus Unternehmerprofit, ein stets steigender Procentsatz aus Zins besteht.

So sehen wir, dass die Anwendung verbesserter Arbeitsmittel, die ja ununterbrochen erfolgt, ununterbrochen auch die Wirkung hat, den Unternehmern, die sie zuerst anwenden, eine höhere als die zulässige Profitrate zuzuführen und so den allgemeinen Durchschnitt der Profitrate über das im Interesse der Gesellschaft zulässige Niveau emporzutreiben, was von einer Stufe der Entwicklung an, die unsere europäischen Industriestaaten längst überschritten haben, notwendig Arbeitslosigkeit im Gefolge haben muss.

Hätten nun die Fortschritte der Productionstechnik nur die eine Wirkung, Arbeitskräfte freizusetzen, so könnte der Zustand unseres wirtschaftlichen Lebens

nur eine ununterbrochene, je nach dem Grad dieser Fortschritte grössere oder geringere Arbeitslosigkeit sein; die Zeiten der Hochconjunctur aber waren dann nicht zu erklären. Diese Fortschritte müssen also noch Bedingungen einschliessen, die eine Hochconjunctur ermöglichen. Die Ausserdienstsetzung von Arbeitskraft ist in der capitalistischen Welt die notwendige Folge der Anwendung verbesserter Arbeitsmittel. Aber um verbesserte Arbeitsmittel anwenden zu können, müssen sie erst angeschafft werden. Die Anschaffung aber schliesst, wie wir finden werden, Bedingungen ein, die in ihren Wirkungen denen der Anwendung gerade entgegengesetzt sind.

Nehmen wir wieder unsern Unternehmer. Mittels der älteren Arbeitsmittel, die 100 000 Mark gekostet haben, was wir der einjährigen Arbeit von 100 Personen, oder, auf die Lebensdauer der Arbeitsmittel verteilt, der 10jährigen Tätigkeit von 10 Personen gleichsetzen, beschäftigt er 100 Personen, so dass seine ganze Nachfrage nach Arbeitskraft dauernd 110 Personen umfasst. Die Anwendung der verbesserten Arbeitsmittel reducirt allerdings, wie wir gesehen haben, seine Nachfrage nach Arbeitskraft zum Zweck der Erzeugung eines gleich grossen Products dauernd auf 90 Personen, aber der Anwendung muss die Anschaffung vorausgehen, und da die neuen Arbeitsmittel 200 000 Mark kosten, bedingen sie die einjährige Arbeit von 200 Personen. Also selbst wenn wir voraussetzen, dass unser Unternehmer seine Arbeitsmittel in diesem Jahr ohnehin hatte erneuern, also ohnehin 100 000 Mark hätte ausgeben müssen, bedingt die Einföhrung der verbesserten Arbeitsmittel doch einen Mehraufwand von 100 000 Mark, erfordert also eine Mehrarbeit von 100 Personen für ein Jahr. Wenn wir nun annehmen, die Anschaffung vollziehe sich im Laufe dieses Jahres, so ist das Verlangen dieses Unternehmers nach menschlicher Arbeitskraft nunmehr auf 300 Personen gestiegen, und zwar, da für dieses Jahr auf die Neuanschaffung in keinem Falle eine Amortisation in Betracht zu ziehen ist, auf 100 Personen zur Herstellung der Producte noch mit den älteren Arbeitsmitteln und auf 200 Personen zur Herstellung der verbesserten Arbeitsmittel; wenn er diese letzten 200 Personen auch nicht selbst verwendet, so ist es doch nur seine Nachfrage, die ihnen Beschäftigung gibt.

Wenden wir uns jetzt wieder unserem Gemeinwesen zu. Sagen wir, infolge einer grösseren Verbesserung der Productionstechnik steige die Nachfrage nach dem Product der Abteilung II speciell zum Zweck der Anschaffung verbesserter Arbeitsmittel um so viel, dass die Gesamtnachfrage sich von 2000 auf 2400 erhebt. Diese Steigerung des Bedarfs erfolgt plötzlich, denn sobald ein neu erfundenes Arbeitsmittel dem seitherigen genügend überlegen ist, drängt sich jeder Unternehmer hinzu und verlangt danach.

Das grössere Product der Abteilung II würde nun bestehen aus:

$$\begin{aligned}
 1200 V + 1200 M & \dots \dots \dots = 2400 \\
 1200 V & = 1200 c \\
 1200 M & \text{ zerlegt in } 600 c + 600 A
 \end{aligned}$$

Die Summe der Consumwerte, denen Abteilung II nachfragt, steigt also von 1500 auf 1800, und um sie zu liefern, muss die Production in Abteilung I wachsen von 3000 $V + 3000 M$ auf 3600 $V + 3600 M$, die sich zerlegen in:

$$\begin{aligned}
 3600 V & = 3600 c \\
 3600 M & \text{ zerlegt in } 1800 c + 1800 A.
 \end{aligned}$$

Auch jetzt wäre das Gleichgewicht vorhanden, aber auf der Grundlage, dass das

✓ der Abteilung I von 3000 auf 3600, das der Abteilung II von 1000 auf 1200, die Nachfrage nach Arbeitskraft also von 4000 auf 4800 steigt.

Man wird begreifen, in welchem Masse das stimulierend auf die Industrie wirkt, wie alle nur irgend verfügbaren Arbeitskräfte herangezogen werden, um dem steigenden Bedarf zu genügen. So rasch, wie die Industrie will, geht das aber nicht, die Steigerung ist zu gross. Daher die Preistreiberei vor jeder Krise. Der Unternehmer, der so glücklich ist, frühzeitig das verbesserte Arbeitsmittel zu erhalten, heimst kolossale Profite ein, er braucht sein Product absolut nicht billiger zu verkaufen, wenn auch die Herstellungskosten um wie viel immer sinken. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das in normalen Zeiten die Profitrate auf das Zulässige herabdrückt, versagt in solchen Zeiten gänzlich, denn wie viel Leute auch durch die Anwendung der rapid entstehenden neuen Arbeitsmittel in Abteilung I entbehrlich werden, in Abteilung II zur Herstellung der verbesserten Produktionsmittel nimmt man sie mit offenen Armen auf. Natürlich entstehen in solchen Zeiten Fabriken, sie wachsen wie Pilze aus dem Boden, und sie selbst gebrauchen auch wieder Arbeitsmittel zur Herstellung der neu zu schaffenden Arbeitsmittel; die Arbeiter sind vollauf beschäftigt, sie machen Ueberstunden und haben mithin ein relativ grosses Einkommen, können also eine anständige Wohnung nehmen und mehr für ihre individuelle Consumption ausgeben; kurz, wohin wir sehen, sei es in der Bautätigkeit, in der Maschinenindustrie, in der Fabrikation von Consumwerten, überall reges Schaffen, gute Löhne, hohe Profite. So mag das vielleicht zwei bis drei Jahre lang gehen, die Welt meint, dieser blühende Zustand sei der normale. Nach und nach aber lassen doch die Aufträge nach; und wenn auch die Industrie noch vollauf beschäftigt ist, so liegen doch nicht mehr so viel Ordres vor, dass die Unternehmer ihre Production auf lange Monate hinaus vergeben haben; ja, nach und nach beginnen die Ordres spärlicher zu fliessen, beginnt sich Mangel an Aufträgen einzustellen. Das ist natürlich, denn die Industrie hat sich in der guten Zeit so entwickelt, dass sie weitaus mehr Waren herstellen kann, als auf Grundlage des normalen Bedarfs Verwendung finden könnten. In den Zeiten der Hochconjunctur, die natürlich den Schwindel und das Parasitentum mächtig förderten, sind genug Fabriken mit ungenügenden Mitteln mittels leicht erhältlichen Geldcredits gegründet worden. Nunmehr, wo Mangel an Aufträgen sich einstellt, kommen sie dem Geldgeber gegenüber in Verlegenheit. Das Geldcapital aber wird beim geringsten Anzeichen des Rückganges stutzig, es kündigt sein Guthaben, einige grössere Häuser stürzen, sie reissen andere mit sich, kurz, die Krise ist da, ehe man es sich versieht.

Natürlich wird das zuvörderst in Abteilung II bemerkt, denn hier wird fast nur auf Bestellung gearbeitet, und wenn die Bestellungen nachlassen, tritt sofort die Reduction der Betriebe ein, wogegen die Krise in Abteilung I erst als Rückwirkung der Krise in Abteilung II aufzufassen ist, wie auch die Hochconjunctur der Abteilung I nur die Rückwirkung der Hochconjunctur in Abteilung II ist. Abteilung I consumiert drei Viertel ihres Products selbst im wechselseitigen Austausch, das letzte Viertel erst, das ihren Reinprofit über den eigenen Consum hinaus darstellt, verkauft sie an Abteilung II. Tritt nun dort die Krise ein, so empfindet Abteilung I es fast als Erleichterung, dass sie eine Zeitlang ihre geräumten Läger auffüllen kann. Nun geht das allerdings nur eine Weile, denn wenn auch, wie gezeigt, der Umfang der Abteilung II bedingt ist von den Ueberschüssen der Abteilung I, so gilt dies Gesetz in dieser Fassung nur bis zu dem kritischen Punct, bis zu dem gezeigten Grade der Entwicklung. Von diesem Punct an schlägt auch

die Art, wie dieses Gesetz gefasst werden muss, in ihr Gegenteil um, und wenn auch nach wie vor die Bedingung des Gleichgewichts bleibt, dass A der Abteilung I gleich sein muss dem c der Abteilung II, so müssen wir dies Gesetz dann so fassen: Der Umfang der Abteilung I ist bedingt von den Ueberschüssen, deren Abteilung II zu ihrer individuellen Consumption bedarf, das heisst, es können nur so viel Consumtionsmittel hergestellt werden, als erforderlich sind, um mittels des daran erzielten Reinprofits den Bedarf der Accumulation zu decken.

Soll also Abteilung II, wie es der Fall ist, auf einen Stand gebracht werden, der so klein oder kleiner ist, als er vor dem Einsetzen der Hochconjunctur war, so wirkt das natürlich auf Abteilung I zurück. Die Preise der Waren sind abnorm gestiegen mittels einer gestiegenen Profitrate. Wir haben aber schon gesehen, dass zur Herstellung des Gleichgewichts die Profitrate unter den früheren Stand sinken muss. Dieser Process vollzieht sich jetzt, aber das kann in der capitalistischen Welt nicht mittels freier Vereinbarung geschehen, sondern durch den rücksichtslosesten Concurrenzkampf. Die Unternehmer, die ihre Ware verkaufen oder sich insolvent erklären müssen, also die Capitalschwachen, verkaufen zu jedem Preis. Die Arbeitslosigkeit nimmt riesige Dimensionen an, denn die durchschnittliche Profitrate steht noch immer weit über dem Niveau, das zur Erhaltung des Gleichgewichts zulässig ist.

Das dauert so lange, bis die überflüssig erzeugten Productionsmittel entwertet, abgestossen sind und bis die nun der Lage der Gesellschaft entsprechende Durchschnittsprofitrate, die, wie wir gesehen haben, niedriger sein muss, als sie vor Eintritt der Hochconjunctur war, erreicht ist, worauf dann der normale Zustand der Depression, unterbrochen von vorübergehenden Besserungen, wieder eintreten kann. Dieser Zustand ist bedingt durch die normalen Fortschritte der Technik, die zu ihrer Anschaffung eine stetig wachsende Zahl von Arbeitern in Abteilung II erfordern, so dass der Umfang dieser Abteilung stets progressiv wächst, während die Anwendung dieser Verbesserungen stetig eine grössere Zahl Arbeiter in Abteilung I freisetzt. Ist zum Beispiel zu einer Zeit ein Fortschritt so gross, dass er zu seiner Anschaffung mehr menschliche Arbeitskraft erfordert, als die Anwendung des vorhergegangenen Fortschritts freisetzt, so empfinden wir das als Besserung der Lage, während dafür, wenn der nächste Fortschritt wieder kleiner ist, der Rückschlag um so grösser sein wird.

So vollzieht sich die Entwicklung in der capitalistischen Welt mittels steter Schwankungen, die sich von dem, was wir als Hochconjunctur und Krise bezeichnen, nur quantitativ unterscheiden. Die Ursachen der Schwankungen, die wir in einem Extrem als Hochconjunctur, im anderen Extrem als Krisen empfinden, sind zu suchen in der wechselnden Möglichkeit, Ueberschüsse zu accumulieren.

Es sind also nicht allein die Fortschritte der Technik, die solche Schwankungen zur Folge haben, vielmehr wirkt jedes Vorkommnis, das die Möglichkeit gibt, die Production in Abteilung II auszudehnen, in gleicher Art. Beschliesst zum Beispiel ein Staat eine besonders grosse Anleihe, sagen wir zum Zweck der Herstellung von Kriegsschiffen im eigenen Land, und soll die Herstellung in besonders kurzer Zeit beendigt sein, so kann das Ursache einer Besserung sein, denn die Schiffe, oder, wenn man will, die sie vertretenden Staatsschuldscheine, sind Accumulation, ihre Herstellung bedeutet eine Ausdehnung der Production in Abteilung II und rückwirkend eine grössere Ausdehnung in Abteilung I, aus deren Ueberschüssen allein die Consumption in Abteilung II gedeckt werden kann. Ebenso ist es, wenn sich die Mög-

lichkeit bietet, grosse Summen Mehrexport zu erzielen, kurz, in jedem Fall, wenn sich eine aussergewöhnliche Möglichkeit der Accumulation bietet. Die Production dehnt sich sofort der steigenden Nachfrage entsprechend aus, aber sobald dieselbe gedeckt ist, bewirkt die erforderlich werdende Reduction krisenähnliche Erscheinungen. Allerdings können sie in diesem Falle nie so heftig werden, als wenn sie auf Fortschritte der Productionstechnik zurückzuführen sind; denn während in diesem Falle die Profitrate selbst fallen muss, um das Gleichgewicht wieder herbeizuführen, kann, wenn die Belegung auf eine sonstige aussergewöhnliche Nachfrage in Abteilung II zurückzuführen ist, das Gleichgewicht eintreten, sobald die über den Bedarf hinaus hergestellten Productionsmittel abgestossen sind.

Wir haben also nicht weit zu suchen, wenn wir die Ursachen der gewaltigen Krisen, von denen Marx spricht, finden wollen. Es ist die Einführung der Dampfkraft, die zuerst derartige Erscheinungen hervorrief. Dass es verschiedene Krisen waren, wissen wir, aber auch die verschiedenartigen Anwendungen der Dampfkraft sind nicht auf einmal erfolgt. Neue Krisen von der gleichen Heftigkeit wären meiner Ansicht nach nur zu erwarten, wenn eine neue Productionsmethode erfunden werden sollte, die so revolutionierend wirkt, wie seinerzeit die Erfindung der Dampfkraft.

Die ununterbrochenen Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens aber sind von der gezeigten Stufe der Entwicklung an eine notwendige Begleiterscheinung der capitalistischen Production, weil von dieser Stufe an die Entwicklung und die Accumulation sich in ihr auf keine andere Weise vollziehen kann. Zu überwinden wären sie nur mittels einer genossenschaftlichen oder gesellschaftlichen Organisation, die es möglich macht, die Preise der Waren stets auf dem Niveau zu halten, auf dem bei voller Ausnutzung der vorhandenen Productionskraft zwischen den Ueberschüssen der Abteilung I und dem Bedarf danach in Abteilung II das Gleichgewicht vorhanden ist, und die es ferner ermöglicht, bei aussergewöhnlichem Accumulationsbedarf entweder die Ueberschüsse dem entsprechend zu steigern oder die Accumulation auf eine entsprechend längere Zeit zu verteilen. Das kann aber nur der Fall sein, wenn das capitalistische Einzelinteresse an einer möglichst hohen Profitrate ersetzt wird durch das Interesse, die Lebenslage der Gesellschaft so hoch zu halten, wie es auf Grund des jeweiligen Standes der Productionstechnik möglich ist.

Edvard Munch.

Von
Gustav Kühl.
(Berlin.)

Die stilisierende Eindruckskunst hat in Edvard Munch einen mächtigen Schritt vorwärts getan. Es hatte schon lange den Anschein, als sei die symbolisch-lyrische Malerei, die sich selbständig neben der naturalistisch-epischen her entwickelte, im Erstarken begriffen; vielleicht hat nur die Tatsache, dass in den letzten Jahren immer wieder neue Werke der Manet, Monet, Degas bei uns bekannt wurden und dem deutschen Naturalismus, obwohl sie zum Teil ein Menschenalter zurückliegen, neue Stützen boten, der Wirklichkeitskunst so lange das Uebergewicht bewahrt. Dazu kam, dass man bei den poetischen

Umtönern doch mehr Experiment und unentschiedene Sehnsucht nach eigenen Formen wahrnahm, als einen in sich selber wurzelfesten Stil. -

Munchs Arbeiten, denen weder die Knappheit des Impressionismus, noch die lyrische Linie, noch die Symbolik der Phantasten fremd ist, werden von diesem Vorwurf nicht getroffen. In ihnen ist Selbstverständlichkeit und Selbstgewissheit. Man kann sie verlachen und verabscheuen, aber man kann sich nichts in ihnen verändert denken, ohne sie ganz und gar zu verneinen: und sie lassen sich nicht verneinen, denn sie haften mit qualender Hartnäckigkeit in der Phantasie. Das liegt natürlich daran, dass es eine künstlerische Persönlichkeit ist, die diese Gebilde erzwungen hat.

Versuchen wir, Munchs Bilder zu analysieren, so finden wir, dass, was formal an ihnen auffällt, uns eigentlich schon längst geläufig ist. Die Neigung zu ruhigen Linienzügen und glasbildartiger Einfältigkeit der Flächen haben eine ganze Reihe von Landschaftern, Franzosen, Engländer, Deutsche, systematisch ausgebildet, unzählige Placatzeichner und decorative Künstler pflegen sie ohne Unterlass. Die Vorliebe, aus den Conturen der Gegenstände ein verschlungenes Bouquet schöner Linien zu binden, teilt Munch mit Ludwig von Hofmann. Seine Interieurs, die Art, wie er etwa eine Bettstelle gegen die Wand stellt und ein Paar Menschen hineinlegt, kennen wir genau von den Parisern. Selbst seine Composition, im ganzen genommen, bedient sich oft genug herkömmlicher Mittel. Woher kommt es denn nur, dass seine Bilder so ganz anders wirken, als alles, was wir sonst gewohnt sind?

Man wird sagen: weil sie so viel scheusslicher sind. Und damit triift man so ziemlich das Richtige.

Wir haben es nämlich bei Munch mit einer neuen Inhaltskunst zu tun. Der persönliche, der seelische Gehalt in seinen Werken ist es, der teils verblüfft, teils erschreckt; die Form tut es nur, sofern sie diesen Inhalt zu Tage fördert.

Beschaut man die Gemälde Munchs aus der Ferne, so haben sie die Wirkung weicher, undurchsichtiger Glasbilder von teilweise wundervoller Leuchtkraft. Sie sind schön. Nur in dem ungewohnten Fluss ihrer Linien tut sich vielleicht schon etwas Befremdendes kund. So nähern wir uns, um das einzelne zu unterscheiden. Und was entdecken wir? Schauerlich verzogene Gesichter, verbogene Gestalten, gespenstische Halbwesen, die doch so furchtbar menschlich sind — und dann macht uns der Künstler die Tür vor der Nase zu und gibt uns keine Spur mehr, als diesen allgemeinen Eindruck, indem er seine Technik so grob zeigt, dass wir uns nicht weiter zurechtfinden können.

Beginnen wir mit dem letzten. Munch gehört nicht zu denjenigen Breitmälern, die durch das Zusammenfliessen der Töne in der Entfernung einen malerischen Zauber hervorrufen, zu jenen Meistern in Luft und Licht. Atmosphäre und duftige Fernsichten bringt er zwar gelegentlich auch — er kann alles — aber im Grunde liegt ihm nicht daran. Ist das nur deshalb der Fall, weil er es verschmäht, durch mehrere Mittel zu einem Ziele zu gelangen? So dass er also da, wo die Anordnung der Linien für die Raumwirkung genügt, die Luftperspective für überflüssig hält? Oder ist da noch ein anderer Grund?

Munch ordnet farbige Flächen neben einander, durch die er im Beschauer Vorstellungen hervorruft; aber nie füllt er die Vorstellung ganz aus. Das ist das Entscheidende. Auch Manet gibt gern eine *pars pro toto*; aber bei ihm

ist das zu Ergänzende im Luftgefimmer versteckt, man sagt sich: ich sehe da etwas, ich kann's nicht erkennen, aber es kann nichts anderes sein, als ein Pferd, ein Baum u. s. w. Es ist wie in der Wirklichkeit, und die Phantasie gibt sich zufrieden. Ganz anders Munch. Er zeigt ganz klar, was da ist. Jedes Haus in der Sommernacht ist zu unterscheiden, Personen, die in Gruppen stehen, bekommen crass verschiedene Farben, damit man sie nicht durch einander bringt. Aber wenn man sie sich ernsthaft vorstellen will, wozu es hell genug wäre in seinen Bildern, dann versagt er: sie sollen nicht Wirklichkeit werden. Statt die Phantasie räumlich zu beschäftigen, führt er die Augen in einer Fläche herum, statt lebendig bewegter Menschen gibt er der Vorstellung reglose oder gleitende Wesen, die etwas bedeuten wie ein Mensch, aber embryonenhaft in einem Halbleben stecken geblieben sind und wie im Starrkrampf weiterleben. Darin beruht das Visionäre bei Munch, darin auch bereits das Unheimliche. In allen seinen Bildern lebt der Tod. Diese regungslosen Wesen mit ihren endlos in sich verlaufenden Conturen prägen sich gerade wegen ihrer physischen Unbegreiflichkeit unmittelbar in den inneren Blick, ohne erst durch die Vorstellung in Wirklichkeit übersetzt zu sein; und dort, dort erst beginnt das Scheintote zu leben und lässt uns nun nicht wieder los. Eine Malerei, die man mit geschlossenen Augen genießt.

Es wird nötig sein, mit ein paar Worten auf den Inhalt von Munchs Schöpfungen einzugehen. Zwar sollte der Inhalt für die künstlerische Wertschätzung ohne Belang sein. Allein ein Blick in das, was seinen Geist beschäftigt, kann uns doch vielleicht eine Erklärung dafür geben, warum dieser Maler auf so vieles verzichtet, was den Erscheinungswert seiner Bilder erhöhen könnte.

Und da gelangen wir bald von seinen nordisch einsamen und schweisamen Nächten, von seinen colportagehaften Mord-, Eifersucht-, Gericht- und Tingeltangelszenen zu der eigentümlichen Consequenz, mit der er einen bestimmten Typus von Menschen in den Vordergrund stellt. Wir kennen Aehnliches von einigen Franzosen, besonders aus Steinlens tragischen Verkörperungen der Pariser Cultur, jener Cultur einer gewaltsamen Lebenslust, die noch immer das Blut der Bartholomäusnacht und der Schreckensherrschaft unverraucht unter dem Pflaster weiss. Doch sind wir bei Munch an keine bestimmte Stätte gebunden, kaum an die Erde. Wie es in den Träumen der Fall ist, schweben die Szenen seiner Bilder im Weltall, von jedem Zusammenhang mit dem irdischen Tage gelöst, alles Individuelle verschwindet, nur die Typen — *Ideen*, wie Platon sie nannte — sind lebendig. *Das Weib — Der Mann — Die Liebe — Das Kind — Der Tod* — das sind seine Probleme, und er stellt sie dar als Probleme. Und alles unter dem Gesichtspuncte des Leidens. Er hat seine Philosophie, er deutet sie gelegentlich sogar an nach Klingerschem Muster. Er zeigt das Weib, eine Halbfigur, die von farbigen Linien umflossen ist, und er hätte es kaum nötig, im Rahmen des Bildes einen Fötus anzubringen; solche gedankliche Anklänge werden im Beschauer, wenn er nur nicht nach einer *Bedeutung* sucht, ganz von selber wach: das ist der Kreis, in dem es keimen muss, das ist der Leib, der leiden muss, von Wonne und Schicksal umcircelt. Man hat Munch vorgeworfen, er habe nicht viel Phantasie und male immer wieder dasselbe, und soviel ist wahr: er ist gründlich genug, immer wieder auf dieselben Urkräfte der Natur zu stossen, die eben im Grunde überall

dieselben sind. So lässt er zwei Menschen Weltkörpern gleich durch den unendlichen Raum an einander vorüberschweben, und im gleichen Raum mikroskopische Keimwesen, die sich polarisch bewegen, wie sie. Nun aber seine Menschen! Er packt sie am liebsten von vorn, sieht ihnen gerade ins Gesicht; das *en face* scheint ihm auch am besten zu gelingen. In allen Gesichtern, schon in denen des Kindes, spiegeln sich Leiden und Kampf; nicht das Leiden im pathetischen, sondern im passiven Sinne: sie möchten freie Menschen darstellen und sind nur hilflose Gewächse, wie Metallguss in ein unentrinnbares Schicksal geflossen, das ihre Mienen, ihre Augen, diese angstvoll aufgerissenen oder vor dem durchdringenden Blick des Seelenkenners beiseite irrenden oder auch scheu zugekniffenen Augen, unweigerlich bekennen. Auch die eigentlichen Portraits, gleichfalls meist genau *en face* genommen, geben immer diesen einen verwandten Charakter; doch ist bei ihnen zugleich das Persönliche wieder stark betont, ja besonders stark, insofern Munch alle conventionellen Züge in einem Antlitze streicht, es geradezu entkleidet — also umgekehrt wie der photographische Retoucheur — und so ein äusserlich uncorrectes Bildnis gibt, das von dem wirklichen Charakter seines Originals mehr verrät, als sonst Menschen sehen und als vielleicht oft dem Originale selber lieb sein mag.

Darum sagte ich, es ist eine Inhaltskunst. Sie musste eine andere Form annehmen, als die Wirklichkeitskunst. Und sie muss grausig erscheinen, weil hinter der Weltauffassung ihres Schöpfers das Grausen sitzt.

Wie im Inhalte, kommt Munch auch in der Darstellung immer auf die Urformen, auf das Primitive zurück. Die Vereinfachung ist nicht ein stilistisches Raffinement, sondern eine Forderung der Weltanschauung des Künstlers. Mit Recht hat Max Linde auf die Verwandtschaft zwischen Munch und Rodin aufmerksam gemacht¹⁾: beide Künstler lassen, um Grenzenloses zur Darstellung zu bringen, die Grenzen der Anschauung unausgefüllt. Auf solche Weise machen sie es möglich, dass sich die Anschauung mit ihrer Weltanschauung deckt. Die Zeichnung bei Munch hat oft kindliche Naivetät. Wie das Kind sich mit ein paar constructiven Linien zur Charakterisierung eines Mannes, eines Hundes, eines Hauses begnügt: mehr will er auch nicht, alles Weitere würde ja nur individualisieren. Wie ich oben sagte: er gibt nicht Anweisungen für die vorstellende Phantasie, sondern für die phantastische Vorstellung intimerer Wirklichkeiten. Wie plump, ja verkümmert sind oft die Hände bei ihm, selbst wenn sie eine Function ausüben! Statt der Arme gibt er gelenklos gebogene Schläuche, statt eines Kopfes einen Umriss ohne jede Modellierung, selbst ohne Farbe. Aber worauf er damit hinaus will und dass diese Unvollkommenheiten in seinem Wollen liegen, kann man aufs deutlichste erkennen, wenn man diese Gemälde und Blätter mit solchen — meist älteren — vergleicht, in denen er der äusseren Wirklichkeit mehr Recht gelassen hat. So gibt es zu seinem wunderbaren Holzschnitte *Der Kuss*, einer nach japanischer Art auf Langholz geschnittenen Silhouette, eine radierte Actstudie. In dieser wertvollen Radierung sind die beiden Körper mit einer Kraft und in einer Fleischigkeit wiedergegeben, auch der physisch-seelische Vorgang so rein erfasst, dass eine Steigerung sich nicht denken lässt. Aber Munch genügte das

¹⁾ Vergl. Dr. M. Linde: *Edvard Munch und die Kunst der Zukunft*. Mit elf Illustrationen. Berlin, Gottheiner.

nicht. Was er an heiliger Sehnsucht und dumpfer Begier hier in dem ganzen prachtvollen, lendenkräftigen, wuchtigen Körper des Mannes zum Ausdruck kommen liess, muss im Holzschnitt, wo das Paar obendrein bekleidet ist, eine einzige Linie, die Contur des Rückens, machen. Es wirkt etwas verhaltener, und zugleich erreicht er eine grössere Monumentalität und eine ganz gleichlose Innerlichkeit der Wirkung durch die eine, unterschiedslos dunkle Masse, die die beiden Menschen bilden und aus der die beiden Gesichter ebenfalls nur wie ein einziger zusammengeflossener Fleck hervorleuchten. So arbeitet Munch, und so sind seine Ziele.

Welche Wandlungen die Kunstgeschichte doch durchmacht! Einst skizzierte man den Entwurf und führte das Vollwerk aus; jetzt ist das endgiltige Blatt eine bescheidene Skizze gegen die völlig durchgearbeitete Studie. Die Impressionisten geben den Eindruck, den die Natur auf das empfindende Auge macht, in seinen entscheidenden Merkmalen wieder; dieser Künstler gibt Bilder, die nicht Abklatsch eines Eindrucks sind, selber aber einen Eindruck auf den Beschauer machen müssen, unter dem sich seine Seele selbsttätig in Schwingungen setzt.

Nicht alle Gemälde Munchs wirken so tief, wie seine *Sommernacht*, nicht alle graphischen Blätter wie der *Kuss*. Aber Wertunterscheidungen zwischen seinen einzelnen Arbeiten zu machen oder gar ein abschliessendes Urteil über ihn zu fällen, ist kaum möglich, solange er uns noch selbst in unverwüstlicher Productivität mit neuen Werken überschüttet. Eins nur ist sicher: Wie er einmal ist, wird man ihn gelten lassen müssen.

Heinrich Driesmans' Rassentheorie.

Von

Friedrich Hertz.

(Wien.)

Die Bücher Driesmans' über Rassenverhältnisse¹⁾ haben in den letzten Jahren einige Beachtung gefunden. Man kann den Autor zu den Vertretern der *linguistischen Rassentheorie*²⁾ zählen, obwohl er in seinem Buch *Rasse und Milieu* ausdrücklich hervorhebt, dass er sich zur Charakterisierung und Erkenntnis der Rassenelemente, statt auf die meist in Rechnung gezogenen äusseren Merkmale — Sprache, Schädelbildung etc. — auf die inneren, geistigen Momente stütze. Wer aber in so ausgedehntem Masse mit aus der Sprachvergleichung geschöpften Begriffen, wie *Arier, Kelten, Semiten* etc. operiert, legt unbewusst doch das Hauptgewicht auf die Sprachverwandtschaften. So macht denn Driesmanns noch in seinem ersten Buch, wie Ammon tadelnd hervorhebt, keinerlei Unterschied zwischen den ethnisch so verschiedenen Elementen des keltischen Stammes. Die Erkenntnis des Nicht-zusammenfallens von Rasse und Sprachgemeinschaft dient dem Verfasser hauptsächlich zur möglichst freien Anwendung seiner psychologischen Intuition. Aus

¹⁾ Die Titel derselben sind: *Das Kellentum in der europäischen Blutmischung*. Leipzig, Diederichs, 1900 (im folgenden citirt als *Kellentum*). *Die Wahlverwandtschaften der deutschen Blutmischung*. Leipzig, Diederichs, 1901 (im folgenden citirt als *Wahlverwandtschaften*). *Rasse und Milieu (Culturprobleme der Gegenwart, V. Band)*. Berlin, Rade, 1902.

²⁾ Vergl. meinen Artikel *Moderne Rassentheorien. Socialistische Monatshefte*, 1902, II. Bd., pag. 876 ff.

den sonderbarsten Umständen und mit einer grossartigen Sicherheit erkennt er das Rassenblut durch alle Umhüllungen von Namen und Völkern hindurch. Wie der Sammler seine Schmetterlinge, so bestimmt er mit ruhiger Gewissheit: Sokrates — ein Semite, Andreas Hofer — ein Mongole, Richelieu, Hegel und Byron — Kelten, Goethe — Keltoromane, Shakespeare — Keltosaxone, Molière *vorziegend* Kelte, Maupassant — diese »höchste, vollkommenste Offenbarung des französischen Geistes«, der Gipfel der französischen Kunst — *vorziegend* Germane³⁾ u. s. w. Was sind unsere mächtigen Teleskope, unsere Röntgenstrahlen und chemischen Reagenzien gegen eine solche Macht der psychologischen Analyse? Wie treffend ist die Klage Driesmans': »Der Gelehrte, der nach Compendien arbeitet, der Compiler wird höher geschätzt, als ein anderer, der kraft seiner inneren Anschauung zu neuen Ergebnissen gelangt. Die Arbeit jenes gilt für wissenschaftlich, während dieser sich häufig den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit machen lassen muss.«⁴⁾

Wie wertet nun Driesmans die Rassen, die er auf so famose Weise feststellt? Am höchsten stehen natürlich die Germanen, denen unser Autor 3 physische und 3 psychische Merkzeichen zuschreibt. Die ersteren sind: die leichte Empfänglichkeit der Germanen für Infectiouskrankheiten, die Neigung zu den depressiven Formen der Geisteskrankheiten und die »bei den Germanen einheimische, bei den anderen Völkern sich nur in verschwindendem Masse zeigende oder gänzlich fehlende (*sic!*) Erscheinung des Selbstmordes.«⁵⁾ Zu den letzteren zählt er: Protestantismus, Entwicklungsglaube und *Uebergerechtigkeitsempfinden*.⁶⁾

Weniger gut kommen die Kelten weg. Sie sind lyrisch und musikalisch hoch begabt, haben die schönsten Weiber, sind revolutionär von Natur aus. Den Germanen, die ihre Herren wurden, haben sie die *moderne Bildung, den Schlijf* beigebracht, ebenso die Galanterie und den Minnedienst. Sie sind die *arischen Juden*⁷⁾. »Das bewegliche *fahrende Volk*, welches ohne feste, gediegene, ehrbare bürgerliche Position sein Brot bei den herrschenden Classen, welche die Staatsbeamten- und Grundherrenstellen einnehmen, erspaht und erspeculiert, indem es diesen etwas Künstliches *vormacht*, nämlich sie amüsiert und ihnen nach dem Mund redet etc.« — so werden sie charakterisiert. Aber noch unter den keltischen Schichten liegen breite vorarische, mongolische und iberische Elemente, die unter anderem die Hauptmasse der Socialdemokratie ausmachen. Es ist jedoch bemerkenswert, dass Driesmans von Rassenreinheit nicht viel hält. Er betont in nachdrücklichster Weise und oftmaligen Wiederholungen, dass noch nie eine unvermischte Rasse — die heute überhaupt nicht mehr existiere — aus sich selbst heraus eine Cultur hervorgebracht habe, allemal habe wiederholte Kreuzung den Anstoss zur Entwicklung geben müssen; und vor allen in grossen Mannern lasse sich deutlich das Vorhandensein verschiedenen Rassenblutes nachweisen.⁸⁾ Insbesondere die Künstler seien *Rassenbastarde*, was sich schon daran zeige, dass sie weniger fruchtbar seien und ihre Nachkommen in die Art der Voreltern zurückschlagen.

Die einzelnen Mischungen wertet der Autor verschieden, am höchsten stellt er die slavosaxonische, deren Ergebnis die Preussen sind.

Wie entstehen nun eigentlich Rassen? In welcher Beziehung steht dieser Vorgang zum Milieu? Diese Fragen sucht der Verfasser hauptsächlich in seinem letzten Buch *Rasse und Milieu* zu beantworten, das langweiliger, aber keineswegs wissenschaftlicher ist, als seine früheren Werke. Wir können das Ergebnis dahin zu-

³⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 35.

⁴⁾ Vergl. *Wahlverwandschaften*, pag. XII.

⁵⁾ Vergl. a. a. O., pag. 75.

⁶⁾ Vergl. a. a. O., pag. 78.

⁷⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 84.

⁸⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 51, 232, 237; *Wahlverwandschaften*, pag. VII; *Rasse und Milieu*, pag. 5, 93, 95, 96, 104 u. s. w.

sammenfassen, dass weniger die directe Einwirkung, als die auslesende, die Schwächlinge vertilgende Wirkung des Milieus in Betracht kommt, ferner die künstliche Auslese durch Castenbildung zur intensiven Rassenzucht, schliesslich aber Blutmischung. Wie viele vor ihm, schreibt auch Driesmans den verschiedenen Eiszeitperioden grosse rassebildende Kraft zu; je länger und öfter eine Rasse den Wirkungen der Vergletscherung ausgesetzt war, eine desto vorzüglichere Auslese stellt sie dar. Was Kälte und Gebirge im Norden sind, ist die Wüste im Süden, die Germanen wie die Araber bezeugen den Vorzug des ungünstigen, das heisst härteren Milieus. Aber auch die künstliche Rassenzucht kommt in Betracht. Merkwürdigerweise rechnet Driesmans auch die Menschenopfer⁹⁾ zu den im Interesse der Rasse gelegenen *Auslesemassregeln*. Wir glauben, dass der Wohlgeschmack des Feindes ein viel wirksameres Lockmittel für Wilde ist, als eine Höherzüchtung ihrer Rasse. Eine Entdeckung von grösster Tragweite ist aber folgende: Driesmans scheidet die Menschen in *Bauchmenschen* und *Lungenmenschen*, je nachdem die Atmung vorwiegend durch die Tätigkeit des Zwerchfelles oder die der Brustrippen vermittelt wird. Bekanntlich ist der Vorgang bei den verschiedenen Geschlechtern und Lebensaltern nicht ganz derselbe. Driesmans behauptet nun, die Brustatmung lasse das Blut besser oxydieren und bewirke daher eine bessere Ernährung des Gehirns, eine grössere geistige Tüchtigkeit. Die Preussen — Driesmans' Idealmenschen¹⁰⁾ — verdanken ihre Ueberlegenheit ihrer guten Körperhaltung, die ihnen Friedrich Wilhelm I. durch die rassenhygienische Parole *Brust heraus — Bauch hinein!* beigebracht hat. Bis zu diesem König waren sie kein so ausgezeichnetes Volk. »Sie sind durch die Zucht, in welche ihre Könige sie nahmen, zu besseren Lungenmenschen geworden, sie haben sich — wenigstens in Hinblick auf den Körper — um einen Grad höher aus der tierheitlich-lässigen Haltung emporgereckt... Wir durften nicht fehlgehen, wenn wir die überlegene körperliche Tüchtigkeit und das rüstige Wesen der Preussen gegenüber den anderen Deutschen im besonderen, und den Europäern überhaupt auf ihre bessere Körperhaltung zurückführen, welche ihr Blut zu schnellerer, gründlicherer Oxydation in den Lungen bringt und ihnen infolgedessen gesteigerte Energie und Tatkraft verleiht. Die grossen Errungenschaften, welche dieser Menschenschlag in den beiden letzten Jahrhunderten gemacht, sind mit Sicherheit als begründet durch das so unbedeutend erscheinende physiologische Moment einer veränderten — gestrafften — Körperhaltung zu erkennen. Wir armen *tierheitlich-lässigen* Süddeutschen!

Was tun nun die Rassen in der Geschichte? Erstens können sie sich nicht austehen wegen ihrer verschiedenen *Weltanschauung*, zweitens vermischen sie sich zu immer neuen Melangen. Das ist riesig bequem für die Historiker. Es gibt kein Ereignis, das sich mit diesen zwei Formeln nicht *erklären* liesse. Die französische Revolution war eine Keltenrevolution gegen die herrschenden Germanen. Man erkennt dies schon daraus, dass sie von »Advocaten und Journalisten gemacht« wurde, und diese Berufe — »das bewegliche fahrende Volk im modernen öffentlichen Leben« — sind »zweifelloos keltischen Geblütes.«¹¹⁾ Aber auch die Unfähigkeit der Revolutionäre zu dauernder Behauptung ist ein Beweis, denn die Kelten haben keine staatserschaltenden Fähigkeiten. Umgekehrt war die englische Revolution eine Erhebung der Germanen gegen die Kelten, weshalb sie auch

⁹⁾ Nebenbei bemerkt, ist die Behauptung Driesmans, nirgends fänden sich bei den Ariern Menschenopfer, gänzlich falsch; sie sind bei allen arischen Rassen in verschiedenem Masse vorgekommen, besonders auch bei den Germanen.

¹⁰⁾ »Es dürfte nicht übertrieben und geschmeichelt sein, den brandenburgisch-preussischen Menschenschlag als *lachende Löwen* zu bezeichnen.« (*Kellentum*, pag. 147.) In »etwas veränderter Form könne dieser Typus die Grundlage für den von Friedrich Nietzsche aufgestellten *guten Europäer* abgeben.« (a. a. O., pag. 149.)

¹¹⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 29.

glickte. Die Tatsache einer keltischen Herrschaft in England liegt etwas verborgen. Der geköpfte Karl I. war nämlich väterlicherseits der Enkel Maria Stuarts, diese hatte zur Grossmutter väterlicherseits Margarethe, die Tochter Heinrichs VII., dessen Grossvater wiederum der Kelte Owen Tudor war. Vielleicht liesse sich der kleine Conflict zwischen den Grosscousinen Elisabeth und Maria Stuart auch als Rassenkampf erklären? Auch die offenkundige Parteinahme Schillers für die Schottenkönigin könnte man wohl zur Aufhellung einer Abstammung verwenden.

Eine Keltenrevolution war ferner der deutsche Bauernkrieg, was sich aus der *Frechheit, Frivolität* und dem *Blutdurst* der Bauern ergibt. »Die altgermanische Gefolgschaftstreue sitzt auch dem deutschen Bauern zu tief im Blut, als dass er jemals zum Revolutionär werden könnte.«¹²⁾ Auch die *Maffia* und *Camorra*, der »italienische Meuchelmord in allen seinen Spielarten« ist die »Ausgeburt des geknechteten, hassgeschwollenen, unausgesetzt auf der Lauer liegenden keltoromanischen Geistes« — gegen die germanischen Herren. Nicht einmal die Wissenschaft lässt dieses Keltengesindel in Ruhe. So ist Goethes Farbenlehre ein *Stück germanischer Weltanschauung*, mit dem die ganze Goethesche Weltauffassung steht und fällt.¹³⁾ Der Begründer der entgegengesetzten Meinung, Isaac Newton, war natürlich ein Kelte.¹⁴⁾ »Wir glauben die Verständnislosigkeit der deutschen Gelehrten gegenüber Goethes Farbenlehre der fortschreitenden *Rekeltisierung* Deutschlands zuschreiben zu sollen, die durch die erste französische Revolution in Scene gesetzt wurde.«¹⁵⁾ Ein moderner Rassenkampf war der Streit um die *lex Heinze*.¹⁶⁾ Der Germane ist nämlich ein Freund der Nacktheit, wie alle Arier. »Das Kleid ist eine keltoromanische Erfindung, das transalpinische Gallien wurde von den Römern *Gallia braccata* genannt, das *Land der Hosen-gallier*.« Die schrecklichen Consequenzen dieser keltischen Erfindung der Hose und des Kleides sind die moderne Prüderie, die Verlogenheit, Lüsternheit u. s. w. kurz der geistige Jesuitismus.¹⁷⁾ Unaufgeklärt bleibt nur, weshalb im Kampfe um die *lex Heinze* gerade die Socialdemokratie, dieser *keltomongolische Bodensatz* sich so energisch auf die germanische Seite gestellt hat. Die Abschaffung der Hose bildet freilich noch immer keinen Bestandteil ihres Programms.

Wie wir bereits bemerkten, legt Driesmans auf die *Blutmischung* besonderes Gewicht. Der dreissigjährige Krieg hat Deutschland keltisiert, woraus sich die *weibersüchtige Sentimentalität* der Deutschen im XVIII. Jahrhundert erklärt.¹⁸⁾ Einige Seiten später entdeckt unser Verfasser übrigens, dass im dreissigjährigen Krieg ein starker Zufluss von scandinavischem Blut — Gustav Adolf! — stattfand. »Es liegt daher nahe, zu fragen, ob die geistige Gärung, ob der mächtige, anscheinend ganz unmotivirte und unvermittelte grossartige Aufschwung der geistigen Kräfte in dem Deutschland des XVIII. Jahrhunderts etc. nicht etwa auf den scandinavischen Blutzusatz zurückzuführen ist.«

In den *Wahlverwandtschaften* wird auf Seite 52 bis 54 der dreissigjährige Krieg geradezu als die ethnologische Eiszeit der Deutschen bezeichnet, die scharfe Auslese der Tüchtigsten und der keltoromanisch-slavische Blutzufluss hätten den Charakter des deutschen Volkes verändert, der vom XVIII. Jahrhundert an sich durch besonderen Idealismus auszeichnet.

Wir wollen darauf verzichten, allzuviel von den unschätzbaren Entdeckungen

¹²⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 157.

¹³⁾ Vergl. *Wahlverwandtschaften*, pag. 67 ff.

¹⁴⁾ Vergl. a. a. O., pag. 68.

¹⁵⁾ Vergl. a. a. O., pag. 67.

¹⁶⁾ Vergl. a. a. O., pag. 155.

¹⁷⁾ Vergl. a. a. O., pag. 153.

¹⁸⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 189.

Driesmans auf dem Rassengebiet in die grössere Oeffentlichkeit zu tragen. Das Gesagte diene zur Charakterisierung alles übrigen. Doch seien noch einige historische Kleinigkeiten vermerkt. Der letzte *Mongolensturm* auf Wien — wie Driesmans die *Türkenbelagerung* nennt — fand nicht 1529, sondern 1683 statt. Was das »schlichte, keusche, durch geistige Genüsse veredelte Leben« Friedrichs des Grossen anlangt¹⁹⁾, so möge sich Driesmans von einem Kenner der Epoche den Ausdruck *Potsdamistes* erklären lassen. Völlig neue Dinge erfahren wir auf dem Gebiete der Familienentwicklung. Caesar erzähle von den alten Galliern, es sei bei ihnen Sitte, dass ein Weib mit mehreren Männern verkehre. »Es wird wohl *kein Volk auf Erden* zu finden sein, bei dem sich ein ähnlicher Brauch nachweisen liesse. Alle anderen Völker halten dafür, dass das Weib — wenn nicht mehrere Weiber — dem Manne angehöre.«²⁰⁾ »Die Unterrockspolitik hat sich in Frankreich bis auf den heutigen Tag erhalten, so wie auch die altgallische, einzigartige Sitte, dass eine selbst *anständige* Frau des Zuspruchs von mehreren Männern bedarf.«²¹⁾ Nun erzählt zwar Caesar in seinem *Bellum Gallicum* dies nicht von den Galliern, sondern von den Britannen, und es müsste daher der Ehebruch eigentlich in England, Irland, Wales einheimisch sein, nicht in Frankreich. Dieses nebenbei. Viel wichtiger ist uns die Erkenntnis, dass die Polyandrie, die man bisher für eine weitverbreitete Eheform hielt,²²⁾ bei *keinem Volk auf Erden* vorkommt. Caesar schildert den Vorgang nämlich ausdrücklich und ohne jeden Zweifel als ehelichen Verkehr: »*Uxores habent inter se communes etc.*« Das Mutterrecht schildert Driesmans als eine Sitte, die sich noch bei manchen asiatischen Völkern findet, nach welchem der Mann bloss als Mittel zur Fortpflanzung betrachtet wird und seinem Weibe, sowie seinen eigenen Kindern gegenüber völlig rechtlos ist.²³⁾

Es fehlt uns leider an Raum, um die höchst eigenartigen künstlerischen und politischen Anschauungen Driesmans eingehender zu behandeln. Es genüge der Hinweis, dass für Driesmans die ganze Politik Deutschlands in dem Widerstreit der *Lebensordnung der Slavosaxonen*, das heisst dem *preussischen Staatsgedanken* und der *radicalen Gesellschaftsdoctrin der keltogermanischen* [an anderer Stelle *keltomongolischen*] *Socialisten* besteht²⁴⁾, wobei der Verfasser mehr auf die preussische Seite hinneigt. Auch in Bezug auf die Kunst hofft Driesmans, von Preussen den »Schutz des kunstgeistigen Strebens des deutschen Wesens gegen die französische Geschmacklosigkeit.«²⁵⁾ »Von dem Augenblick an, da Preussen diese seine Aufgabe begriffen, wird eine neue geistige Epoche der Weltgeschichte ausgehen.«

Die Krönung des Werkes aber ist der kühne rassenpolitische Gedanke, den Driesmans in seinen *Wahlverwandtschaften* auf den Seiten 162 bis 170 zum besten gibt: Künstler und Künstlerinnen sollen nur unter einander heiraten dürfen, es werden *künstlerische Zuchtgenossenschaften* gefordert, in denen *kunstgeistiges Vollblut* herangezüchtet werden soll. Auch die übrigen Menschen werden in *berufsmässige Zuchtgenossenschaften* eingliedert, innerhalb deren Zuchtwahl getrieben wird: Genossenschaften der Techniker, Mathematiker, Naturforscher, Philosophen u. s. w. Durch das »Milieu der *Wahrhaftigkeit*, der höchsten intellectuellen Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit« will Driesmans aus dem »modernen

¹⁹⁾ Vergl. *Wahlverwandtschaften*, pag. 98.

²⁰⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 105.

²¹⁾ Vergl. a. a. O., pag. 106.

²²⁾ Vergl. Herbert Spencer: *Principien der Sociologie*. Uebersetzt von Vetter. Stuttgart, 1887; II. Bd., pag. 242—254.

²³⁾ Vergl. *Wahlverwandtschaften*, pag. 23.

²⁴⁾ Vergl. *Kellentum*, pag. 162.

²⁵⁾ Vergl. *Wahlverwandtschaften*, pag. 119.

Culturmenschen die arische und germanische Rasse der Zukunft herauszüchten.²⁶⁾ Bei Driesmans wollen wir gerne das Streben für die Tat nehmen, aber die anderen Rassentheoretiker — insbesondere Chamberlain und Ammon — müssten nach dieser Maxime unbarmherzig aus jeder *Zuchtgenossenschaft* ausgeschlossen werden.

Alles in allem: Driesman ist ein guter Kerl, sogar ein geistreicher Mensch, dem aber zur Wissenschaft die kritische Vernunft fehlt und der zum Dichter verloren ist — weil er im Grunde ein Philister ist. Sein Hang zum Mystischen, der sich in den wunderlichsten Speculationen ausdrückt, zieht ihn überallhin, wo das Dunkel den Blick hemmt. Daher seine Neigung für sexuelle Betrachtungen, für eine neue Religion, für — die Rassenkräfte, die eben so ganz im Dunkeln liegen, dass man überhaupt noch nicht sagen kann, ob sie überhaupt existieren. Diese Richtung des Geistes aber nennt man auf gut Deutsch *Träumen*, und ich hatte daher wohl nicht ganz unrecht, als ich den von Driesmans so beanstandeten Ausdruck *Traumbuch*²⁷⁾ auf seine Werke anwandte.

Ein Dichter des jüdischen Proletariats.

Von

Adele Schreiber.

(Berlin.)

Das Beste, was bisher an Proletarierdichtungen geschaffen wurde, ist nicht vom Proletariat selbst geschrieben. Seit der Entwicklung einer socialen Dichtung waren es vorwiegend Dichter, die aus bürgerlichen Kreisen hervorgegangen, die das Leiden der Enterbten in ihrer Seele veredelten, den Stummen ihre Zungen liehen. Elizabeth Barrett-Browning sang der Kinder Klage, Thomas Hood das unsterbliche Lied vom Hemde, Heine das Weberlied — die mächtigsten revolutionären Klänge sandten ein Herwegh, ein Freiligrath, ein Mackay und andere in die Welt. Zwei neuere sociale Dichterinnen haben wohl selbst bittere Not, das Ringen um das karge Brot miterlebt — aber Clara Müller und Ada Negri gehörten ihrer Beschäftigung nach, die eine als Buchhalterin und Secretairin, die andere als Volksschullehrerin, jenen Schichten an, die *mit dem Hirne hungernd pflügen*. Im Gegensatz hierzu bewegen sich die meisten *Naturdichter* und *Naturdichterinnen*, die mit allerdürftigster Vorbildung unbewusst einem dichterischen Drange folgten, nicht in den Bahnen der proletarischen Freiheitsdichtung; dies trifft sowohl zu auf Katarina Koch, als auf Johanna Ambrosius, Ludwig Palm, Stine Andresen und wie sie alle sonst heissen mögen. Eins ist bezeichnend für das stark Anempfundene bei dieser Art von Talenten: sie haben samt und sonders ihre hauptsächlich geistige Nahrung aus der *Gartenlaube* bezogen und stehen unverkennbar unter dem Einfluss dieser Lectüre. Arbeiterlieder, die den eigensten Geist des Proletariats verkörpern, die hervorbrechen als ersticke Sehnsüchte, ungeweihte Tränen, Klagen um ungenossene Freuden, als Sturmflut unterdrückten Hasses, als Totengesänge hoffnungslosen Dahinsiehens oder als wilder, flammender Glaube an Zeiten der Vergeltung und Gerechtigkeit — solche Lieder, Schmerzensschreie gequälter Seelen, die in dunklen Nächten Gestalt gewinnen, wenn das Sausen und Klappern der Maschinen schweigt: das sind die wahren *menschlichen Documente*. Und wenn sie über-

²⁶⁾ Vergl. *Rasse und Milieu*, pag. 234.

²⁷⁾ Vergl. meinen Artikel *Moderne Rassentheorien*. *Socialistische Monatshefte*, 1902, II. Bd., pag. 879; sowie die Entgegnung Driesmans'. *Socialistische Monatshefte*, 1903, I. Bd., pag. 394—395.

dies durch Form und Sprache vollen Kunstwert besitzen, sind sie, in ihrer absoluten Harmonie von Dichter und Dichtung, künstlerische Offenbarungen.

Solche Documente sind die *Lieder des Ghetto* von Morris Rosenfeld. Sie sind in dreifacher Richtung bemerkenswert: als Aeusserungen eines *Naturdichters* von bisher vielleicht unerreichter Höhe, als unverfälschte Notschreie des Proletariats durch den Mund eines Mannes, der selbst das Dasein des ausgesaugten Werkstättenarbeiters geführt hat, und sie sind überdies durchzittert von den Leiden und dem Glauben einer gequälten, verfolgten Rasse. Jüdische Proeltarier, Aermste der Armen, Knechte der Knechte, gehetzt von Land zu Land, beladen mit dem doppelten Fluch der gedrückten Caste, der gedrückten Rasse! Die Lieder sind Stimmen aus jenem Ghetto, das zwar dem Gesetze nach zerbrochen, in Wahrheit aber immer wieder aufgerichtet wird durch die Sklaverei der Not, durch den Geist der Unduldsamkeit, durch Verrohung, Unwissenheit und Habgier. In London, in New York, teilweise auch in Paris hat hauptsächlich die rumänische und russische Judenverfolgung, gemeinsam mit der modernen Grossindustrie, solche Ghetti errichtet. Vertrieben von der Scholle fanden Tausende und Tausende dort eine Zuflucht, aber eine Zuflucht jammervoller Art. In den schlechtesten Strassen der traurigen Viertel der Armut, in den elendsten der elenden Häuser sind die Unglücklichen zusammengepfercht, der Wohnungswucher findet in ihnen ein willkommenes Ausbeutungsobject, sie zahlen noch mehr und drängen sich noch enger zusammen, als die heimischen Arbeiter. Mit gierigen Händen greifen die industriellen Werkstätten nach ihnen, die Schwitzwerkstätten, in denen der Zwischenmeister als moderner Slavenaufseher von früh bis spät antreibt, die letzte Kraft aus dem siechen Körper, das letzte Mark aus den Knochen saugend. Da darben sie und welken dahin, da schaffen sie vom Morgengrauen bis in die späte, späte Nacht, und daheim wächst ihnen, notdürftig ernährt, blass und schwächlich die Kinderschar auf, an der sich zu freuen die bittere Not ihnen keine Zeit gönnt. So spielt sich das Dasein ab, bis sie endlich im Joch umfallen, erschreckend früh verbraucht und müde, alt vor der Zeit, lebendiges Futter für die Maschine. Aus Wohnungen, die kaum ein anderer nimmt, fügen sie, Haus an Haus, Strasse an Strasse, ein neues Ghetto zusammen; vom Proletarier selbst mitleidig über die Achsel angesehen, fristen sie ihr Dasein weiter, Bettelarbeiter auf fremder Erde. Und dennoch haften ihnen Spuren alter, verfeinerter Cultur an — inmitten der Roheit, des Lasters und der Trunksucht, die ringsum das Ghetto einschliessen, weht durch seine Gassen ein Geist von Glaubensphilosophie, von übersinnlich schweremütiger Schönheit und religiösen Traditionen von schlichter, tiefer Melancholie, und es gibt da eine Festtagsweihe von abgeklärter, ergreifender Erhabenheit.

In diesem Milieu hat sich das Talent Morris Rosenfelds gebildet. Jahrelang hat Rosenfeld in den Schwitzwerkstätten von London und New York gefront; in müden Nächten aber entragen sich ihm die eigenen Seufzer und Tränen und die seiner Genossen — aus den grossen Schmerzen wurden Lieder. An Gesundheit zerrüttet, musste Rosenfeld die Arbeit an der Maschine aufgeben; er wandte sich der Journalistik zu — aber für ihn, der nur des jüdischen Jargons mächtig, bedeutete der Berufswechsel nur eine fortgesetzte Sklaverei am Schreibpult. Der jüdische Jargon — der nicht mit dem Hebräischen verwechselt werden darf — wird heute von 6 bis 7 Millionen Juden gesprochen, er ist ein Gemisch deutscher, hebräischer, russischer, polnischer, slavischer Elemente, er enthält Spuren fast aller Nationen, mit denen die Juden im Laufe der Jahrhunderte in Berührung kamen. Rosenfeld hat das spröde Sprachmaterial veredelt und ausgebaut; seine Dichtungen sind, nach der Aussage von Kennern, von unerreichter Klangschönheit und übertreffen

bei weitem die Diction der übrigen Jargonpoëten. Zum ersten Mal liegt das Werk in deutscher Uebersetzung vor; binnen kurzem wird es in mehrere europäische Sprachen übertragen sein, so ins Englische, ins Czechische — durch den Dichter Jaroslav Vrchlicky —, ins Russische — durch Maxim Gorkij — und ins Polnische. Der arme jüdische Proletarier ist auf dem Wege zum Welt-ruhm. Seine Lieder, in der deutschen Uebersetzung des feinsinnigen jungen Dichters Berthold Feiweil, der zu dem Buch eine ergreifende Vorrede geschrieben hat, lassen sich formell und inhaltlich dem Besten der Proletariet-dichtung an die Seite stellen. Von den drei Teilen, in die das Buch zerfällt, *Lieder der Arbeit*, *Lieder des Volkes* und *Lieder des Lebens*, verdienen hier namentlich die ersteren, als von allgemeinerem Interesse, besondere Berücksichtigung; sie spiegeln in der Qual des einzelnen die Qual aller.

Wie viele leiden, ohne den Ausdruck dafür zu finden, unter derselben furchtbaren Herrschaft der Maschine, die alle zu Knechten macht, wie viele stehen Tag für Tag am sausenden, brausenden Räderwerk, das sie treiben ohne Sinn, ohne Zweck, ohne zu wissen, zu denken, gehetzt und gepeitscht: *rascher, rascher!*, ohne Rast und Ruh. Aber dann in den kurzen Pausen erwacht der gewaltsam erstickte Geist zum Leben und fliegt auf ins Reich der Freiheit, rüttelt an seinen Fesseln, erschlägt seine Tyrannen...

»Der Mensch, der in mir geschlafen, erwacht jetzt,
Der Knecht, der in mir gewacht hat, schläft ein,
Jetzt ist die richtige Stunde gekommen,
Genug schon des Elends, ein Ende muss sein!...«

Traum einer Minute, ausgeträumt im Augenblick, wo das unerblütliche Getriebe wieder beginnt.

»...Da plötzlich — ein Pfiff — der Meister — ein Lärmen —
Die Schlacht hebt an — es wogt um mich her —
Der Taumel verschlingt mich — ich weiss nichts — mich schert nichts —
Ich bin nur Maschine — Maschine — nichts mehr...«

Man braucht nur die erste beste Statistik über die moderne Confections-industrie zur Hand zu nehmen, um die jammervolle Wahrheit des *Gesanges an der Nähmaschine* zu begreifen:

»Seht euch den blassen Gesellen an,
Verbraucht ist seine Kraft,
Doch Stund' um Stund' und Tag um Tag,
Er sitzt und näht und schafft.«

So näht er weiter, Monat um Monat, Jahr um Jahr, mit bleichen Wangen, es perlt der Schweiß von der Stirn, sich mit den heissen Tränen aus dem Auge mischend, und fällt auf die Kleider nieder, dieselben Kleider, die dann in den hell erleuchteten Schaufenstern die Menge anlocken.

»Wer kündet grause Zukunft mir,
Wie lange der bleiche Mann
Noch jagen mag das furchtbare Rad?
Wer weiss das Ende, sagt an?

Ich weiss es nicht, doch weiss ich wohl:
Wenn den — ob früh, ob spät —
Die Arbeit erschlägt — sitzt ein and'rer da
Und näht und näht und näht...«

Ist dies nicht nur allgemein menschliche Tragik? Weiss nicht jeder von uns, dass, wann immer er seinen Platz verlässt, die Nachdrängenden sofort die Lücke schliessen? Das Leben verweilt keinen Augenblick bei den Gewesenen,

hinter dem Toten ersteht der Seiende, hinter dem Seienden harret der Kommende, und hinter diesem wächst und regt sich schon der neue Keim. Und dennoch vermögen wir inmitten dieser Gewissheit zu leben, zu arbeiten — was uns das Dasein wert macht, ertragen zu werden, das drängt sich zusammen in die Momente des Erfolges, die kurzen Ekstasen des Glückes, die Augenblicke, in denen wir Schönheit empfinden dürfen, die Hoffnung, dass es uns gegönnt ist, doch ein Staubkörnchen Bleibendes, in unseren Werken, zu hinterlassen und ein Glücklicheres, Besseres, als wir — in unseren Kindern.... All dies ist dem Sklaven der Maschine versagt. Trostlos treibt er das Räderwerk und dieselbe Arbeit, der er sich ohne Aufatmen ergeben, um nicht zu verhungern, zehrt ihn auf, gleich einem gefräßigen Dämon — ihn und seine Nachfolger, Generation um Generation aus der unversiegbaren Reservearmee.

Ueberraschend sind oft die impressionistischen 'Bilder Rosenfelds. In einer Vision auf dem Totengarten lässt er das Gerippe des Arbeiters aufstehen, um vom Grabe des Reichen die Blumen zu reissen, gedüngt mit Blut und Tränen, — die *Armengass* malt er, mit ihrer dumpfen Luft, in der die süß wehmütigen Klänge jüdischer Kinderlieder tönen, zu denen schon der Tod die Fiedel spielt, — das Auswandererschiff zieht an uns vorüber, auf dem vertriebene Juden stumpfsinnig in Sturmeswüten und Todesgefahr blicken, fast hoffend, der Meeresgrund werde ihnen die bleibende Heimat schenken, die ihnen diesselts und jenseits des Oceans verweigert worden.

Das Liebesglück des Proletariats ist in karge Stunden zusammengedrängt. Alles ist verkauft, Hand und Aug', Zeit und Kraft. Den gröberen Naturen bleibt in dieser Hast fast nur die stumpfe Triebäusserung, den feineren ein leidvolles, tränenheisses Geniessen, wie es der Dichter in seinen Worten *An die Geliebte* schildert:

»Und meine Küsse hast du dann
Und meiner Tränen heisse Flut,
All mein Vermögen schenk' ich dir,
Mein edelstes, mein grösstes Gut:

Mein schönstes Lied tritt vor dich hin
Und grüsst dich traut, mit holdem Blick,
Und jedes Wort, das du mir gibst,
Wird mir zum Klang und zur Musik.

Doch jetzt, Geliebte, musst du geh'n,
Hier hat die Liebe keine Macht,
Sich', unser Leben hebt erst an,
Wenn längst begonnen hat die Nacht.«

Bitter schluchzt das Weh des arbeitenden Vaters, dem es versagt ist, sein Fleisch und Blut heranwachsen zu sehen, aus dem Gedichte *Mein Kind*:

»Die Arbeit treibt mich früh vom Haus
Und bringt mich spät zurück —
O, fremd ist mir mein eigen Blut,
Fremd meines Kindes Blick.«

Und kehrt er todesmatt zur Nachtzeit heim, hört er vom blassen Weibe, wie süß, wie lieb der Knabe war. wie klug er nach dem guten, guten Pa fragt, der ihm einen Penny versprochen hat, so drängt das übervolle Vaterherz zum Bettchen, den kleinen Schläfer wachzuküssen. Schlaftrunken und fremd irren die Aeuglein umher und fallen wieder zu.

»Da steht dein Pa, mein süßes Kind,
 Da, nimm den Penny, da . . .
 Im Traum bewegt's die Lippen leis:
 O, wo is, wo is Pa?

Mir ist so bitterweh zu Mut,
 So weh — mein Herz wird schwer:
 Mein Kind, mein Kind, einst wachst du auf
 Und findest Pa nicht mehr.«

Religiöse und nationale Gefühle verschlingen sich in den *Liedern des Volkes* zur gläubigen Verkündigung des Zionismus, jener Bewegung, die den Vertriebenen und Geächteten ein eigen Land, ein eigen Reich aufrichten will, die davon träumt, Juda zu altem Glanz, zu alter Macht erstehen zu lassen. In diesen Liedern bricht auch ein heroischer Zug durch, ein stolzer Trotz mahnt die armen, zu Maschinen verkümmerten, degradierten Arbeitstiere, sich wieder aufzurichten, in der Erinnerung, dass sie die Nachkommen von Helden sind, dass ihre Traditionen nicht immer von Unterwerfung und Duldung, von Weinen und Klagen, sondern auch von Hassern und siegreich schlagenden Kriegern zu berichten weiss.

»Geschlechter schwanden im Zeitengewühl,
 Geschlechter wurden neu geboren,
 Wir aber haben das Heldengefühl
 Im Drang der Golusnot verloren.

Verloren den alten Riesenmut,
 Wir wurden zager, stiller, scheuer,
 Und doch — noch brennt in unserm Blut
 Das alte Hasmonäerfeuer.

Man hat uns gehetzt in Not und Tod,
 Mit schweren Flegeln den Leib uns zerdroschen,
 Und doch — das alte Feuer loht
 Und ist im Blutmeer nicht erloschen.

Wir duldeten Martern wohl sonder Zahl,
 Die schwachen Körper mussten erliegen,
 Doch lebt in uns ein Ideal,
 Das, Völker, könnt ihr nie besiegen.«

Der unbesiegte, unsterbliche Geist, nach Hunderten, nach Tausenden von Jahren loht er wieder auf — hört man da nicht Ludwig Pfau's *unbesiegte Streiter* einherstürmen?

» . . . Die aufersteh'n, so viel auch ihrer sanken,
 Weil sie vom Born des ew'gen Lebens tranken —
 Kennt ihr die Streiter? Das sind die Gedanken.«

Zionismus und Arbeiterbewegung, so verschieden in ihren Tendenzen, begegnen sich darin, dass sie beide Freiheitsbewegungen sind, deren Kraft im Aufbäumen gegen ungerechten Druck wurzelt. Sie sind auch beide der Ausfluss einer Sehnsucht, ein Trauern über das Heute und ein fast visionäres Hoffen auf das Morgen. Ihr Anfang ist, wie der jedes Culturfortschrittes, das Aufrütteln der Massen aus dumpfer Zufriedenheit oder stumpfem Dulden. In diesem Sinne kann man die Worte des jungjüdischen Dichters Feiwel, eben

desjenigen, der Morris Rosenfeld bei uns eingeführt hat, unterschiedslos allen zurufen, die für das Proletariat kämpfen:

»Ein Schnen, das hinauffliegt zu den Sternen,
Muss euer Volk, das sehnsuchtmüde, lernen —

Ihr müsst ihm Sehnsucht geben — grenzenlos!«

Mögen die einen das neue Königreich für ihre versprengten Glaubensgenossen suchen, die anderen, weit über solche Grenzen hinausblickend, Menschheitsfragen, nicht Einzelfragen erfassen, überzeugt, dass die Beseitigung von Classenvorurteil und Classenherrschaft auch die Rassenunterdrückung aufheben wird — alle Culturarbeit trifft sich auf einem gemeinsamen Boden, sie ist verbündet durch die wahre Sehnsucht, die tief innerliche, nach Schönheit, nach dem Fortschritt, der im Grunde doch nur einer sein kann.

Eine starke Künstlersehne, die sich aus beiden Bewegungen inspiriert hat, gehört Morris Rosenfeld ihnen auch beiden an.

Seine Muse war der Schmerz, seine Genossin die Not, sein Ansporn die Unterdrückung, seine Hoffnung ist, die gefesselte Freiheit zu befreien. Sociale Momente wurden bestimmend für Inhalt und Richtung seiner Lieder; wer aber von der rein ästhetischen Seite die Dichtungen betrachtet, sieht, dass sie alle gefunden, nicht gemacht, empfunden, nicht nachempfunden sind, dass hier ein Dichter sprach, weil er sprechen musste. Auf der Lichtseite stehend, hätte er vielleicht auch die Melodien der Freude gefunden — eine sonnenarme Ghettopflanze, wurde er ein Sänger der Wehmut, ein *Tränenmillionär*, dessen Lohn es ist, dass seine Leser »für Tränen — Tränen geben«.

Rundschau.

Oeffentliches Leben

Politik

Der Wahlaufuf der socialdemokratischen Fraction hat wegen der Präcisierung der Stellungnahme der Socialdemokratie zu den schwebenden Fragen der Handelspolitik das lebhafteste Interesse der bürgerlichen Parteien erweckt. Wenn ein Organ des Centrums in dem fraglichen Passus nichts weiter erblickt, als die pure Negation, so ist diese Auffassung vom handelspolitischen Standpuncte dieser Partei aus sehr erklärlich. Wenn aber das Organ der freisinnigen Volkspartei in die nämliche Kerbe schlägt und geflissentlich die falsche Behauptung verbreitet, dass die Socialdemokratie in dem Wahlaufuf ihrer Fraction sich gegen die Fortführung der Handelsvertragspolitik erklärt habe, so überwiegt hier einmal wieder der blinde Hass gegen die Socialdemokratie jede sachliche Erwägung, die auch der freisinnigen Volkspartei jetzt nicht schaden könnte. Die *Freisinnige Zeitung* plaidiert angesichts der Wahlen schon äusserst durchsichtig für Handelsverträge auf Grundlage der hohen Zollsätze des neuen Zolltarifs. Dass solche Verträge

aber eine bedeutende Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten, muss auch den Führern der freisinnigen Volkspartei klar sein. Wenn ihre Presse daher durchleuchten lässt, dass sie auch für Handelsverträge in schlechterer Gestalt, als die gegenwärtigen, zu haben ist, so handelt sie damit gegen die Interessen von Handel und Industrie. Die Erklärung im socialdemokratischen Wahlaufuf lautet auch ganz anders, als die *Freisinnige Zeitung* behauptet. Nicht jeder Handelsvertrag auf Grund des neuen Zolltarifs soll abgelehnt werden, sondern nur jeder, der gleichzeitig den Handel mit dem Auslande erschwert und die Lebensmittel verteuert. Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, dass auf Grund des neuen Tarifs Handelsverträge abgeschlossen werden können, die den jetzt bestehenden gegenüber vorzuziehen sind. Es ist unwahrscheinlich, aber es ist keineswegs unter allen Umständen ausgeschlossen. Je nach der Zusammensetzung des Reichstags liesse sich wohl eine Mehrheit denken, die Handelsverträge annehmen würde, bei denen die Sätze des neuen Tarifs, selbst die Minimalzölle herabgesetzt sind. Indes, auch für den Fall, dass man diese Möglichkeit für

völlig ausgeschlossen hält, ist die Stellung der Socialdemokratie viel handelsvertragsfreundlicher, als die der freisinnigen Volkspartei. Dadurch, dass die Socialdemokratie erklärt, sie stimme ungünstigeren Handelsverträgen, als den gegenwärtigen, unter keinen Umständen zu, gibt sie der Regierung einen Wink für ihre künftige Politik. Die Regierung wird für den Fall, dass die Stimmen der Socialdemokratie ausschlaggebend sein sollten, von einer Verschlechterung der Handelsverträge absehen und dafür die jetzigen Verträge weiter bestehen lassen müssen. Mit dieser klaren Stellungnahme der Socialdemokratie ist der Fortführung einer wirklichen Handelsvertragspolitik doch in der Tat mehr gedient, als mit den Andeutungen freisinniger Organe, dass man Handelsverträgen, ganz ohne Rücksicht auf ihre Qualität gegenüber den bisherigen, zustimmen wolle. Was haben die mitteleuropäischen Handelsverträge überhaupt noch für einen Sinn, wenn die Anfang der neunziger Jahre erreichten Erleichterungen des gegenseitigen Verkehrs zum Teil oder ganz wieder wegfallen? Dann bleibt nur noch eine blosse Form, ein leerer Namen, aber der Inhalt der mitteleuropäischen Handelsvertragspolitik ist dahin.

Noch immer fehlt für die bürgerlichen Parteien die zugkräftige **Wahlparole**. Selbst der Kampf gegen die Socialdemokratie will nicht verfangen. Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* beklagt die Zerspaltung der bürgerlichen Parteien, die nicht die Kraft fänden, den gemeinsamen Kampf gegen die Socialdemokratie aufzunehmen. Den Führern verschiedener Parteien tut die *Norddeutsche* mit ihren Vorwürfen bitter unrecht. Der gute Wille bei den Führern wäre wohl vorhanden, aber die Wähler lassen sich nicht mehr zur Hetze auf die Socialdemokratie zusammenpeitschen. Die Officiere würden am liebsten gegen den gemeinsamen Feind marschieren, aber die Soldaten gehorchen nicht mehr. Das *rote Gespenst* hat eben seine Schrecken verloren, darüber sind sich die Officiere in sehr vielen Wahlkreisen auch klar geworden. Die Angriffe gegen die Socialdemokratie bei den letzten und vorletzten Wahlen waren so übertrieben und ungeheuerlich, dass man sie jetzt nicht mehr überbieten kann; in ihrer bisherigen Form werden sie aber auch nicht mehr für ernst genommen. Denn die Tätigkeit der Socialdemokratie während der letzten zehn Jahre war der beste Beweis für die Haltlosigkeit der meist höchst abernen und auf ein niedriges Mass von politischer Bil-

dung berechneten Angriffe. Eine andere Parole, als gegen die Socialdemokratie, finden aber die bürgerlichen Parteien ausser den Bündlern nicht, weil sie bezüglich der Handelsvertragspolitik den Kopf in den Sand stecken und nicht im mindesten Farbe bekennen wollen. Dieses Versteckspielen der Parteien mit den Wählern gerade in der für Deutschlands handelspolitische Zukunft wichtigsten Frage kann den Parteien, die das Spiel jetzt betreiben, bei der Entscheidung recht schlecht zu stehen kommen.

Recht unliebsam wurden zwei Vorgänge vermerkt, die sich auf dem Gebiete des Militärwesens abgespielt haben. Der commandierende General in Breslau, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, hat vor kurzem einen **Erllass gegen die Soldatenmisshandlungen** gerichtet, nach dem die Soldaten direct aufgefordert werden sollten, sich durch Beschwerde gegen jede Verletzung ihrer Ehre, die eine Misshandlung darstelle, zu wehren. Dieser Erllass muss in massgebenden Kreisen wenig gefallen haben. Der Erbprinz soll nämlich ein kaiserliches Handschreiben erhalten haben, worin er aufgefordert wurde, den Erllass zurückzunehmen. Da der Erbprinz von Sachsen-Meiningen diesem Verlangen aber nicht nachgeben wollte, zog er es vor, sein Abschiedsgesuch einzureichen, das ihm auch alsbald bewilligt wurde. Die Oeffentlichkeit entnimmt diesem Vorgang die Lehre, dass der Kampf gegen Soldatenmisshandlungen nicht nur nicht ernst genug geführt wird, sondern dass auch eine rücksichtslose Bekämpfung der Soldatenmisshandlungen von den obersten Stellen des Heeres aus innerhalb des Militärs selbst noch auf sehr starken Widerstand stösst. Dieser Vorgang wird keineswegs das Volk für die angekündigten 30000 neuen Soldaten günstiger stimmen. Die neue Militärvorlage hat überhaupt schon ein böses Vorspiel gehabt. Allen Ernstes wird nämlich die Verabschiedung des bisherigen Kriegsministers von Gossler mit ihr in Zusammenhang getracht. Herr von Gossler soll die Forderung durchaus nicht für notwendig, namentlich aber für parlamentarisch undurchführbar gehalten haben. Gegen seinen Willen habe das Militärcabinet die Neuforderung dem Kriegsministerium sozusagen aufzwingen wollen. Auch hier bleibt dem unterliegenden Minister, wenn er nicht einschwenken will, wie ein Unterofficier, nichts anderes übrig, als sein Entlassungsgesuch einzureichen. Man wird nach dieser Entlassungsgeschichte den Wert der neuen Vermehrung der Friedenspräsenzstärke vom

nächsten Jahre ab richtig einzuschätzen wissen; weiss nunmehr doch die Oeffentlichkeit, dass der bisherige verantwortliche Chef der Heeresverwaltung die Notwendigkeit dieser Vermehrung des stehenden Heeres nicht einsehen konnte. *Richard Catwer.*

Wirtschaft

Der **englische Staatscredit** hat Anfang Mai bei der Auflegung der neuen 3-procentigen Transvaalanleihe seine alte Kraft ganz unerschüttert gezeigt. Statt der verlangten 30 Mill. Lstrl. sind 1174 Mill. Zeichnungen eingegangen.

Auch hierbei spielen natürlich vorübergehende Speculationsbedürfnisse stark mit; »die grosse und kleine Börsenspeculation war seit langer Zeit so ausgehungert, dass sie mit Begierde die Gelegenheit ergriff, einen auch noch so kleinen procentuellen Verdienst herauszuschlagen«, berichtet der Citycorrespondent der *Vossischen Zeitung*. Aber hieraus allein ist der glänzende Erfolg nicht abzuleiten. Dagegen spricht auch die ausserordentliche lebhaftige Beteiligung kleiner Zeichner. Die Zeichnungen von nur je 100 Lstrl. sollen allein 30 Mill. Lstrl. ausgemacht haben. Die *Cölnische Zeitung* schildert den allgemeinen Andrang wie einen förmlichen Massensturm: »Seit früher Stunde versammelten sich Haufen von Angestellten der Cityhäuser um die *Bank von England* und an ihren zahlreichen Zugängen. Gegen 2 Uhr war das Gebäude trotz des strömenden Regens rings von Menschen förmlich belagert. Ein lebhafter Kampf entspann sich, um in die Bank zu gelangen. Die um Einlass Drängenden waren so zahlreich, dass die Türen verstopft wurden. Seit Auflage der *Guinnessbrauerei* bei Baring und der *Rubinengrube* bei Rothschild hat die City kein solches Schauspiel gesehen. Selbst nach Schluss der üblichen Geschäftsstunden dauerte der Andrang der Zeichner fort, die jetzt in Gruppen eingelassen wurden. Die Polizei musste zur Regelung des Verkehrs herbeigerufen werden. Mit Zeichnungsformularen, deren Vorrat angeblich vergriffen war, trieben Strassenverkäufer ein lebhaftes Geschäft zu 1 bis 3 d.«

Wir sprachen vom Staatscredit Englands und nicht Transvaals, denn in der That soll zwar die neue Anleihe in den neuen Colonialgebieten Verwendung finden, aber das Papier ist von England garantiert, es handelt sich also um einen englischen Staatsfidej. Fast gleichzeitig sind sogar Erscheinungen hervorgetreten, die das Vertrauen auf Südafrika noch wenig gefestigt zeigen:

Die südafrikanischen **Minenactien**, die so lange fröhlich getrieben wurden, haben in London immer wieder nicht unbeträchtliche Erschütterungen erfahren; auch die Johannesburgur Börse geriet in Schwierigkeiten und das Pariser Grossspeculantenrum in Verlegenheiten. Besonders ist es die *Arbeiterfrage*, das heisst die Frage der Heranschaffung billiger Arbeitskräfte für die Bergwerke, die trotz aller unablässigen Experimente den capitalistischen Aufschwung in den annectierten Ländern einengt.

Charakteristisch für die englische Anleihe war auch die starke Mitwirkung des Auslandes, speciell auch Deutschlands; von der Anglophobie bleibt hier nichts übrig, wenn man an England etwas verdienen kann. So hat die *Dresdener Bank* 30 Mill. Lstrl., die *Deutsche Bank* 25 Mill. Lstrl., der *Schweizerische Bankverein* 25 Mill. gezeichnet. *

Umgekehrt haben wir in Deutschland bei der letzten **Reichsanleihe** wenig erbauliche Rückschläge erlebt, so dass die Art der Anleihebegebung wieder einmal viel erörtert wird, ohne dass man wesentlich Besseres als das alte Verfahren vorzuschlagen weiss. Seit der Subscription der 290 Mill. ist der Kurs um fast $\frac{1}{2}\%$ (von 92,50 auf 92,10) zurückgegangen; die *Concorzzeichner* sind offenbar zu starken Realisationen geschritten, so dass der Markt unter einem übermässigen Angebot leidet. Indes, wie soll man die Leute fernhalten, die entweder niemals die Absicht haben, sich überhaupt deutsche Anleihe hinzulegen, oder die ihren Rentenbesitz mit Gewinn auffrischen wollen, indem sie billigere neue Titel zeichnen, um dagegen die im Kurs höher stehenden alten Titel abzustossen? Am beachtenswertesten sind vielleicht die Ausführungen der *Cölnischen Zeitung*: »Es ist ein Unding, dass grosse Bankhäuser einen Gesamtbetrag von je über eine Milliarde Mark zeichnen, um daraufhin 20 bis 30 Millionen zu bekommen. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die sich der Beseitigung der bisherigen schlechten Gewohnheit entgegenstellen. Aber Mittel und Wege müssen gefunden werden, um Abhilfe zu schaffen. Wir wollen gern zugeben, dass die früher üblichen Sperrerkklärungen keine ausreichende Wirkung ausgeübt haben, zumal sie sich der Controlle der geschäftsführenden Gruppe entzogen. Aber sie waren jedenfalls besser und wirksamer, als das jetzige uneingeschränkte Gehenlassen. Auch war es fehlerhaft, nicht gleich bei der Bekanntmachung der Zeichnungsaufforderung die

Erklärung abzugeben, dass diejenigen Zeichnungen, welche die Verpflichtung zur Uebertragung in das Reichsschuldbuch enthielten, vorweg in vollem Umfange berücksichtigt werden sollten. Die nachträgliche Berücksichtigung solcher freiwillig abgegebenen Erklärungen war gewiss sehr erwünscht und erfreulich, aber sie hat nicht jene Vorausverkündigung ersetzen können. Gewiss war nicht darauf zu rechnen, dass bei solcher Vorauserklärung der ganze aufgelegte Betrag von 290 Millionen dem Reichsschuldbuch zugeführt würde; aber immerhin wäre es sehr nützlich gewesen, wenn auf diese Weise sehr viele Stücke aus dem offenen Markte weggenommen und in dauernde feste Hände übergeführt worden wären. Nicht minder dürfte es zweckmässig sein, besser als bisher zu ermöglichen, dass alle diejenigen kleineren Capitalisten vorweg berücksichtigt werden, die bereit sind, am Zeichnungstage selbst das ganze von ihnen gezeichnete Capital bei den Zeichnungsstellen oder bei allen öffentlichen Cassen bar zu bezahlen.« Zum Schluss schlägt das Blatt vor, »dass die massgebenden Stellen, also das Reichsschatzamt, das Finanzministerium, die Reichsbank und die Seehandlung, zu einer Zeit, wo keine Anleihegeschäfte in Frage stehen, eine Anzahl von Sachverständigen einberufen möchten, um für zukünftige Fälle eine Verbesserung der Zeichnungsbedingungen zu erzielen und den unerfreulichen Missständen gründlich abzuhelfen.«

Das Bild der **Productionsentwicklung** hat sich im allgemeinen wenig verschoben; vielleicht kann man eher von einer geringen Erschlaffung nach der raschen Frühjahrsbelebung, als von einem sich weiter steigernden Aufschwung sprechen. Auf jeden Fall hat in den Unternehmerkreisen der Optimismus noch keine tiefen Wurzeln gefasst. So wird von den ober-schlesischen Walzwerken mitgeteilt, dass die Kundschaft an baldige Preiserhöhungen nicht glaube und es darum mit Bestellungenabschlüssen durchaus nicht eilig habe. Die westliche Eisenindustrie blickt mit steigender Besorgnis nach America, das nicht nur im Süden eine weitere Abbröckelung der Eisenpreise zeigt, sondern auch im allgemeinen beunruhigende Berichte über den Ocean entsendet. Die Steigerung unseres Inlandsbedarfs vermag heute eine Ausfuhrabschneidung nach America kaum zu ersetzen. Die Börse, die sich in Zukunftserwartungen stark übernommen hatte, bekundete darum auch die Zuverlässigkeit für Eisonworte nicht mehr.

Eine tiefe Entmutigung atmet auch der 3. Jahresbericht des *Verbandes Ost-deutscher Industrieller*. Vielleicht ist die industrielle Entwicklung des preussisch-deutschen Ostens nicht ganz so hoffnungslos, wie man das meistens annimmt. Aber die Bemühungen des Staates und der Interessenten fielen gerade in die denkbar ungünstigste Zeit wirtschaftlichen Niederganges. Auch die Versetzung westlicher Beamten nach den national gemischten Landesteilen — ein Teil des Germanisierungsprogramms — wird als hemmender Factor für die Industrie erwähnt; die Beamten suchten ihre früheren Beziehungen zur westlichen Industrie aufrechtzuerhalten, woraus der weitere Nachteil erwachse, dass die erzielte Wirkung auf die einheimischen Handwerker entfalle, die sonst häufig durch die Verbindung des Handwerks und der Industrie mit einem höherstehenden, zahlungsfähigeren Kundenkreis ausgeübt werde. Auch über die Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung klagt der Osten. Die besten und leistungsfähigsten Jahrgänge strömten immer wieder dem Westen zu, während dem Osten die Lasten der Erhaltung und Erziehung der minder leistungsfähigen Jahresklassen zufallen. Der Osten mit seinem eng begrenzten Hinterland, seinen mangelhaften Verkehrswegen wird darum so bald keine besseren Tage sehen.

Max Schippel.

Sozialistische Bewegung

Am 26. April tagte in Berlin die **preussische Landtagswahlconferenz**, an der 92 Vertreter aus den verschiedensten Landesteilen Preussens teilnahmen. Im Anschluss an das Referat von Dr. Leo Arons, der die Sachlage wie die Grundlinien für das Verhalten unserer Partei in eingehender Weise darlegte, wurde eine Resolution angenommen, die für die Urwahlen überall, wo die Möglichkeit besteht, die Aufstellung eigener Wahlmannscandidaten vorschreibt, für die Abgeordnetenwahlen dagegen Compromisse mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien zulässt. Centralwahlcomité ist der Parteivorstand. Der Vertreter Magdeburgs erklärte sich im Princip gegen Compromisse, fand jedoch keinen Anklang. Nach den Aeusserungen der liberalen Presse sind die Aussichten auf Compromisse ungünstig. Falls es sich hier nicht um den Versuch handelt, durch Flaumachen möglichst *billige Preise* zu erzielen, so würde das *freisinnige Bürgertum* wirklich lieber etwa 3 Reactionäre, als 2 Vertreter der eigenen Partei und 1 Socialdemokraten als Abgeordnete sehen. Jämmerlich ist das Klage lied, das dort über

den Mangel an unabhängigen Wahlmännern angestimmt wird. So wird auch hier die Socialdemokratie zur einzigen Verfechterin bürgerlicher Freiheit.

Die **Maifeier** ist auch in diesem Jahre je nach den einzelnen Ländern in verschiedener Weise begangen worden. Dass wieder ein Teil, diesmal kein sehr grosser, der deutschen Arbeitgeber die *eigenmächtige* Arbeitsruhe ihrer Untergebenen mit mehrtägiger Brotentziehung, das heisst Aussperrung bestraft hat, versteht sich bei den weite Kreise des Unternehmertums beherrschenden krausen Souveränitätsbegriffen von selbst. Für die Wahlbewegung werden diese wie die aus gewerkschaftlichen Differenzen erfolgten oder angedrohten, verschiedene Branchen betreffenden grossen Aussperrungen in Iserlohn, Pirmasens, an der Unterweser, in Thüringen u.s.w. als drastische Belege für die Lehre vom Classenkampf den capitalistischen Parteien keinen Nutzen bringen. Interessant ist es, wie von der allgemeinen Aussperrung in Iserlohn nicht nur die modernen Gewerkschaften, sondern auch Hirsch-Dunckersche und christliche Gewerkvereiner betroffen werden, wie eine grosse Aussperrung am Niederrhein gegen zahlreiche christliche Textilarbeiter geplant war. So wird der Classengegensatz und die proletarische Solidarität auch den im Freisinn und Klerikalismus befangenen Arbeitern eingepägt. Und die behördlichen Chicanen gegen die zahlsten Arbeiterbestrebungen tun das übrige, um auch in den rückständigsten Bezirken der Partei immer neue Recruten zuzuführen. In manchen Teilen des Auslands stellt man sich anders zur Maifeier der Arbeit. Eine Anzahl oberitalienischer Städte, darunter Bologna, widmeten ihr alle Ehren eines städtischen Feiertags. Und auch die Stadt Zürich schmückte zum erstenmal ihre Gebäude zu Ehren des 1. Mai — zum grossen Missvergnügen der reactionären Parteien.

Bei **Gemeindewahlen** wurden Siege erfochten in Bitterfeld und in mehreren badischen Orten: Ruppur, Bulach, Zell a. H., Heddesheim, Plankstadt, Mannheim-Rheinau, meist gegen das Centrum. In Villingen im Schwarzwald wirkten unsere Genossen erfolgreich mit in einer antiklerikalen Coalition.

In Lehr bei Bremerhaven wurde ein Parteigenosse als stellvertretender Vorsitzender des Bürgervorstehercollegiums gewählt.

Die Socialdemokratie in **Dänemark** hielt vom 7. bis zum 9. Mai ihren 10. Partei-

tag ab, an dem 171 Vertreter von 108 Vereinen mit 21700 Mitgliedern teilnahmen. Es wurde ein entschiedenes Eintreten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht bei Gemeindewahlen, sowie für eine Reform der Gesindeordnung beschlossen, ferner eine kraftvolle selbständige Beteiligung an den bevorstehenden Folkethingswahlen, das heisst die Auflösung des Bündnisses mit der bürgerlichen Linken. Eine populärwissenschaftliche Zeitschrift soll gegründet werden.

In **Frankreich** hat die Entscheidung in der Millerand-Frage in den Reihen des linken Flügels der *Parti socialiste français* Widerstand erregt. 3 Föderationen protestierten gegen die Haltung ihrer Vertreter, wodurch die Mehrheit für Millerand von 20 auf 7 sinkt. Die Yonne-Föderation hat ihren Austritt erklärt. Der *Parti socialiste de France* hat diesen Teil der *ministeriellen* Partei zum Anschluss aufgefordert.

Der jauresistische Abgeordnete de Pressensé hat mit 26 Socialisten und 29 socialistischen Radicalen zusammen einen Antrag auf Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung des Cultusbudgets, volle Gewissensfreiheit, eingebracht.

Aus **Russland** werden wieder gewaltige Volksdemonstrationen, die teilweise zu erfolgreichen Kämpfen mit der Polizei führten, berichtet. Die von der Regierung begehrte Auslieferung des *Allenlähers* Götz wurde von der italienischen Regierung abgelehnt. Kein Land neidet dem Deutschen Reiche den Ruhm der Gefälligkeitsdienste für Russland, wie sie die Genossen Gradnauer, Ledebour und Bernstein jüngst im Reichstag wirkungsvoll — aber leider wirkungslos — nachgewiesen haben.

Von neuer **Parteiliteratur** ist diesmal neben einer Reihe grosserer Schriften, die an anderer Stelle besprochen werden, zu nennen: ein Wahlaufuf an die Arbeiter in Stadt und Land unter dem Titel *Wen soll der Arbeiter wählen?* von Richard Calwer; eine Agitationsschrift *Die Frauen und die Politik* von Lily Braun; ferner eine illustrierte Erinnerungsschrift der Leipziger Arbeiter *Die Gründung der deutschen Socialdemokratie* — Mitarbeiter Bebel, Vahlteich, Mehring, Jaeckh — endlich ein Lieferungswerk *Sächsische Politik*.

Kurze Chronik. In Berlin wurde ein Frauenwahlverein gegründet. — Das *Hamburger Echo* hat seinen Abonnenten-

stand auf 35 000 gebracht. — Die Mainummer der *Leipziger Volkszeitung* umfasste 48 Seiten. — Eine neue socialdemokratische Wochenschrift unter Leitung von Dr. Heinrich Braun wird vom Juli ab erscheinen. — Als Curiosum sei erwähnt ein *Aufruf zur Gründung einer communistischen Partei* aus Leipzig: ein Gemisch von demokratischem und Staats-socialismus, demokratischen und reactionären Forderungen und Utopismus verschiedenster Art. — In den elsass-lothringischen Landesausschuss wiedergewählt wurde als Vertreter des Gemeinderats von Mülhausen Genosse Emmel, diesmal fast ohne Gegenstimmen, da ein Bestechungsversuch zu gunsten des *demokratischen* Gegners diesen bei seinen eigenen Parteifreunden unmöglich machte. — Die schweizerischen Socialdemokraten erzielten eine Reihe von Cantonal- und Gemeinderatswahlerfolgen, so in den Cantonen St. Gallen, Luzern und in den Gemeinden Winterthur, Schaffhausen und La Chaux de Fonds. — Die Leitung des italienischen Parteiblattes *Avanti*, die bisher in den Händen von Bissolati lag, hat Enrico Ferri übernommen; es sollen Anhänger beider Richtungen als Redacteurs tätig sein. — Der portugiesische socialistische Gelehrte und Dichter Ernesto da Silva ist gestorben.

Simon Katzenstein.

Gewerkschaftsbewegung

Die bisher abgehaltenen **Verbandstage** haben einige wichtige organisatorische Aenderungen gebracht. Die Maurer beschlossen die Einführung der Krankenunterstützung und modifizierten die Reise-, Strike-, Gemassregelten- und Haftunterstützung. Die Beiträge wurden auf 8 Classen normiert; steigend von 25 bis 60 Pf. Die Maler beschlossen Einführung der Arbeitslosenunterstützung, falls diese durch eine Urabstimmung gutgeheissen wird, des ferneren Modificationen der Kranken-, Gemassregelten-, Strike- und Sterbeunterstützung; schliesslich Anstellung von Beamten für alle Filialen mit über 400 Mitgliedern. Die Zimmerer lehnten die Einführung der Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbefallunterstützung ab, beauftragten den Vorstand zu Erhebungen über die Arbeitslosigkeit und zu Unterhandlungen mit der Centralkrankencasse der Zimmerer wegen Verschmelzung mit derselben; sie beschlossen Erhöhung der Strikeunterstützung, Anstellung von Gauvorstehern und Normierung der Wochenbeiträge in 4 Classen, steigend von 20 bis 35 Pf. Die Bauarbeiter erklärten sich im Princip für die Krankenunter-

stützung, modifizierten die Strike-, Reise-, Massregelungs- und Umzugsunterstützung und normierten die Beiträge auf 20 bis 55 Pf., gegen 20 bis 30 Pf. bisher. Die Tabakarbeiter beschlossen die Einführung der Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbefall- und Wöchnerinnenunterstützung und normierten die Beiträge in 6 Classen von 25 Pf. steigend auf 75 Pf. Die Barbieri beschlossen Einführung der Arbeitslosen- und Modifizierung der Reiseunterstützung, sowie Erhöhung des Beitrages von 25 auf 40 Pf. Die Glaser beschlossen weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, die Vergolder Einführung derselben sowie der Umzugs- und Verbesserung der Reiseunterstützung. Die Schmiede lehnten die Einführung der Krankenunterstützung ab, doch soll eine Urabstimmung über die Frage endgiltig entscheiden; es wurde Erhöhung der Strikeunterstützung beschlossen. Bei den Handels- und Transportarbeitern wurde das Obligatorium der Kranken- und die Erweiterung der Gemassregelten- sowie der Arbeitslosenunterstützung beschlossen, bei den Sattlern Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, bei den Gemeindefabrikanten Einführung der Sterbefallunterstützung. Die Schiffszimmerer erklärten sich gegen Einführung der Kranken- und für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, falls in einer Urabstimmung zwei Drittel der Mitglieder für diese Unterstützung stimmen. In allen diesen Organisationen wurde eine entsprechende Erhöhung der Beiträge beschlossen; auch wurden fast allgemein die Gehälter der Verbandsbeamten verbessert.

Die Seeleute stimmten einer Erweiterung des Unterstützungswesens nicht zu.

Im Anschluss an den Gemeindefabrikantenverbandstag fand eine Conferenz der deutschen Gasanstaltsarbeiter statt, auf welcher über die Lage der in Gaswerken beschäftigten Personen und ihre speciellen Forderungen beraten wurde. Als erste der Forderungen wurde Einführung des Achtstundentages, also der Dreischichtenwechsel nach Kopenhagener Muster, aufgestellt.

Die abgehaltenen Verbandstage zeigen ein immer weiteres Ausbreiten des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften. Die Einsicht bricht sich eben immer mehr Bahn, dass die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um so widerstandsfähiger und kampffähiger wird, je mehr sie gegen alle Notlagen des Lebens unterstützt wird. Erfreulich ist auch das wachsende Interesse für die Arbeitslosenunterstützung.

Ein für das deutsche Gewerkschaftsrecht ausserordentlich wichtiger Process, die Schadenersatzklage der Hamburgischen Werftarbeiter gegen die *Hamburg-America-Linie* und gegen die in *Scharfmacherkreisen* dominierende Firma *Blohm & Voss*, ist nunmehr endgiltig entschieden worden. Bekanntlich wurden im Sommer 1900 im Verlauf eines Strikes von 100 Niernern der Reisherstiegs werft fast sämtliche Werftarbeiter Hamburgs ausgesperrt. Mit der Begründung, dass sie infolge der unberechtigten Aussperrung für längere Zeit jeder Arbeitsgelegenheit beraubt worden seien, klagten darauf 11 Werftarbeiter gegen die oben genannten beiden Firmen auf Schadenersatz. Sie wurden vom Landgericht, vom Oberlandesgericht und jetzt auch vom Reichsgericht abgewiesen. Die Arbeiter, so sagt das Reichsgericht, üben oft die Befugnis aus, die strikenden Arbeiter mit Geld oder durch weitere Arbeitseinstellungen zu unterstützen, und betrachten dies jedenfalls nicht als gegen die guten Sitten verstossend; aus denselben Gründen muss es auch den Arbeitgebern freistehen, sich zu vereinigen und gegen die Arbeiter Massregeln zu ergreifen.

Die Gewerkschaften dürften mit dieser Entscheidung nur einverstanden sein. Denn ein obsiegender Entscheid hätte unter Umständen auch zu sehr verhängnisvollen rechtlichen Folgen für die Gewerkschaften selbst geführt.

Auch die weiter bekannt gewordenen Jahresabrechnungen bestätigen, dass der **Mitgliederstand der Gewerkschaften im Jahre 1902** sich sehr günstig gestaltet hat. Es hatte Ende 1902 an Mitgliedern die Organisation der Buchdrucker 34 588 (gegen den Durchschnitt des Jahres 1901 + 3614), die der Handschuhmacher 2961 (— 209), die der Holzarbeiter 70 851 (+ 600), die der Hutmacher 3354 (+ 544), die der Metallarbeiter 128 842 (+ 25 937), die der Schiffszimmerer 2057 (+ 22), die der Schneider 18 306 (+ 1537), die der Seeleute 2598 (— 402), die der Textilarbeiter 34 179 (+ 5343), die der Töpfer 8493 (+ 909), die der Vergolder 1477 (— 24) und die der Werftarbeiter 3965 (+ 297).

Das ergäbe nach den von uns bisher berücksichtigten Ergebnissen von 36 Organisationen von Mitte 1901 bis Ende 1902 eine Mitgliederzunahme um 65 220. Und diese Mitgliedssteigerung hält auch im laufenden Jahre an. So hat der *Grundstein*, das Organ des Maurerverbandes, eine Auf-

lage von 100 000, der *Textilarbeiter*, das Organ des Textilarbeiterverbandes, eine Auflage von 50 000 erreicht — Auflagen, die in diesen beiden Organisationen selbst in den besten Zeiten noch nicht erreicht waren. Auch von den Organisationen der Bergarbeiter, der Holzarbeiter und der Metallarbeiter weiss man, dass sie ihren Mitgliederstand im laufenden Jahre schon erheblich erhöht haben.

*

Ueber brutale Massnahmen der **Unternehmer gegen Gewerkschaften** könnte in dieser Rundschau ständig eine Rubrik offen gehalten werden. Gerade zur jetzigen Zeit ist das deutsche *Scharfmacherthum* von einer förmlichen Aussperrungswut gegen die Arbeiterschaft befallen worden. Fast aus allen Berufen und allen Gegenden berichten jetzt täglich die Tagesblätter über solche Massregelungen grossen Stils gegen die Arbeiter, die meist geradezu vom Zaun gebrochen sind. Zunächst einiges über die in letzter Rundschau berichteten Bewegungen dieser Art. Der Iserlohner Kampf wird noch mit der gleichen Heftigkeit fortgeführt. Die Unternehmer haben alle Vermittlungsvorschläge, von welcher Seite sie auch kamen, entschieden abgelehnt. Die Haltung der Arbeiter ist geradezu mustergiltig, da Arbeitswillige in nennenswertem Masse sich nicht einstellten, andererseits die Organisationen bis jetzt für genügende Unterstützung sorgen konnten, trotz der grossen Zahl der Ausständigen und trotzdem, dass sie zu einem erheblichen Teil nicht strikunterstützungsberechtigt waren. Und was wir von Iserlohn sagen konnten, das gilt alles in allem auch für Pirmasens. Die Unternehmer haben hier alles versucht, um die Arbeiter zu entzweien — ohne Erfolg. Von der Gesinnung der Unternehmer mag zeugen, dass sie bei der letzten Unterhandlung mit den Arbeitern als Vorbedingung der Oeffnung der Betriebe die dauernde Massregelung von 400 in den Gewerkschaften führenden Arbeitern bezeichneten.

Die Arbeiter des *Norddeutschen Lloyd* sind allen Versuchen, sie weiter niederzudrücken, entschieden und mit Erfolg entgegengetreten.

Mitte April brachte der Telegraph schon wieder Kunde von einer drohenden Aussperrung, diesmal vom Niederrhein. Den seit dem 20. März bei der Firma *Brellthal & Cie.* in Crefeld von den Stoffwebern geführten Strike wegen Massregelung von 5 Arbeitern nahmen die Fabrikanten zum Anlass, für den Fall der Nichtwiederaufnahme der Arbeit in genannten Betrieben sämtliche Textilbetriebe

nicht nur in Crefeld, sondern überhaupt am Niederrhein zu schliessen. Es wären 25 000 Arbeiter in Frage gekommen. Da die Arbeiter des strittigen Betriebes nun auf ihre Forderungen verzichteten, konnte die brutale Massenausperrung noch rechtzeitig verhütet werden. In Mainz haben die Bauunternehmer Ende April ebenfalls aus Anlass eines partiellen Conflictes eine Aussperrung ihrer sämtlichen Maurer vorgenommen, durch die direct gegen 1000 Maurer, indirect wohl ebenso viele andere Bauarbeiter um Arbeit gekommen sind. Mit der Drohung eines ähnlichen Vorgehens versuchten es die Bauunternehmer gegen die Maurer in Cöln. Und auf ähnliche Weise ist jetzt auch eine Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter von dem Bauarbeitgeberverband in Dresden durchgeführt worden.

Und nun zu den Unterweserorten. In Vegesack wurden auf der Werft *Vulcan* 150 Nieter ausgesperrt. Anlass dazu boten Tariffdifferenzen; und in Geestemünde wurde auf der Werft von Teklenborg den sämtlichen — 1600 — Arbeitern gekündigt. Auch hier war der eigentliche Anlass Differenzen über bestehende Tarife. Trotz grössten Entgegenkommens der Arbeiter dürfte es an der Unterweser wieder zu einer grossen Aussperrung kommen. Die coalitierten Unternehmer der Unterweserorte haben sogar mit einer allgemeinen Aussperrung in allen ihren Betrieben gedroht. (!)

*

Das englische Gewerkschaftsrecht hat nunmehr auch den Gegenstand einer parlamentarischen Erörterung im englischen Unterhaus gebildet. Gezwungen durch den *Taff Vale*-Entscheid (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1903, I. Bd., pag. 156) hatten die englischen Gewerkvereine dem Parlament eine *Trades Dispute*-Bill unterbreitet, die bezweckte, das Strikepostenstehen gesetzlich zu machen und die Gewerkschaftler gegen Klagen wegen Verschwörung zu schützen. Die ganze Action der Gewerkvereine für Schaffung eines verstärkten Gewerkschaftsrechts blieb aber erfolglos, wie auch ihre Inscenierung vieles zu wünschen übrig liess. Die *Trades Dispute*-Bill wurde in zweiter Lesung mit 246 gegen 226 Stimmen verworfen. Der englische Ministerpräsident Balfour erklärte in seiner Schlussrede, zunächst müsste eine parlamentarische Commission die Lage der Trusts und Gewerkschaften untersuchen, ehe die Gesetzgebung eingreife.

*

Kurze Chronik. Das Dresdener Gewerkschafts-cartell veranstaltet für das laufende Jahr regelmässige Aufzeichnungen über Arbeiterhaushaltungsbudgets, wie sie vor einigen Jahren in Nürnberg vorgenommen worden sind. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Liegnitz erhielten die Gewerkschaften 889, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 340 Stimmen, so dass den ersteren 9, letzteren 3 Beisitzerstellen zufallen. — Die Leipziger Gewerkschaften haben die Errichtung eines Arbeitersecretariats beschlossen. — Der Zimmererverband hat anlässlich seiner letzten Generalversammlung in Berlin mit den Vertretern der Bruderorganisationen in Dänemark, Holland und Oesterreich eine Konferenz abgehalten. — Eine internationale Buchdruckerconferenz, auf der 8 Buchdruckerorganisationen aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Oesterreich und Ungarn vertreten waren, fand in den Ostertagen in Strassburg statt. Es wurde über Gegenseitigkeitsverträge und die Viaticumsfrage verhandelt. — Am 12. April fand in Brüssel eine internationale Conferenz von Bergarbeiterführern Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands statt, die die Tagesordnung und den Termin (1. bis 4. Juni) des diesjährigen internationalen Bergarbeitercongresses festsetzte. — Schliesslich fand am 24. und 25. April in Kopenhagen die Generalversammlung der Landesorganisation der dänischen Gewerkschaften statt: Jensen, der langjährige Vorsitzende der Gewerkschaften, ist vom Vorsitz zurückgetreten, zu seinem Nachfolger ist Ohlsen bestimmt worden.

Ernst Deinhardt.

Genossenschaftsbewegung

Der Geschäftsbericht der *Gross-einkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine* über das Jahr 1902 ist soeben erschienen. Die Gesellschaft darf danach mit den von ihr gemachten Fortschritten wohl zufrieden sein; es war ein Jahr glänzender Fortschritte nach aussen und vertiefenden Ausbaus im Innern. 59 Vereine sind der Organisation neu beigetreten, so dass diese jetzt 247 Vereine als Gesellschafter umspannt, zu denen noch 830 kommen, die, ohne Mitglied zu sein, doch teilweise ihre Einkäufe bei ihr machen.

Der Jahresumsatz hat sich von 15 137 761 M. auf 21 568 549 M., also um 42% gehoben. Bis jetzt beschränkt sich die Gesellschaft fast ausschliesslich auf die Vermittlung von Colonial- und Materialwaren. Die Hauptposten stellen dar: Zucker (143 795 Ctr.), Petroleum (112 161 Ctr.), Mar-

garine (40 321 Ctr.), Kaffee (27 449 Ctr.), Seife (25 278 Ctr.)

Bewältigt wurde der Umsatz von 5 Lägern (Berlin, Mannheim, Hamburg, Chemnitz, Düsseldorf) aus, von denen die 3 letztgenannten erst im verflossenen Geschäftsjahre eingerichtet wurden. Das Hamburger Centrallager befindet sich auf dem eigenen Grundstück der Gesellschaft, das mit 390 079 M. zu Buch steht. Dasselbst ist soeben auch eine eigene Kaffeerösterei eingerichtet worden mit den modernsten technischen Errungenschaften: Heissluftfröstmaschinen, Entsteinungs- und Verlesemaschinen, machinischen Wagen etc. Die Leistungsfähigkeit der Rösterei beträgt rund 100 Ctr. Kaffee pro Tag.

Der Verkehr mit Productivgenossenschaften und producierenden Consumvereinen gestaltete sich ziemlich lebhaft. Von der Tabakarbeitergenossenschaft wurden für 148 700 M. Cigarren, von der Kautabakarbeitergenossenschaft für 30 500 M. Ware bezogen. Der Leipzig-Connewitzer Verein lieferte für 43 200 M. Schlächtereiprodukte, der Leipzig-Plagwitz für 104 000 M. Roggen- und Weizenmehl. Dagegen wollen die Geschäftsbeziehungen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbänden immer noch nicht so recht in Fluss kommen. Mit den Genossenschaftsorganisationen des Auslandes stand die *Grosselinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine* durch die gegenseitige Beschickung von Congressen, Austausch von Zeitungen etc. sowohl in freundschaftlichen, als auch in Geschäftsbeziehungen.

Zur Bewältigung der Geschäfte ist jetzt ein Personal von 131 Köpfen angestellt, darunter 3 Geschäftsführer, 6 Vertreter, 2 Lagerverwalter und 11 Abteilungsvorsteher.

Ausserordentlich entwickelt hat sich auch die Abteilung *Schriftleitung*, die dies Jahr zum ersten Male einen namhaften Uebererschuss abwarf. Die Auflage des *Wochenberichts* stieg von 4600 auf 5300 Exeemplare. Das *Frauen-genossenschaftsblatt* ist heute von 200 Vereinen für 120 000 Mitglieder abonniert. Im Buchhandel wurden Geschäftsbücher, Formulare, Drucksachen und Genossenschaftsliteratur vermittelt.

Der Reingewinn beträgt diesmal 92 233 M., er steht also nicht in demselben günstigen Verhältnisse zum Umsatze, wie in den verflossenen Jahren. Es wird daher auch nur eine Rückvergütung von 30/100 zur Verteilung kommen, gegen 50/100 resp. 40/100 im Jahre 1900 und 1901. Tatsächlich müsste ja eine Erweiterung des Geschäftes eine procentuale Verminderung der Unkosten

herbeiführen. Der Bericht erklärt dieses negative Ergebnis mit den durch die Errichtung eigener Lager verursachten Mehrkosten. Man darf also wohl hoffen, dass die nächsten Jahre, in denen voraussichtlich die Entwicklung der Gesellschaft ein ruhigeres Tempo annehmen wird und die von den jetzt geschaffenen Einrichtungen ja den Nutzen haben werden, wieder bessere finanzielle Resultate bringen werden.

So weit bis jetzt erkennbar, wird die Grosseinkaufsorganisation der deutschen Consumvereine auch in diesem Jahre ihren Siegeslauf fortsetzen. Möge es ihr in demselben beschieden sein, durch Inangriffnahme der Eigenproduction der dafür geeigneten Artikel die ersten Schritte zur wirksamen Bekämpfung der consumenausbeuterischen Unternehmerorganisationen zu tun.

*

Auf der am 18. April in Stirling abgehaltenen Landesconferenz der schottischen Genossenschaften stand eine Frage zur Discussion, die auch für die deutsche Genossenschaftswelt von Interesse sein dürfte. Es handelte sich um die Einführung einer **neuen Gründungsmethode für Genossenschaften**, die eine Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und socialen Verhältnisse darstellen soll. Der Referent James Deans, Secretair des britischen Genossenschaftsverbandes, führte aus, dass die ungeheuer gesteigerte Concurrenz- und Leistungsfähigkeit der grossen capitalistisch betriebenen Handelsunternehmungen, die ihre Filialen über das ganze Land verbreiten, es jungen, weder über Capital noch Erfahrungen verfügenden Genossenschaften immer mehr unmöglich mache, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Er schlug daher vor, an Stelle der bisher fast ausschliesslich auf dem Princip der Selbsthilfe beruhenden freien Gründungen überall da, wo noch keine Genossenschaften oder nur solche existieren, die dem Grosseinkaufsverbande nicht angehören — also nicht für voll angesehen werden —, die Errichtung von Niederlagen mit Läden durch die Grosseinkaufsgesellschaft treten zu lassen. In der Discussion wies nur ein Redner auf die Gefahren hin, die in dieser Beschränkung der freien genossenschaftlichen Initiative liegen. Die übrigen, darunter zwei Directoren der schottischen C. W. S. sprachen sich im zustimmenden Sinne aus und so wurde die Resolution Deans', die die Grosseinkaufsgesellschaft zur Einleitung der nötigen Schritte auffordert, fast einstimmig angenommen.

Wir müssen gestehen, dass wir dem neuen Verfahren, das uns die Axt an eine der mächtigsten Wurzeln unseres Genossenschaftsbaumes zu legen scheint, gleichfalls nicht ohne Bedenken gegenüberstehen, wenn auch auf der anderen Seite ohne weiteres zugestanden werden muss, dass sich die Entwicklung tatsächlich in dem oben geschilderten Sinne vollzieht und zwar bei uns gerade so gut, wie in England! Diesen veränderten Verhältnissen sollte also wohl Rechnung getragen werden; vielleicht lässt sich aber ein Weg finden, der ohne die schöpferische Kraft der freien Selbstbetätigung auszuschliessen, das Risiko eines selbständigen Vorgehens vermindert oder es stärkeren Schultern aufbürdet. Jedenfalls verdient das vorliegende Problem auch in Deutschland einer Erörterung unterzogen zu werden.

*

Ferner nahm die genannte Konferenz eine Resolution an, in der der schottischen C. W. S. empfohlen wird, in Gemeinschaft mit ihrer englischen Schwestergesellschaft in Canada und anderen englischen Colonieen den **Ankauf von grösseren Länder-complexen** zu betreiben und dieselben in landwirtschaftliche Cultur zur Korn- und Vieherzeugung zu nehmen. Ein Amendement besagt, dass auch die inländische Colonisation mit in den Plan einbezogen werden soll.

*

Das schweizerische *Genossenschaftliche Volksblatt* berichtet von einem sehr erfreulichen Fortschreiten der schweizerischen Consumgenossenschaftsbewegung im Jahre 1902. Die Zahl der Verbandsvereine ist von 125 auf 133 gewachsen, ihre Mitgliederzahl von 96 482 auf 102 896 und ihr Umsatz von 35 691 681 auf 38 664 995 fr. Besonders der grosse **Baseler Allgemeine Consumverein** hat Erfolge zu verzeichnen, wie nie zuvor. Diese Erfolge sind nicht zum wenigsten dem Entschluss des Vereins zuzuschreiben, den Warenverkauf auf die Mitglieder zu beschränken. Die Folge war der Anschluss zahlreicher bis dahin kaufender Nichtmitglieder, und so hatte die Massregel, von deren zwangsweiser Einführung die Gegner eine empfindliche Schädigung der Genossenschaft erwartet hatten, gerade die entgegengesetzte Wirkung. Die Zahl der Mitglieder des Vereins ist gegen das Vorjahr um 2209 gestiegen und beträgt heute 23 348. Der Warenverkauf im abgelaufenen Geschäftsjahr erreichte die Höhe von 11 528 707 fr. und ergab einen Nettoüberschuss von 1 076 544 fr., der die Verteilung einer 8 $\frac{1}{2}$ procentigen Rückvergütung

gestattete. Der Grundbesitz der Genossenschaft deckt heute eine Fläche von 27 000 qm und steht mit 2 $\frac{1}{4}$ Mill. fr. zu Buche. Die Zahl der Läden beträgt 70.

Neben dem Colonialwarengeschäft blühten auch die anderen Betriebszweige der Genossenschaft. Berühmt ist das grossartige Milchgeschäft, dessen 2 Dutzend Wagen mit der bekannten Aufschrift *A. C. F.* in den Strassen Basels eine charakteristische Erscheinung bilden. Neben guter Vollmilch wird hier vor allen Dingen auf die Lieferung einer tadellosen, nach wissenschaftlichen Grundsätzen behandelten Kindermilch zu mässigen Preisen Wert gelegt. Das Milchgeschäft hatte einen Umsatz von nicht weniger als 17 619 181 l. In der Bäckerei wurden 1 491 012 kg Mehl verbacken, im Weingeschäft 13 769 hl Wein umgesetzt. Auch die Schlächtereier, trotz ihrer vorzüglichen technischen Einrichtungen ein wenig das Schmerzenskind, erzielt jetzt bessere Resultate. Es wurden geschlachtet 1191 Ochsen, 416 Stiere, 2 Kühe, 3362 Kälber, 6081 Schweine und 327 Schafe.

Der Bericht schliesst mit der stolzen Hoffnung, dass der *Allgemeine Consumverein* dereinst die wirtschaftliche Gemeinde Basels sein werde.

*

Der am 11. April in der *Maison du Peuple* in Brüssel abgehaltene nationale **Congress der socialistischen Genossenschaften Belgiens** beschäftigte sich diesmal in der Hauptsache mit dem geschäftlichen Ausbau der Föderation, die ja zugleich als Centralstelle für den gemeinsamen Einkauf dient. Sie setzte im verflossenen Jahre für 1 211 349 fr. Waren um, wobei ein Reingewinn von 9 422 fr. erzielt wurde. Verkehr wurde nur mit solchen Fabriken und Geschäftsleuten gepflogen, die die gewerkschaftlichen Bedingungen erfüllen. Es wurde beschlossen, für den Einkauf, der bisher im Nebenamt besorgt wurde, einen gewiegten Geschäftsman anzustellen und eventuell eine Kaffeebrennerei zu errichten.

Ferner wurde die Errichtung von genossenschaftlichen Sparcassen ins Auge gefasst, die gewissermassen als Canäle dienen sollten, durch die die Volksparsnisse im Dienste des Volkes stehenden Unternehmungen zugeleitet werden. Eine Resolution wurde angenommen, die den Genossenschaften empfiehlt, bei der Anstellung ihres Personals unter sonst gleichen Umständen den Mitgliedern der Gewerkschaften, den Vorzug zu geben.

In Bezug auf die Alkoholfrage stellte sich der Congress auf denselben Standpunct

wie der kurz vorher abgehaltene Parteitag: er fasste eine Resolution, die diejenigen Genossenschaften, die nach einem Jahre noch Alkohol an ihre Mitglieder verkaufen, mit dem Ausschluss bedroht.

*

Kurze Chronik. Der am 25. und 26. April in Eisenberg S.-A. abgehaltene Verbandstag Thüringer Consumvereine beschloss dem *Gesamtverband der deutschen Consumvereine* beizutreten. — Als Festgabe zur Errichtung dieses Verbandes ist unter dem Titel *Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach* im Verlage der deutschen *Grosseinkaufsgesellschaft* eine Broschüre von Professor Fr. Staudinger erschienen, die im wesentlichen eine Zusammenfassung einer Reihe schon vorher im *Wochenbericht* veröffentlichter Aufsätze des Verfassers enthält; wir werden auf das vortreffliche Schriftchen noch in nächster Rundschau zu sprechen kommen. — Im Gegensatz zu der bisher allgemein geübten Rechtspraxis hat das sächsische Oberlandesgericht in Dresden den Krottendorfer Consumverein wegen Verkaufs selbstproduzierter Backwaren an Nichtmitglieder verurteilt; da dieses Urteil in Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes steht, so muss eine erfolgreiche Anfechtung desselben möglich sein. — Der zur Wirklichkeit der von Lily Braun propagierten Idee der Haushaltsgenossenschaft in Berlin gegründete Verein hat sich jetzt als eingetragene Genossenschaft konstituiert und wird demnächst zum Bau eines ersten Hauses in der Nähe des Kurfürstendamms schreiten. — Die Leipziger Metzger haben einen Boycott derjenigen Viehhändler beschlossen, die an die Metzgerei der Leipzig-Connewitzer Consumgenossenschaft Vieh verkaufen; auf die Durchbrechung dieses Boycotts ist eine Conventionalstrafe von 200 Mk. gesetzt.

Gertrud David.

Socialpolitik

Von den Ergebnissen der Gesetzgebung in der abgelaufenen Reichstagsession, die am 30. April geschlossen wurde, ist noch einiges nachzutragen. Am 27. April wurde das Phosphorgesetz angenommen. Der Staatssecretair Graf Posadowsky trat sehr energisch dem Versuch des Centrums entgegen, dieses Gesetz durch die Anordnung einer umfangreichen Erhebung über die Schädlichkeit der Verarbeitung des weissen Phosphors zu verschleppen. Warmen Beifall auch bei den Socialdemokraten fanden seine Ausführungen gegen den Antrag, die

Unternehmer der mörderischen Phosphorzündholzindustrie zu entschädigen.

*

Die Krankencassennovelle ist nach heftigen Kämpfen angenommen worden. Der geschickten Taktik der Socialdemokratie gelang es, wie in der vorigen Rundschau (pag. 386) bereits mitgeteilt, das Centrum zu einer festeren Umgrenzung des Kautschukbegriffs *grobe Pflichtverletzung* zu veranlassen. Es können nur diejenigen groben Pflichtverletzungen der Cassenvorstände und Cassenfürer mit Entlassung von der Aufsichtsbehörde geahndet werden, die sich auf die Cassenführung beziehen. Die Krankencassennovelle gliedert eine grosse sociale Gruppe, die Handlungsgehilfen, der obligatorischen Krankenversicherung ein. Bisher hatten nur etwa 150 Gemeinden durch statutarische Bestimmungen die Handlungsgehilfen der Krankenversicherung unterstellt. Die Novelle verlängert für mehr als die Hälfte der Versicherten die Krankenunterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen. Sie beseitigt den rückständigen Paragraphen aus der Krankenversicherung, der die Entziehung des Krankengeldes an Geschlechtskranke ermöglichte. Sie verlängert die obligatorische Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen, sie schafft eine facultative Schwangerenunterstützung, eine Behandlung der Schwangeren wegen Schwangerschaftsbeschwerden, eine unentgeltliche Leistung der Hebammendienste und eine sechswöchige Krankengeldunterstützung an Schwangere. Der Mutterschaftsschutz kann somit auf 12 Wochen ausgedehnt werden. Die Krankencassennovelle sichert den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Einfluss auf die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns, der nicht nur für die Leistungen der Krankenversicherung, sondern auch für die der Unfall- und Invaliditätsversicherung einen grundlegenden Wert hat. Ferner ist durch die Novelle die Maximalgrenze für die Festsetzung der Durchschnittslöhne und der Classenlöhne von 3 auf 4 M. und von 4 auf 5 M. erhöht worden. Durch die letzte Bestimmung werden die für den Kranken so wichtigen Krankengeldzahlungen nicht unerheblich erweitert. Da für ganze Gruppen Schwerverkranker die Krankenhausbehandlung allein einen Heilerfolg verbürgt, so ist die Erhöhung der Angehörigenunterstützung der Erkrankten und der Unterstützung der ledigen Krankenhauspatienten insofern von Bedeutung, als sich die Erkrankten jetzt eher zu einer Krankenhausbehandlung verstehen werden, als bisher.

*

Die Wohnungsenquäten der Krankencassen, deren Vorstände sich ihrer socialen Aufgaben bewusst sind, fördern die vorhandenen Wohnungsmisstände der Cassenpatienten energisch zu Tage. Der Wohnungsenquête der Pforzheimer Ortskrankencasse folgte die Enquête der Kieler Ortskrankencasse auf dem Fuss. Die Kieler Wohnungsuntersuchung erstreckt sich über die Hausungsverhältnisse von 300 Erkrankten. Von den Erkrankten hatten 171 ein Bett zur alleinigen Verfügung, 122 mussten ihr Bett mit noch einer Person, 5 mit noch zwei Personen und 1 mit noch drei Personen teilen. Zur Zeit der Enquête bevölkerten 88 Cassenpatienten das Krankenhaus. Die Enquête ergab nun das in socialer Hinsicht niederschmetternde Resultat, dass zur selben Zeit für noch weitere 160 Mitglieder wegen ungenügender Wohnung die Verpflegung im Krankenhaus notwendig gewesen wäre. Die Mannheimer Ortskrankencasse I bezog in ihre Wohnungsuntersuchung die Wohnungen von 837 erwerbsunfähigen Kranken ein. Von diesen 837 Cassenpatienten verfügten 223 nicht über ein eigenes Bett. Die Untersuchung stiess massenhaft auf dumpfe, modrige Gekasse, die selbst schon für ganz Gesunde eine schwere Gesundheitsschädigung einschliessen. Soeben tritt die Berliner Ortskrankencasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker mit einer Wohnungsenquête hervor. Die Enquête ist von dem socialpolitisch weitsichtigen und geschulten Rendanten Albert Kohn ausgegangen. Sie erstreckt sich über mehr als 11000 Wohnungsermittlungen. Schon die Wohnungsenquête des Vorjahres dieser Casse fand die Anerkennung des Reichsversicherungsamtes. Grosse Gruppen von Cassenmitgliedern müssen in ganz lebensgefährlich kleinen Wohnräumen leben und schlafen. Ganze Reihen von Cassenpatienten hatten nur unter 6 und mehrfach noch unter 3 cbm Lufräum zur Verfügung. »Bücher, so heisst es im Bericht, »nimmt als Mindestraum für Schlafräume 10, für Wohnräume 20 cbm für die Person an, Nussbaum fordert 20 bis 30 cbm für jeden Erwachsenen und 10 bis 15 cbm für jedes Kind. Im Vorjahre haben wir als Mittel 20 cbm angenommen, legen wir diese Zahl auch der vorliegenden Tabelle zu Grunde, so ergibt sich, dass 3891 oder 64,09% der männlichen Personen und 3638 oder 71,38% der weiblichen Personen sich mit einem geringeren Lufräum begnügen müssen.« Bei der Berechnung des Lufräum ist nicht der Raum in Abzug ge-

bracht worden, der von den Wohnungsutensilien, Schränken, Tischen etc. ausgefüllt wird. Von 11 167 Patienten lebten 1080 oder 17,19% männliche und 430 oder 8,43% weibliche in Schlafstellen oder möblierten Räumen. Sehr beachtenswert für den Socialhygieniker ist die Feststellung der Tatsache, dass 112 oder 12,67% der männlichen lungenkranken und 96 oder 13,24% der weiblichen lungenkranken Mitglieder, die in der Familie lebten, den Schlafräum mit mehr als 4 Personen teilen mussten. Ganz ungenügend sind vielfach die Closetverhältnisse der Patienten. 15% der Erkrankten teilen das Closet mit 10 bis 15 Personen, 6,32% mit 15 bis 20 Personen, 3,08% mit 20 bis 25 Personen, 1,12% mit 25 bis 30 Personen, 1,29% mit 30 bis 40, 0,73% mit 40 und mehr Personen. Unter 11 167 Patienten schliefen 1995 mit anderen Personen in einem Bett zusammen. Von allen controlierten Lungenkranken waren 18,03% der Männer und 24,19% der Frauen genötigt, das Lager mit anderen Personen zu teilen.

Die Krankencassen werden sich mehr und mehr darüber klar, dass sie ein bestimmtes Programm für ihre Wohnungspolitik festzulegen haben. Sie müssen einmal die Wohnungsmisstände feststellen. Zu diesem Zwecke veranstalten sie Wohnungsenquäten. Mit dieser Feststellung erschöpft sich aber noch nicht das Programm der Krankencassen. Sie müssen ferner bestrebt sein, die Wohnungsmisstände zu beseitigen. Deshalb sind sie angehalten, den competenten Behörden die ermittelten Misstände mitzuteilen. Aus der eigenartigen Position, die unsere sociale Gesetzgebung den Krankencassen eingeräumt hat, folgt direct die Verpflichtung der Cassen, sich eingehend mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen. Nach dem Invalidenversicherungsgesetz können die Landesversicherungsanstalten grosse Vermögensteile für den gemeinnützigen Wohnungsbau anlegen. Die Krankencassenvorstände beeinflussen nun direct durch ein compliciertes Wahlsystem die Zusammensetzung des Ausschusses und des Vorstandes der Landesversicherungsanstalten. Sie können somit die Wohnungspolitik der Landesversicherung auf fortschrittliche sociale Bahnen drängen. Die Krankencassen kennen aber die bescheidenen Grenzen, innerhalb deren sich die Wohnungspolitik der Landesversicherungsanstalten bewegen kann. Sie treten deshalb für eine tiefeinschneidende Reichswohnungsgesetzgebung ein. Auf seiner letzten Jahresversammlung in Hamburg

fasste der *Centralverband der deutschen Ortskrankencassen* den Beschluss: »Der Krankencassenverband ist der Meinung, dass erst durch ein Reichswohnungsgesetz, das jetzt von den Vertretern aller Parteien befürwortet wird, die Wohnungsmissstände beseitigt werden.« Ein Anschluss an den Verein *Reichswohnungsgesetz*, der soeben mit seinem Rechenschaftsbericht für 1902 an die Öffentlichkeit tritt, wird wohl von zahlreichen Krankencassen angestrebt werden.

*

Aus der dem Reichstag im Februar 1903 unterbreiteten *Denkschrift des Kaiserlichen Gesundheitsamtes über die Tuberculose und ihre Bekämpfung* wurde die erfreuliche Tatsache bekannt, dass in den vier Jahren von 1897 bis 1900 durchschnittlich jährlich 7566 Personen weniger an der Schwindsucht starben, als in dem vorhergehenden Zeitabschnitte von 1892 bis 1895. Die Denkschrift gibt — und das macht sie so wertvoll — eine kurze Gesamtübersicht über alle öffentlichen und privaten Massnahmen gegen die Schwindsucht. Es werden in der Denkschrift gewürdigt: die Bestrebungen der *Deutschen Gesellschaft für Volksbäder*, der *Centralstelle der Vereinigungen für Sommerpflege*, der staatlichen, communalen und baugenossenschaftlichen Institute zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Einen kurzen Ueberblick über die staatlichen Arbeiterschutzbestrebungen Deutschlands gibt die Denkschrift sodann. Sie geht auf die deutschen Krankenfürsorgeeinrichtungen ein — Krankencassen, Reconvalenscentenanstalten, Lungenheilstätten. Bis zum Herbst 1902 besass Deutschland 57 öffentliche und Vereinsheilstätten und 16 Privatheilstätten. In diesen konnten jährlich 30 000 Lungenkranke gepflegt werden. Die Desinfectionsvorschriften einzelner deutscher Staaten zur Vernichtung der Tuberkelbacillen werden dann hervorgehoben. Wir lernen aus der Denkschrift manche erfreulichen Fortschritte der öffentlichen Gesundheitspflege kennen — wir sehen aber auch die klaffenden Lücken derselben.

*

Kurze Chronik. Die Krankencassen Cassels haben sich für die Förderung der Casseler Walderholungsstättenbewegung erklärt. — Ende April hat das reichsstatistische Amt die erste Nummer des *Reichsarbeitsblattes* herausgegeben. — Die Schutzvorschriften für Bleifarben- und Bleizuckerfabriken sind durch eine Bekanntmachung vom 24. April verlängert worden. — Die Herausgabe einer Reichs-arzneitaxe, die der *Centralverband der*

Ortskrankencassen Deutschlands angeregt hat, wird vom Reichskanzler für beachtenswert gehalten.

Paul Kampffmeyer.

Sociale Com munalpolitik

Der Geschäftsführer des *Vereins Reichswohnungsgesetz*, Dr. K. von Mangoldt, hat vor kurzem im *Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik* ein Reformprogramm für die Wohnungs- und Ansiedelungsfrage in Deutschland veröffentlicht, das als Unterlage für ein endgiltiges umfassendes Reformprogramm des Vereins dienen soll. Der Verfasser unterscheidet zwischen gewerblicher und landwirtschaftlicher Wohnungs- und Ansiedelungsreform, von denen die erste sich mit den Wohnungen der in Industrie und Bergbau, Handel und Verkehr etc. tätigen Bevölkerung, die zweite mit den in Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht beschäftigten Personen zu befassen hat. Mangoldt legt besonderen Nachdruck auf diese Scheidung zwischen ländlicher und städtischer Wohnungsreform, wie wir wohl mit dem gleichen Rechte sagen dürfen. Und interessiert hier besonders die letztere, un f daher sollen die Vorschläge des Verfassers auf diesem Gebiete insoweit hier besprochen werden, als sie sich an die Communen als Organe der Wohnungsreform richten. Nach denselben hat die gewerbliche Wohnungsreform folgende Punkte zu verwirklichen:

1. Durch allgemeine Einführung der Wohnungsinspection für die kleineren Wohnungen und der Zonenteignung für bebauten Gelände soll die allmähliche Beseitigung der schlechtesten Wohnungen und Viertel und die Verbesserung der bestehenden erreicht werden.

2. Die Bauordnung und die Bebauungspläne sind einer allgemeinen Revision zu unterziehen, und dabei sind eine Reihe bisher vernachlässigter Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Von solchen nennt der Verfasser besonders Bekämpfung des Mietscasernensystems, Heibeführung einer weiträumigen Bebauung, Begünstigung des Baues von Kleinhäusern, zweckmässige Abstufung der Anforderungen an die Strassen, Vorbereitung decentralisierter gartenmässiger Ansiedelung in den Aussenbezirken der kleinen und in der Umgebung der grossen Orte.

3. Die Herstellung gesunder, guter und billiger Wohnungen soll durch das Eingreifen der öffentlichen Körperschaften, sowie von Genossenschaften und gemeinnützigen Vereinen gefördert werden. In diesem Abschnitt tritt es nicht deutlich hervor, in welchem Umfange Mangoldt die

Communen zu dem Bau von Wohnungen in eigener Regie für berechtigt und befähigt hält. Da er aber nur die Errichtung kommunaler Logierhäuser zur Verbesserung des Schlafstellenwesens speciell namhaft macht, so ziehen wir den Schluss, dass die Tätigkeit der Communen sich nach seiner Auffassung in der Hauptsache auf die Förderung der Baugenossenschaften und gemeinnützigen Baugesellschaften beschränken soll. Eine derartige Begrenzung scheint uns viel zu eng zu sein. Wir sehen gerade in den Communen die Hauptträger jeder Wohnungsreform. Denn es handelt sich hierbei um eine locale Aufgabe, zu deren Lösung locale Körperschaften, eben die Gemeinden, in erster Linie berufen sind. Allerdings wird es notwendig sein, die kommunalen Körperschaften auch wirklich zu Vertretern der gesamten localen Bevölkerung zu machen und durch die Gewährung des kommunalen Wahlrechts an die Arbeiterschaft die Kräfte gerade der Classen frei zu setzen, die in erster Linie an einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse interessiert sind.

4. Eine hervorragende Stellung in dem Programm nehmen die Vorschläge des Verfassers zur Bodenpolitik ein. Er verlangt eine planmässige, tiefgreifende Bodenpolitik des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden. Nicht die Interessen der Bodeneigentümer, sondern die der anzusiedelnden Bevölkerung sollen ihr Leitstern sein. Sie soll die Stadterweiterung als eine Aufgabe der öffentlichen Verwaltung behandeln, und dabei den Grundsatz der *Stadtverjüngung* zur Richtschnur nehmen. Unter *Stadtverjüngung* versteht der Verfasser »die durch die öffentliche Bodenpolitik teils direct erfolgende, teils wenigstens vorbereitete regulierte und indirect herbeigeführte weitgehende Heranziehung der Umgebung oder der äusseren Bezirke der betreffenden Orte zur Unterbringung nicht nur der neu zuwachsenden, sondern auch der schon vorhandenen Bevölkerung dieser Orte und ihrer Arbeitsstätten, und zwar zu einer Unterbringung, welche durchaus gartenmässig gestaltet ist, so dass auf jeden Haushalt durchschnittlich eine Mindestbodenfläche entfällt, welche ausser zur Wohnung zu einem kleinen für den eigenen Bedarf hinreichenden Nutzgarten genügt«. Falls dem Verfasser die gartenmässige Ansiedelung nur als ein in weiter Ferne liegendes Zukunftsideal vorschwebt, haben wir gegen die Aufstellung solcher weitgehenden Forderungen nur das eine einzuwenden, dass über dem schematischen Ideal die Vielgestaltigkeit der Wohnungs-

bedürfnisse von heute zu kurz kommt. Für die praktische Politik aber — und um diese handelt es sich doch bei der Aufstellung eines Actionsprogramms durch den Verein *Reichswohnungsgesetz* — können derartige Idealforderungen kaum in Frage kommen.

Den Communen werden auf dem Gebiete der Bodenpolitik wichtige Aufgaben zugewiesen. Sie sollen auf ein reichliches Angebot an Baustellen und auf billige Bodenpreise hinarbeiten. Das communale Genehmigungsrecht für Strassenneubauten soll aber eingeschränkt, und allgemein soll die Erlaubnis erteilt werden, auch an nur provisorisch hergestellten Strassen zu bauen. Wenn man auch zugeben muss, dass die von den Hausbesitzern beherrschten Stadtverwaltungen sehr häufig ihre Macht missbraucht haben, um durch Erschwerung des Bauens die Preise des Grund und Bodens, sowie die Mieten hoch zu halten, so wäre es auf der anderen Seite ein Fehler, wollte man das Entscheidungsrecht der Communen über die Anlage von Strassen und den Anbau an ihnen einschränken. Im allgemeinen kommt es gerade bei der Wohnungsreform viel mehr darauf an, die ausführenden kommunalen Organe mit socialpolitisch fortgeschrittenem Geiste zu erfüllen, als durch einen Haufen von gutgemeinten Verordnungen und Gesetzen die widerspenstigen Körperschaften zur Tätigkeit zu zwingen. Weiter weist der Verfasser den Communen als Aufgaben zu die geeignetste Gestaltung der Bauordnungen und Bebauungspläne, möglichste Festhaltung des vorhandenen kommunalen Grundbesitzes und möglichst umfangreichen Erwerb neuen, billigen Bodens, sowie die Verwendung des kommunalen Grundbesitzes zur Förderung billiger Bodenpreise und Mieten und gartenmässiger Ansiedelung, Hergabe des kommunalen Bodens nach Möglichkeit im Erbbaurecht und anderes mehr.

Neben die Communen will von Mangoldt besondere Staatscommissare als *Organe zur Entwicklung der Umgebung bzw. der äusseren Bezirke der der Stadtverjüngung bedürftenden Orte* einsetzen. Diese Commissare sollen Bauordnungs- und Bebauungsvorschriften für diese Bezirke erlassen und dadurch ihre gartenmässige Besiedelung sichern. Sie sollen weite Gebiete dasselbst zu billigen Preisen in die Hand des Staates bringen, gewerbliche und ähnliche Unternehmungen, sowie die eine Verlegung tragenden Staats- und ähnlichen Anstalten aus den der *Stadtverjüngung* bedürftenden Orten in die Aussenbezirke zu verlegen anstreben und schliesslich diesen staatlichen

Grundbesitz zu billigen Preisen der Industrie oder der gartenmässigen Besiedelung überlassen. Soweit möglich, soll die Hergabe des Landes in Erbbaurecht oder einer entsprechenden Rechtsform geschehen. Wir können uns mit dem Mangoldtschen Vorschlage, besondere Staatscommissare einzusetzen und diesen die Aufgaben der *Stadtverjüngung* zu übertragen, nicht befreunden. Wir glauben kaum, dass ein Zusammenwirken der Communalbehörden des Hauptortes mit einem rivalisierenden Staatscommissar ohne fortgesetzte Reibungen und Conflictte möglich ist. So richtig der Gedanke ist, die ausliegenden Bezirke in Verbindung mit dem zu *verjüngenden* Hauptorte zu bringen und ihre Entwicklung nach einem einheitlichen Plane zu gestalten, so scheint es uns praktischer zu sein, statt besondere Staatscommissare zu schaffen, lieber den Communalbehörden des Hauptortes die gesetzliche Möglichkeit zu verschaffen, auf die Verwaltung der Vororte und Aussenbezirke, soweit es sich um gemeinsame Interessen der Agglomeration handelt, Einfluss zu üben. Bisher war das den Hauptorten mit Sicherheit nur dadurch möglich, dass sie die Vororte eingemeindet haben. Falls sie oder die Vororte eine Eingemeindung nicht wünschten, blieb ihnen kein anderer Weg, als in jedem einzelnen Falle durch besondere Verträge den einzelnen Vorort zu binden. Dass ein Bedürfnis für eine solche Beeinflussung der selbständigen Vororte durch den Hauptort notwendig ist, wird wohl kaum bestritten werden, und ebensowenig, dass im Interesse der gesunden Decentralisation der localen Verwaltung die Eingemeindung der Vororte, die das Erlöschen ihrer communalen Selbständigkeit bedeutet, keineswegs zu wünschen ist. Es handelt sich bei dem Verhältnis zwischen Hauptort und Vororten nicht ausschliesslich um die Wohnungsfrage, sondern ebenso auch um die Fragen der Verkehrsmittel, der Wasserversorgung, der Ausnützung von Wasserkraften für elektrische Kräfteerzeugung etc.

5. Grosse Bedeutung legt Mangoldt der Entwicklung und Förderung eines ausgedehnten, häufigen, schnellen und billigen Local- und Vorortverkehrs bei, und er will, soweit die Rücksicht auf Güte und Leistungsfähigkeit des Betriebes es gestattet, denselben in öffentlichen Besitz übernommen wissen. Die öffentlichen Körperschaften, die hier in Frage kämen, wären wiederum die Gemeinden. Ihre Tätigkeit soll auch bei der Schaffung öffentlicher hygienischer Einrichtungen, wie Wasserleitung und Cana-

lisation, von öffentlichen Parks, Spiel- und Tummelplätzen, sowie bei der Errichtung öffentlicher Wohnungsnachweise in Bewegung gesetzt werden.

Um diese zahlreichen Aufgaben, von denen wir nur die wichtigsten herausgegriffen haben, in erfolgreicher Weise in Angriff nehmen zu können, sollen die Gemeinden communale Wohnungsämter einrichten, die als Centralstelle der communalen Wohnungs- und Ansiedlungsreform zu dienen haben.

*

Der Frankfurter Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die Aenderung der Grundsätze der **Strassenbahntarife** vorgelegt. Die Vorlage ist in der Sitzung dieser Körperschaft vom 7. Mai zur Verhandlung gekommen, hat aber von den verschiedenen Parteien sehr lebhaft Angriffe erfahren. Die Vorlage hebt hervor, dass durch die Einführung des elektrischen Betriebes eine Aenderung der früheren Tarifgrundsätze notwendig geworden wäre. Durch den Tarif von 1900 wurde im wesentlichen ein Fahrpreis von 10 Pf. für 4 km und von 15 Pf. für die weiteren Entfernungen unter Gewährung des Rechtes, zweimal umzusteigen, festgesetzt. Infolge des wachsenden Umfangs des Strassenbahnnetzes soll für die über 4 km hinausgehenden Strecken an Stelle des Einheitspreises von 15 Pf. ein mit den Entfernungen steigender Preissatz erhoben werden. Dabei soll nach den folgenden Gesichtspuncten verfahren werden: 1. Die Höhe der Preise, sowohl für Einzelfahrten wie für Zeitkarten soll stufenweise mit den Entfernungen steigen, und zwar soll bei den Einzelfahrten der Preis für jede angefangene Strecke von 2 km um je 5 Pf. steigen. Nach den Erläuterungen zur Vorlage fahren zur Zeit 70 % aller Fahrgäste 10 Pf.-Strecken. Die Zahl der Passagiere, die über 6 km fahren, wird noch nicht auf $\frac{1}{4}$ % der Gesamtheit geschätzt. Die Preise der Monatskarten sollen für Strecken bis 3 km auf 6,25 M. und für jeden Kilometer Mehrlänge um 75 Pf. gesteigert werden. 2. Die Zahl der Tarifgrenzen, zwischen denen Zeitkarten benutzt werden können, soll vermehrt und den Abonnenten die Möglichkeit gegeben werden, von jedem Tarifgrenzpuncte aus nach jedem beliebigen anderen unter tunlichster Einhaltung des kürzesten Bahnweges ein Abonnement zu lösen. 3. Die Abonnementspreise sollen im allgemeinen so bemessen werden, dass, wenn auch bei ihnen auf den anteiligen Beitrag zur Verzinsung und Amortisierung

des Anlagecapitals und zur Dotierung des Erneuerungsfonds verzichtet ist, sie doch unter allen Umständen zur Deckung der eigentlichen Betriebskosten ausreichen. Deshalb sollen die Nebenkarten, die den halben Preis der gewöhnlichen Zeitkarten kosten, sowie die Familienbeikarten aufgehoben und nur die Schülerkarten beibehalten werden. 4. Arbeitern, deren Lohn 1500 M. jährlich nicht übersteigt, soll ein besonderes Abonnement gewährt werden, das ihnen die Fahrt von der Wohn- zur Arbeitsstätte morgens zu einem ermässigten Preise und zu erleichterten Bezugsbedingungen ermöglicht. Diese Wochenabonnements kosten für Strecken bis 3 km 40 Pf. und steigen um 5 Pf. für jedes km Mehrlänge. Die Karten berechtigen zu einer einmaligen Fahrt an jedem Werktag in den Morgenstunden bis etwa 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Bis zu dieser Zeit muss die Fahrt angetreten sein. Jede Fahrt stellt sich hiernach für Längen bis 3 km auf 6,7 Pf. gegen 10 Pf. bei Einzelfahrten, für Längen bis 4 km auf 7, 5 Pf. ebenfalls gegen 10 Pf. bei Einzelfahrten, bis 5 km auf 8,3 Pf. gegen 15 Pf. bei Einzelfahrten. In der Discussion bezeichnete der socialdemokratische Vertreter diese Arbeiterwochenkarten als eine directe Verhöhnung der Arbeiterschaft und die technische Begründung dieser Einrichtung als eine Blamage für die Trambahnverwaltung. Den Ausschluss der abendlichen Heimfahrt rechtfertigte die Vorlage damit, dass die Arbeiter abends aus Verkehrsrücksichten nicht befördert werden können. Tatsächlich ist aber der starke Abendverkehr gerade der Benutzung der Strassenbahn durch die Angestellten und Arbeiter zuzuschreiben. Das gilt für Frankfurt, wie für alle anderen Grosstädte in gleicher Weise. Dieser Verkehr würde allerdings durch eine Herabsetzung der Preise noch weiter gesteigert werden. Aber schliesslich ist doch die Trambahn des Verkehrs wegen da und hat sich mit ihren Beförderungsmitteln diesem, und nicht der Verkehr der Trambahn anzupassen. Wie will man aber schliesslich diese Massregel mit einer fortschrittlichen Wohnungspolitik in Einklang bringen, auf die man sich in der Frankfurter Stadtverwaltung so viel zu gute tut? Die Arbeiterkarten sind nur auf Arbeiter beschränkt. Alle die übrigen Personen, die auch nicht mehr als 1500 M. Jahreseinkommen haben, aber anderen Berufen angehören, wie kaufmännische Angestellte, untere Beamte etc., sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen.

Die gesamte Vorlage trägt einen fiscalischen Charakter. Sie will die im Rück-

gange begriffene Strassenbahnrente wieder aufbessern und stellt sich damit in den Dienst einer Steuerpolitik, die vor einer Steigerung der Einkommensteuer zurückschreckt und die erforderlichen Beträge durch eine gesteigerte Belastung der Bedürfnisse der grossen Menge der Bevölkerung zu beschaffen sucht.

Kurze Chronik. Dem Würzburger Gemeindecollégium, das sich gegen die Anstellung eines Wohnungsinspectors geweht hatte, hat die Regierung erklärt, dass sie den Posten selbst besetzen würde, falls dies nicht bis 1. Juli von seiten des Collégiums geschehen sei. — Der Berliner *Verein für Schulgesundheitspflege* beschäftigte sich in einer seiner letzten Sitzungen mit den Missständen der Berliner Schulbedürfnisanstalten, die als recht primitive bezeichnet wurden und durch ihre Unsauberkeit zu Erkrankungen der Kinder führten; man wies darauf hin, dass auf den Schulclosets keine Waschgelegenheit und nicht einmal Papier zu finden sei. — Zwischen dem Magistrat und der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg ist es zu einem Conflict über die Geschäftsführung der Armenpflege durch den Stadtrat Samter gekommen, dessen socialpolitisch fortgeschrittene Anschauungen ihren Zorn erregt hatten. — Der Gemeinderat in Colmar beschloss, zwei Schulärzte anzustellen. — Die Colner Stadtverordnetenversammlung genehmigte für den Bau einer Kleinbahn Coln-Brück die Summe von 795 000 M. — Die städtischen Theater von Dortmund und Essen sind durch Beschlüsse der Collegien beider Städte zunächst auf die Dauer von 3 Jahren vereinigt worden. — Die bürgerliche Mehrheit der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung hat die unentgeltliche Hebammenhilfe dahin abgeändert, dass die Hebammen verpflichtet werden, ihre Hilfe niemandem zu versagen, und für den Fall, dass sie keine Bezahlung erhalten, sich an die Stadt halten dürfen; doch soll die Bezahlung der Hebamme durch die Stadt nur denjenigen als Armenunterstützung angerechnet werden können, die noch nicht im Besitze des Unterstützungswohnsitzes sind.

Hugo Lindemann.

Wissenschaft

Socialwissenschaften

Die **Criminalstatistik**, wie die **Moralstatistik** überhaupt, gehört seit langem zu den Lieblingswissenschaften des Socialismus. Die socialistische Theorie schöpft aus ihr

einen guten Teil ihres Anklagematerials gegen die bestehende Gesellschaft. Denn nirgends kommt der Einfluss des wirtschaftlichen und socialen Elends auf das Leben der breiten Schichten der Bevölkerung so grell zum Vorschein, als in den *toten Zahlen* der criminalstatistischen Vergleichstabellen. Die Criminalstatistik ist schon längst zum Resultat gelangt, dass die Verbrechen nicht bloss individueller Anlage oder gar kosmisch-tellurischen Ursachen ihr Dasein verdanken, sondern wesentlich das Product des socialen Lebens sind und sich in engem Zusammenhang mit den rein ökonomischen Erscheinungen befinden. Besonders charakteristisch ergibt sich dieser Zusammenhang, wenn man das Steigen und Fallen der Verbrechen mit dem Steigen und Fallen der Lebensmittelpreise vergleicht. Eine ansehnliche Reihe namhafter Statistiker hat den Satz aufgestellt und erhärtet, dass die weitaus grösste Zahl der Verbrechen sich vermindert, sobald das Brod billiger wird, und sofort in die Höhe schnell, sobald Teuerung eintritt.

In der letzten Zeit tauchte jedoch die Meinung auf, dass dieser Satz seine Giltigkeit verloren habe. Ob das Brod teuer oder billig sei, darauf kommt es nicht mehr an. Das Verbrechen gehorche nicht mehr dem Gang der Getreidepreise, sondern stelle sich unter den Einfluss eines anderen socialen Factors, den der Erwerbsverhältnisse.

Ein in den von F. von Liszt herausgegebenen *Abhandlungen des criminalistischen Seminars an der Universität Berlin* erschienenen Werkchen von Hermann Berg, *Getreidepreise und Criminalität in Deutschland seit 1882* (Berlin, Guttentag, 1902), unternimmt es, auf Grund neuerer statistischer Daten den Tatbestand nochmals zu prüfen.

Zu seiner Untersuchung hat Berg die Periode von 1882 bis 1898 benutzt, für die man das vortreffliche Material der deutschen Reichsstatistik besitzt. Gleich am Anfange seiner Arbeit sucht er sich mit Heinrich Müller auseinanderzusetzen, der auf Grund der preussischen Criminalität der Jahre 1854 bis 1896 mit gelegentlicher Heranziehung der Statistik Englands und Frankreichs zum Schluss gelangt ist, dass in Preussen seit 1870 und im Auslande noch früher die Zahl der Vermögensdelikte sich nicht mehr nach der Höhe der Getreidepreise richtet, sondern nach dem grösseren oder geringeren Mass der Arbeits- und Erwerbsgelegenheit. Demgegenüber macht Berg von vornherein geltend, dass, den Einfluss der Erwerbsverhältnisse zugegeben, die Lage der arbeitenden Schichten dennoch nicht derart ist, dass die Getreidepreise

keinen Einfluss mehr auf das Verbrechen ausüben. Tatsächlich muss die Arbeiterklasse immer noch mit den Preisen rechnen, daher wirkt dieser Factor immer noch viel directer, als die Erwerbsgelegenheit, auf sie ein. Dazu kommt, dass die Kornteuerung auch die Erwerbs- und Lohnverhältnisse indirect beeinflusst.

Viel überzeugender, als diese apriorischen Erwägungen, wirken die statistischen Daten, auf Grund deren Berg den Zusammenhang von Getreidepreis und Verbrechen nachweist.

Der Gang der Getreidepreise während der Periode von 1882 bis 1898 zeigt folgende Eigentümlichkeiten. Die ersten fünf Jahre sind durch ständiges Sinken der Preise gekennzeichnet. Darauf folgt eine dreijährige Periode raschen Anstiegens, die wiederum von einer vierjährigen Periode des schnellen Sinkens abgelöst wird, um von neuem einer Aufwärtsbewegung Platz zu machen. Die Maximalhöhe fällt auf das Jahr 1891, ihr Tiefstand auf die Jahre 1887 und 1894. Vergleicht man mit dieser Bewegung der Getreidepreise die Bewegung der numerisch bedeutendsten von allen Verbrechen, der Vermögensdelikte, und greift man von diesen zunächst den einfachen Diebstahl hervor, der seiner Zahl nach die erste Stelle nicht nur in den Vermögensdelikten, sondern auch in der ganzen Criminalität einnimmt, so findet man, dass die Bewegung dieses Verbrechens der Bewegung der Getreidepreise in frappierender Weise entspricht. Auf den Höhepunkt der Preise folgt der Höhepunkt der Delikte, auf die zwei Tiefpunkte jener die zwei Tiefstände dieser. Die Zeitdifferenz zwischen diesen Punkten beträgt 1 bis 2 Jahre, was vollkommen in der Natur der Sache begründet ist. Es braucht eben Zeit, bis die Wirkung des Steigens resp. Fallens der Preise sich im Leben durchsetzt, bis die wirklichen Verurteilungen erfolgen. Und so entspricht der niedrigsten Preisziffer im Jahre 1887 die niedrigste Zahl der einfachen Diebstähle im Jahre 1888. Dem Höhepunkt der Preisteigerung vom Jahre 1891 entspricht die Höchstzahl der Diebstähle vom Jahre 1892. Der neue Tiefpunkt der Preise vom Jahre 1894 bedingt den Tiefstand der Diebstähle vom Jahre 1896, und im folgenden Jahre schliesst sich die Aufwärtsbewegung der Delikte wieder der schon im Jahre 1895 begonnenen Aufwärtsbewegung der Preise an. Ganz ähnlich verlaufen die Zahlen der schweren Diebstähle und des Diebstahls im strafscharfenden Rückfall, sowie der Hehlerei, Raub, räuberische Erpressung, einfache Erpressung und Urkundenfälschung

scheinen einen eigenen, von den Getreidepreisen unabhängigen Weg zu gehen. Das erklärt sich aus der relativ sehr geringen Zahl von Delicten, die sie jährlich aufweisen, weshalb jeder Zufall störend auf den gesetzmässigen Lauf einwirken kann. Vergleicht man jedoch nicht die einzelnen Jahre, sondern die Durchschnittszahlen für die Perioden des Steigens und Sinkens, so tritt auch bei diesen Verbrechen der Zusammenhang mit den Getreidepreisen bei den einen mehr, bei den anderen minder ausgesprochen, aber unzweifelhaft zu Tage.

Zu den selben allgemeinen Resultaten gelangt man, wenn man die preussische Criminalität der Jahre 1882 bis 1898 auf ihren Zusammenhang mit den Getreidepreisen hin untersucht. Der Fehler Müllers, der gerade auf Grund dieser Statistik die Rolle der Getreidepreise als ausgespielt betrachtete, rührt daher, dass er zum Ausgangspunkte die Jahre 1869 bis 1879 nahm, eine Periode, die einerseits unter dem Einfluss des deutsch-französischen Krieges, andererseits unter dem der wirtschaftlichen Stürme stand, welche die Erwerbsverhältnisse in den Vordergrund rückten und den Einfluss der Getreidepreise verdunkelten.

Was die Verbrechen gegen die Person, den Staat, die öffentliche Ordnung und die Religion betrifft, so kommt Berg zum Schluss, dass ihre Bewegung weder mit der der Getreidepreise correspondiert, noch ihr entgegengläuft, sondern einen eigenen, aufwärtssteigenden Weg annimmt. Die Hauptfactoren dieser Bewegung sind in dem gesteigerten Verkehr und in der Zunahme und Verdichtung der Bevölkerung zu suchen.

In diesem Teile seiner Untersuchung wendet sich Berg gegen diejenigen Forscher, die auf Grund anderer statistischer Zahlen und apriorischer Erwägungen ein umgekehrtes Verhältnis zwischen diesen Verbrechen und den Getreidepreisen statuieren möchten. In den Zeiten niedrigen Preises calculieren sie, geht es dem Proletarier relativ gut, er konsumiert mehr Alkohol und verübt in der Betrunkenheit mehr Excesse gegen andere Personen. Berg zeigt, dass diese Verbrechen bei wachsendem Preise nicht zurückgehen, was doch geschehen müsste, wenn die behauptete Wirkung der niedrigen Preise eine gesetzmässige wäre. Noch schlagender ist die Tatsache, dass die Bewegung des Bierconsums eine constant steigende ist und nicht nachlässt, auch wenn die Getreidepreise in die Höhe gehen. In Bezug auf den Branntwein aber ist eine allmähliche sich in Schwankungen durchsetzende Ab-

nahme des Consums zu constatieren, die auch während der Jahre sinkender Preise nicht unterbrochen wird. Der Alkoholconsum und das von ihm beeinflusste Verbrechen ist also völlig unabhängig von dem Gang der Getreidepreise.

Mit diesem Ergebnis, bemerkt Berg wohl mit Recht, »schwindet das Bedenken, welches sich gegen die Bestrebung erheben könnte, die Vermögenscriminalität durch Gewährung billigen Brotes günstiger zu gestalten. . . . So viel dürfte feststehen: am sichtbarsten liegen die Wurzeln der Vermögenscriminalität, und deshalb sind es die Vermögensdelicte, welche verhältnismässig am leichtesten einzuschränken sind. Billiges Brot geben heisst zwar nicht die Vermögenscriminalität beseitigen, aber doch eine grosse Anzahl von Diebstählen und anderen delictischen Eingriffen in die fremde Vermögenssphäre verhüten.« Die sonstige Criminalität ist natürlich schwieriger einzudämmen, aber auch da muss die Beseitigung des Elends heilbringend wirken.

Der äusserst gewissenhaften und lehrreichen Untersuchung sind graphische Darstellungen beigegeben, welche die gewonnenen Resultate veranschaulichen. *Chajm Schitlowsky.*

Diversa

Bücher

Dr. Hugo Herz: *Arbeitsscheu und Recht auf Arbeit*. Kritische Beiträge zur österreichischen Straf- und Socialgesetzgebung. Wien, Franz Deuticke.

Es ist ein unbestreitbares Verdienst der neueren Schule der Nationalökonomie, dass sie die Notwendigkeit, hinter den socialen Erscheinungen der Zeit die wirtschaftliche Springfeder aufzufindig zu machen, ganz besonders betonte. Darauf ist es zurückzuführen, dass heute bei der Bekämpfung gesellschaftlicher Uebelstände andere Mittel und Methoden angewendet werden, als ehemals. Dies gilt auch von der Frage, die kürzlich von einem österreichischen Sociologen zum Gegenstande einer ebenso gründlichen als interessanten Untersuchung gemacht wurde.

Wenn man bis vor kurzem in jedem Arbeitslosen einen Arbeitsscheuen erblickte, so beginnt nunmehr die Erkenntnis durchzudringen, dass die wesentlichste Ursache der Arbeitsscheu die Arbeitslosigkeit ist. Die wirtschaftliche Entwicklung hat den besitzlosen und infolgedessen willensunfreien Proletarier fast mit Gewalt an den Müssiggang, den Anfang aller Laster gewöhnt, dessen Ende Arbeitsscheu, Prostitution und

Verbrechen bilden, die vermöge ihrer deprivierenden Wirkungen die Spuren der ursprünglichen Versuchung nahezu vollständig verwischen. Freilich ist dieselbe von dem schärfer Blickenden nicht zu verkennen. Allein das moderne Leben mit seiner nervösen Hast lässt nur zu häufig über der äusseren Form den materiellen Inhalt übersehen, insbesondere wenn, wie im vorliegenden Falle, beide mit einander nicht mehr congruieren. Das geltende Recht beschränkt sich darauf, die Erscheinung als solche zu bekämpfen; es legt den Besitzlosen die Pflicht zur Arbeit auf, gibt ihnen aber nicht die Möglichkeit zur Erfüllung derselben. Unterschiedlos wirft es alle zum Lumpenproletariat und zwingt die Richter zu einer schablonenhaften Behandlung der Fälle. Nur zu oft gilt die Tatsache der Arbeitslosigkeit an und für sich schon als strafbar, auf die näheren Umstände wird, wenigstens wenn es sich um einen Proletarier handelt, so gut wie keine Rücksicht genommen. Selten findet sich ein *guter Richter*, der die physische Arbeitsunfähigkeit des *Delinquenten* als unwiderstehlichen Zwang anerkennt und den wegen Bettelei angeklagten Greis oder Krüppel strallos freilässt. Wie unbrauchbar das Gesetz in diesem Punkte ist, geht daraus hervor, dass es nicht einmal eine Definition des Begriffes *Bettel* enthält. So erklärt sich die den Stand der Gesetzgebung compromittierende Tatsache, dass Personen verurteilt wurden, die sich nicht das geringste zu Schulden kommen liessen, die aber, weil sie als besitzlose Proletarier nicht über die Barmittel zum Unterhalte verfügten, als *Landsreicher* angesehen und behandelt wurden. Ein im Vorjahre ergangener Erlass des österreichischen Ministeriums des Innern, dem eine analoge Mitteilung des Justizministeriums folgte, hat die Tatsache aufgedeckt. Es handelt sich um Arbeiter, welche als Mitglieder einer gewerkschaftlichen Vereinigung Anspruch auf Zuweisung von Arbeit und auf Reiseunterstützung hatten und die dennoch nach dem Vagabundengesetze zu Arreststrafen verurteilt und schubiert wurden. Die socialpolitische Rückständigkeit, die sich in diesen Urteilen aussprach, erfuhr allerdings durch den obersten Gerichtshof eine nachträgliche Correctur; allein wer garantiert dafür, dass damit dem gedankenlosen Treiben der richterlichen Verurteilungsmaschinerie ein definitives Ende bereitet ist?

Aus diesen Fällen, die dem Verfasser des vorliegenden Buches offenbar entgangen sind, ist die Grenzscheide, auf welcher Straf-

Socialgesetzgebung zusammentreffen, deutlich erkennbar. Wir ersehen daraus, dass die Repressalien, welche sich gegen Arbeits-scheue richten sollen, zuweilen auch Arbeitslose treffen, die im Begriffe stehen, sich einen redlichen Erwerb zu suchen, den sie vorübergehend verloren haben.

Aus eben diesen Gründen wird die Anschauung des Autors, dass die gegenwärtige Strömung zur Abkürzung der Untersuchungshaft nicht gutzuheissen sei, kaum unterschrieben werden können. Das Summarische des Verfahrens schliesst keineswegs die Sicherheit der Rechtfertigung aus. Man muss sich nur an den Gedanken gewöhnen, dass mit dem bisherigen System der Bekämpfung grundsätzlich gebrochen werden muss und dass es nicht angeht, die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Freizügigkeit und das Coalitionsrecht von veralteten Gesetzen und rückständigen Richtern durchbrechen zu lassen.

Nachdem der Verfasser die Erfolglosigkeit der Criminalpolitik und die Notwendigkeit einer Reform der Zwangs- und Jugenderziehung dargetan, geht er zu den Mitteln der socialen Prävention über. Hier wäre meines Erachtens auch des Unterstützungswohnsitzes zu gedenken gewesen; im übrigen zählt der Autor die Mittel ziemlich vollständig auf, wengleich er nicht tief genug greift und beispielsweise die Gewerkschaftsorganisation nur nebenbei erwähnt.

So gelangt man denn zu dem Schlusse, dass die Armenpflege mit ihren ergänzenden Einrichtungen, den Naturalverpflegstationen, dem Arbeitsnachweis und der Arbeitslosenversicherung, um einen Ausdruck Schöffles zu gebrauchen, notwendige *Schutzinstrumente* sind, die die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse anwenden muss, wenn sie die Gefahren der Arbeitslosigkeit, Arbeits-scheu und Verbrechen erfolgreich abwehren will. Das heisst: Die Socialpolitik muss die Criminalpolitik ablösen, weil nur erstere der Capitalsaccumulation entgegenzuwirken vermag, die die Arbeitslosigkeit zur Folge hat, und weil nur eine gründliche Socialreform die Verwirklichung der ökonomischen Grundrechte: Recht auf Existenz und Recht auf Arbeit, vorbereiten kann. *Sigmund Kaff.*

Jahresbericht über die Fortschritte und Leistungen auf dem Gebiete der socialen Hygiene und Demographie. I. Band: Bericht über die Jahre 1900 und 1901. Herausgegeben von A. Grotjahn, Dr. med., und F. Kriegel, Dr. phil. Jena, Gustav Fischer.

Nachgerade beginnen auch die Aerzte einzusehen, dass die Hygiene ein eminent

soziale Wissenschaft ist und dass es nicht genügt, sich in kleinen technischen Detailkram zu versenken, wenn man die tiefer liegenden Ursachen hygienischer Missstände aufdecken oder ihnen energisch zu Leibe gehen will. Die enge Verkettung der Hygiene mit der Demographie und Bevölkerungsstatistik tritt besonders deutlich zu Tage in dem vorliegenden Jahresbericht von Grotjahn und Kriegel, dessen erster Band durch ein reichliches, geschickt gruppiertes und von einem Stabe sachverständiger Mitarbeiter trefflich beleuchtetes Tatsachenmaterial eine Fülle von Anregungen bietet. Die Herausgeber sind von dem Grundsatz ausgegangen, dass alles aus dem Gebiet der Medicin und Hygiene, was für den Volkswirt, und umgekehrt alles aus dem Gebiet der Nationalökonomie und der Socialwissenschaften, was für den Arzt von Interesse sein könnte, registriert zu werden verdient. Auf eine Chronik der socialen Hygiene, in welcher die wichtigsten Ereignisse, die Forschungsresultate, wie die Bevölkerungsstatistik der letzten beiden Jahre in übersichtlicher Weise dargestellt sind, folgen die Referate über die einzelnen Publicationen aus dem Gebiete der Geschichte und Methode der socialen Hygiene, der Bevölkerungs-, Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik, der Krankheitsprophylaxe und Krankenfürsorge, der socialen Hygiene der Arbeit, der Ernährung, der Wohnung, der Kinder und jugendlicher Personen. Besonderes Interesse beanspruchen ferner die Arbeiten aus dem Gebiete der Entartungstheorie, der Constitutionspathologie und Rassenhygiene — jenes ganz neuen Gebietes der socialen Hygiene, das erst in den allerletzten Jahren in Angriff genommen worden ist, aber schon eine Reihe bedeutender Leistungen aufzuweisen hat. Zum Schluss folgt eine ausführliche Bibliographie, die doch erkennen lässt, dass der Referatenteil des Jahresberichtes aus jedem Einzelgebiet nur einiges, meist freilich das Wichtige und Wesentliche herausgehoben hat. Aber man soll von einem Erstling nicht gar zu viel verlangen — in dem diesjährigen Bande werden die Lücken hoffentlich seltener, und der Jahresbericht selbst wird mit der Zeit allen denen, die sich mit der socialen Hygiene und Demographie beschäftigen, ein wertvoller und unentbehrlicher Ratgeber werden. *Alfred Blaschko.*

Professor Dr. Wilhelm Foerster:
Himmelskunde und Weissagung. Berlin,
John Edelheim.

Professor Dr. Wilhelm Foerster:
Lebensfragen und Lebensbilder. Social-

ethische Betrachtungen. Berlin, John Edelheim.

Foerster ist eine jener ungemein sympathischen und Ehrerbietung fordernden Persönlichkeiten, die man gern zu Worte kommen hört, auch wenn man grundsätzlich ihre Lebensauffassung nicht teilt. Er ist Ethiker durch und durch: auch wo er ästhetische Bilder der kosmischen Welt oder der historischen Entwicklung vor uns autrollt, ist sein letzter Zweck immer, zu bessern, zu warnen, zu begeistern — ethische Konsequenzen herauszufordern. In der ersten Schrift führt er uns in eine interessante Krisenzeit geistiger Entwicklung wo die astronomische Erkenntnis den astrologischen Wahn zu verdrängen begann. Eine etwas lang gewordene Uebersicht über die antike Verknüpfung astronomischer Beobachtungen mit mystischen Bedürfnissen führt über das Mittelalter hinweg zu jener interessanten und ewig reizvollen Periode des Halbdunkels an der Schwelle der Neuzeit bis zum dreissigjährigen Kriege hin. In anekdotisch hübscher und doch geistig tief dringender Art wird uns namentlich Kepler in seinem astrologisch-astronomischen Zweiseelentum gezeigt. Der Schluss enthält eine ethische Betrachtung über die Gegenwart. Man wird die Schrift nicht ohne Anregung und jedenfalls mit Genuss lesen.

Von dem zweiten Buche ist wenig zu sagen. Die *Gesellschaft für ethische Cultur*, deren Geist darin lebt, ist vor der Gewalt der realen socialen Entwicklung längst in Trümmer gegangen. Die Humanitätsidee des Liberalismus ist teils zu einem sterilen Constitutions- und Rechtsstaatsformalismus verknöchert, wie in der freisinnigen Volkspartei, teils hat sie einer gewissen socialen Erleuchtung und einem unverkennbaren nationalen Egoismus Platz gemacht, wie in der freisinnigen Vereinigung. An die erträumte und nicht zur Wirklichkeit gelangte Herrschaft Kaiser Friedrichs und seines liberalen Kreises denkt kaum noch einer — denn der nationalsociale Imperialismus ist von jenem Ideal wesentlich unterschieden. Die Constellation von 1888 ist unwiederbringlich dahin, und ihre Figuren treten immer mehr ins Licht ruhiger historischer Beurteilung, in dem Sympathieen und Antipathieen sich stets anders verteilen, als unter dem Eindruck des Ringens um die Macht. Vor allem hat die eminente wirtschaftspolitische Zuspitzung unserer Tage momentan wohl überall die Illusion zurückgedrängt, dass mit ethischer Predigt der Menschheitsfortschritt gefördert werden

könnte. So wird man diese Essays des Ethikers Foerster wiederum nicht ohne warme Sympathie für die vornehme Natur ihres Schöpfers lesen; aber sie muten uns doch an, wie ein Läuten aus entschwindenden Jahren, ohnmächtig, das Brausen des wirklichen Lebens zu übertönen. Der humanitäre Liberalismus ist für uns ein Stück Romantik geworden. *Willy Hellpach.*

Revue

Seit einiger Zeit erscheint in Czernowitz eine sozialistische Monatsschrift *Haslo*, Organ der *revolutionären ukrainischen Partei*.

In der europäischen Presse, auch in der socialistischen, vernimmt man von der Ukraina sehr wenig oder, besser gesagt, fast gar nichts. Man weiss von der Ukraina nicht viel mehr, als dass es der Name eines Gebietes ist, das im südlichen Russland liegt und den officiellen Namen *Kleinrussland* führt. Und doch verdient dies Land und seine Bevölkerung eine gewisse Beachtung, wenigstens in socialistischen Kreisen, die ja für alle Unterdrückten und gegen jeden Unterdrücker Partei zu ergreifen haben. Es gibt kaum ein Volk in Europa, das so furchtbar unterdrückt wäre, wie die Bevölkerung der Ukraina — ausgenommen natürlich die russischen Juden, denen es noch schlimmer geht.

Die Ukraina ist von einem slavischen Volksstamm bewohnt, der auch Ostgalizien, die Bukowina und einige ungarische Comitate bevölkert und in Oesterreich officiell den Namen *Ruthenen* führt. Die Ruthenen der Ukraina nennen sich aber *Ukrainer* und sind in der deutschen Presse unter dem Namen *Kleinrussen* bekannt. Insgesamt gibt es ungefähr 30 000 000 Ruthenen, von denen gegen 25 000 unter dem schweren Joch des russischen Despotismus zu leben gezwungen sind. Die russische Regierung und manche russischen Gelehrten und *Patrioten*, deren Zahl sich freilich zusehends vermindert, wollen durchaus beweisen, dass die Ruthenen nur einen Teil des russischen Volkes, aber keineswegs eine selbständige Nation bilden; von dieser Auffassung zeugen die Verordnungen, welche den Gebrauch der ruthenischen Sprache im amtlichen Verkehr, in der Schule — sogar in Volksschulen (!) — und in der Kirche verbieten und für die ruthenische Literatur noch eine specielle Censur geschaffen haben, die, gemäss dem Ukas aus dem Jahre 1876, die Entwicklung der ruthenischen Literatur hemmt. Die ruthenische Intelligenz, die in russischen Schulen erzogen wird, geht grösstenteils

ins russische Lager hinüber; auch die Revolutionäre ruthenischer Abstammung dienen, unter dem Einflusse der Anziehungskraft der russischen revolutionären Organisationen, in erster Linie den Interessen des russischen Volkes. Was die revolutionäre Propaganda unter der ruthenischen Bevölkerung betrifft, so muss der ruthenische Bauer oder Arbeiter erst die russische Sprache erlernen, um jene, die ausschliesslich in russischer Sprache geführt wird, überhaupt verstehen zu können. Dieser Umstand bildet neben vielem andern die Ursache, weshalb bis jetzt der Socialismus unter der ruthenischen Bevölkerung keinen festen Boden fassen konnte.

Erst in der neuesten Zeit begann es in dieser Hinsicht anders zu werden. Eine Gruppe der ruthenischen Jugend, grösstentheils Studenten, schloss sich vor drei Jahren unter dem Namen *revolutionäre ukrainische Partei* zu einer socialistischen Organisation zusammen, um unter den Ruthenen die socialistische Propaganda in der ruthenischen Sprache zu führen. Zu diesem Zwecke gab sie eine Reihe von populären Broschüren heraus, in denen manche wichtigen Fragen aus dem Gebiete des Socialismus erörtert wurden, sowie die Zeitschrift *Haslo*.

In dem Programmartikel dieser Zeitschrift wird das Wesen der *revolutionären ukrainischen Partei* dargelegt. Sie sei eine socialistische Partei, und *revolutionär* nenne sie sich, um von anderen socialistischen Parteien unterschieden zu werden. Die Partei müsse im Kampfe gegen die russische Regierung nach revolutionären Mitteln greifen, weil sie auf die Arbeit in einem Staate angewiesen sei, in dem es politische Freiheit noch nicht gebe.

Von dem sonstigen Inhalt der Zeitschrift sei noch erwähnt, dass sie es als eine ihrer Aufgaben betrachtet, über die Entwicklung der socialistischen Bewegung in Westeuropa zu informieren, wobei sie grösstenteils die *Socialistischen Monatshefte* als Quelle benutzt. Auch werden wichtige Schriften von Liebknecht, Bebel und anderen dort den ruthenischen Lesern zugänglich gemacht.

Zum Schluss sei noch bemerkt, dass die *revolutionäre ukrainische Partei* als eines ihrer idealen Ziele auch die Errichtung einer politisch unabhängigen Ukraina ansieht — worunter auch das ruthenische Sprachgebiet Galiziens und der Bukowina einzubeziehen sei — ein Ziel, das auch von der ruthenischen Socialdemokratie in Oesterreich auf dem Brünnner Parteitage der österreichischen Socialdemokratie im Jahre 1899 proclamiert wurde. *Mychajlo Lozynskyj.*